

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 9. Dezember 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunber), Wilhelmstraße, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Feuerbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Volksparlament wider Klassenparlament. Von H. B. — Die Berliner Frauenkonferenz. Von Luise Zieh. — Schulartzberichte. V. Von Dr. Zabel. — Von der Tätigkeit der österreichischen Genossinnen. Von Adelheid Popp. — Ein Mütterbrevier. — Elternbilder aus der rheinischen Textilindustrie. Von W. Köhler. — Proletarierleben in Weimar. Von B. — Englische Gewerbeaufsicht im Jahre 1906. Von mb. — Kinderschutz. Von Henriette Fürth. — Frauen im Kampfe. Von w. d.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Genossinnen zu Erlangen. — Weibliche Delegierte zur außerordentlichen Frauenkonferenz und zum preussischen Parteitag in Berlin. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der rheinischen Textilindustrie. Von W. K.
Notizen: Dienstreise. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbildung. — Fürsorge-erziehung. — Genossenschaftswesen. — Cuitung.
Feuilleton: Die Proletarierin. Von Max Stempel. (Gedicht.) — Aus dem „Hungerpostor“. Von Wilhelm Raabe. (Schluß.)

Volksparlament wider Klassenparlament.

Zwei Demonstrationen sind in diesen Tagen in der deutschen Vormacht Preußen erfolgt, zwei Demonstrationen, deren scharfer Gegensatz die politische Lage des Landes kennzeichnet. Am 26. November wurde der preussische Landtag eröffnet und den Erwählten des Dreiklassenunrechtes und den geborenen Befehlshabern des Herrenhauses die Thronrede verlesen. Sie enthält kein Wort über die brennende Frage der Zeit, über die Wahlrechtsfrage, und eben darum gibt sie zu erkennen, daß diese Frage für den Landtag des preussischen Staates nicht existieren soll. Das war die Demonstration der Herrschenden wider das Volk.

Am selbigen Tage aber sammelte sich das Klassenbewußte Proletariat des Landes in Hunderten und aber Hunderten von Versammlungen, und setzte der Demonstration der Herrschenden die feinnige entgegen, dem abweisenden Schweigen der Herren den lauten, zornigen Ruf, die entschlossene Forderung der Entrechteten nach dem gleichen Recht. Die zweite Epoche des preussischen Wahlrechtskampfes hub an. Eingeleitet hat sie das Volksparlament, das vom 21. bis 24. November in der Hauptstadt tagte, der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen.

Hier war es vertreten, das arbeitende preussische Volk, das im Dreiklassenhaus keine Vertretung hat und haben soll. Und hier wurde das Signal gegeben zu dem Kampfe, in dem die Kundgebungen des 26. November die erste Meereschau bildeten.

Der preussische Parteitag der Sozialdemokratie hat das Seinige getan, um den Kampf für das Wahlrecht zu verstärken und zu vertiefen, um den Feuerbrand der Begeisterung in die Massen im Lande zu schleudern. Es war kein Schauspiel, was er bot, keines der äußerlich so glanzvollen und innerlich so leeren Schaustücke, wie sie die Parteiparlamente des Freisinn und des Zentrums sind, wo die äußerliche Geschlossenheit der Partei eine Lüge ist, die nur vorgetäuscht werden kann durch Ausschluß der freien Aussprache, nur durch die Teilung der Vertreter in Führer, die reden, und Gefährte, die schweigen und klatschen. Es war eine sachliche, durch keinerlei verborgene Absichten geleitete freie Beratung Freier und Gleicher. Es fehlten nicht Mißklänge, Zusammenstöße, Differenzen. Und doch erhebt sich der Gesamteindruck zur Wirkung einer großen Harmonie, einer geschlossenen Einheit. Denn über den Differenzen stand die Einheit des Zieles und des Wollens. Und alles überhörend brausten durch diese Verhandlungen wie helles Trompetengeschmetter die Rufe zum Kampfe und die Befundungen des festen Willens, ihn zu führen bis zum Ende und mit allen gebotenen Mitteln. Alles in allem genommen war es eine Beratung, die würdig ist, als die Einleitung jenes Kapitels preussischer Geschichte zu gelten, das die preussische Arbeiterklasse machen will.

Wie sie es zu machen hat, darüber hat der Parteitag nicht mehr als die unbedingt nötigen Worte gesagt. Er hat nur die Hauptrichtung angegeben, in welcher

der Vormarsch geschehen soll. Die Aufzählung und Dislutierung der einzelnen möglichen Kampfmittel verbot sich für den in voller Öffentlichkeit tagenden Kriegsrat von selbst. Und nur der Kampf selbst kann uns darüber belehren, was im gegebenen Moment anwendbar, möglich, erfolgversprechend und nützlich ist, was geschehen muß. Je größer der Kampfeifer, je größer die Scharen der Streiter und Streiterinnen, um so größer auch die Zahl der Waffen, die dem Proletariat in heißem Kampfe zur Verfügung stehen. Ist der einige, feste Wille von Millionen da, so wird er auch den zu wählenden Weg zum Ziele finden. Nur nach einer Seite hin hat der Parteitag die Wahl der Mittel beschränkt. Er hat sich ablehnend verhalten gegen die von einigen wenigen Genossen noch nicht aufgegebenen Illusion, als lasse sich bei den nächsten Landtagswahlen durch Unterstützung des Freisinn, durch eine Taktik des Kompromissens der Wahlrechtskampf vorwärts bringen. Der Parteitag hat keine Unklarheit darüber gelassen, daß der Wahlrechtskampf allein als Klassenkampf geführt werden muß und gewonnen werden kann. Wenn Abteilungen bürgerlicher Elemente ihn ehrlich mitkämpfen wollen: das Feld steht ihnen offen, die Sozialdemokratie wird versuchen, sie mitzureißen und vorwärts zu treiben. Aber die jetzige Haltung des Bloßfreisinn verbietet ihr, irgendwelche Hoffnungen auf solche bürgerliche Kampfgenossenschaft zu setzen und diesem Freisinn als Lohn für seinen Wahlrechtsverrat Unterstützung bei den Wahlen in Aussicht zu stellen. Die Sozialdemokratie muß sich angelegen sein lassen, die noch demokratisch denkenden Schichten des Bürgertums aufzurütteln, ohne auf die Mithilfe der angeblichen Führer dieser Schichten zu rechnen. Sie muß versuchen, die Agitation in die Kreise des Kleinbürgertums, in die Kreise aller derer hineinzutragen, die durch das Dreiklassenunrecht unterdrückt und entrechtet werden, um mindestens ihre Sympathie oder doch ihre wohlwollende Neutralität für den Wahlrechtskampf zu gewinnen. Sie darf jedoch ihre Operationen nicht auf der Meinung aufbauen, sie könne durch solche Taktik die Leitungen der in Betracht kommenden Parteien, des Freisinn und des Zentrums, zu einer anderen Haltung bringen, als diese sie jetzt einnehmen. Diesen Parteien ist die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gerade gut genug, um Arbeiter- und Kleinbürgerlichen, die noch demokratisch gerichtet sind, an ihre Reihen zu fesseln. Die Interessen derjenigen Klassen aber, die die Führung in ihnen haben, der Handelsherren und Finanzleute einerseits, katholischer Junker und Bourgeois andererseits, widersprechen der Einführung des demokratischen Wahlrechts, und wenn die ersteren auch das Dreiklassenwahlrecht gern beseitigt sähen, die rechte Begeisterung für das gleiche Wahlrecht, eine Begeisterung, die zu opferreichem Kampfe treibt, ist bei ihnen nicht möglich. Der Wahlrechtskampf ist deshalb ein Klassenkampf, und als solcher muß er geführt werden. Nur die Armen, die Entrechteten und Unterdrückten werden für ihn die Sturmkolonnen formieren. Auf Unterstützung unseres Kampfes durch irgendwie nennenswerte Teile des Bürgertums, durch bürgerliche Parteien, wie in Österreich, in Ungarn und anderen Ländern, haben wir in Preußen nicht zu hoffen.

Daß diese Erkenntnis die der großen Mehrheit der Partei ist, das lehrt uns der Verlauf der Wahlrechtsdebatte des preussischen Parteitags. Diese Erkenntnis muß die Partei aber auch antreiben, ihre Kräfte zu verdoppeln, die Agitationsarbeit in den Kreisen der Indifferenten, der noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarier-schichten um so intensiver zu betreiben. Denn es ergibt sich aus ihr, daß der Kampf in Preußen härter und schwieriger sein muß, als die Kämpfe unserer Bruderparteien für das Wahlrecht.

Der Wahlrechtsdebatte, die die Genossen Adler-Kiel und Dr. Arons-Berlin durch instruktive Referate über „Die Tätigkeit des Dreiklassenlandtags“ und über den „Landtagswahlkampf“ eingeleitet hatten, ging die Beratung über die Organisation der preussischen sozialdemokratischen Landespartei voraus. Der Entwurf der Berliner Organisation fand in seinen Grundzügen An-

nahme, verbessert durch eine schärfere Anpassung an die organisatorischen Einheiten im Lande. Die Mehrheit des Parteitags war mit dem Referenten, Genossen Haase-Königsberg, überzeugt von der Notwendigkeit, dem deutschen Parteivorstand die politische Führung in den preussischen Angelegenheiten zu wahren und lediglich eine geschäftliche Spitze der preussischen Organisation in Gestalt des Vorstandes der Zentralorganisation von Groß-Berlin einzusetzen. Auf solche Weise werden alle störenden Reibungen zwischen einem preussischen Landesvorstand und dem deutschen Parteivorstand vermieden; daß der letztere die preussischen Angelegenheiten nicht vernachlässigt, das wird der Wahlrechtskampf zeigen.

Zu der merkwürdigen Materialsammlung, die die Genossen Adler und Arons in ihren Referaten für den Wahlrechtskampf geliefert haben, trugen die Genossen Legien und Paul Hirsch bei durch ihre eingehenden Bearbeitungen der Thematika „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ und „Selbstverwaltung und Gemeinde“. Es sind düstere Kapitel des Buches von der angeblichen preussischen Herrlichkeit, und die Referate zeigten eine Menge von Stützpunkten auf, von denen aus die Hebel für die Unterminierung des Dreiklassenunrechtes anzusetzen sind.

Daß diese Arbeit Erfolg verspricht, wenn sie mit stetig sich steigendem Eifer geleistet wird, das verheißt der imposante Verlauf der Kundgebung, die den Zusammentritt des preussischen Landtags begleitete. Groß-Berlin sah fünfzig Kopf an Kopf vollgepreßte Massenversammlungen und darüber hinaus vor den Sälen Massenansammlungen von Männern und Frauen, denen die fürsorgliche Polizei wegen Überfüllung den Eintritt verwehrt hatte. Die Provinzen haben sich der Landeshauptstadt würdig angeschlossen. Aus ihren Zentren und Industriebezirken werden imposante Demonstrationen gemeldet; aber auch die kleineren Orte blieben nicht zurück — bis in die entferntesten Winkel des Landes ist der Aufgedrungen und gehört worden: Heraus mit dem Wahlrecht! Wo die wirtschaftliche Übermacht der Herrschenden das Versammlungsrecht der Proletarier durch die Abtreibung der Säle zunichte machte, dorthin drang das Flugblatt und weckte die Empfindung der Schmach, die das Fortbestehen des Unrechtes für die preussische Arbeiterklasse bedeutet. Und nicht nur die Zahl der Demonstranten ist das Imposante an dieser Kundgebung. Höher noch zu bewerten ist die kampfbereite, entschlossene Stimmung, die nach allen Berichten die Versammlungen erfüllte, in denen auch die Frauen zahlreich vertreten waren und vielfach in der Debatte ihren Willen kundgegeben haben, Schulter an Schulter mit den Männern zu kämpfen für das gleiche Wahlrecht — gleich nicht bloß für Bourgeois und Proletarier, gleich auch für beide Geschlechter! Denn der Schlachtruf des Proletariats im Wahlrechtskampf umfaßt auch das Wahlrecht der Frau.

Die erste Aktion ist gewesen — die zweite kann über Nacht nötig werden. Das Proletariat muß die Zwischenzeit zu intensiver Kleinarbeit für die Stärkung seiner Reihen nützen. Und setzt sich die kampfbereite Stimmung der Demonstranten um in ernste, hingebende Arbeit, so wird die zweite Aktion noch größere Massen mobilisieren, so wird die Stoßkraft der proletarischen Armee wachsen, und mit ihrem Anschwellen werden die Mittel sich mehren, die sie im Kampfe verwenden kann. Das Proletariat ist seines Wahlrechts Schmied! Vorwärts in den Kampf!

H. B.

Die Berliner Frauenkonferenz.

Obgleich von verschiedenen Seiten Stimmung und Agitation gegen die außerordentliche Frauenkonferenz gemacht worden war, erkreuzte diese sich doch eines prächtigen Besuchs. An ihr nahmen 25 Delegierte und eine Anzahl Gäste teil, darunter ein Vertreter des Parteivorstandes, ein Vertreter der sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins, Genosse Poetsch vom Verband der Gastwirtschaftlichen, Gewerkschaftssekretär Schmidt-Hannover und viele andere noch.

Genossin Baader, die die Konferenz eröffnete und leitete, präziserte die Aufgaben, welche die aus allen Teilen Deutschlands beschickte Tagung zu erledigen hatte. Sie wies scharf

die von der Generalkommission erhobenen Angriffe zurück und stellte fest, daß das „Korrespondenzblatt“ unrichtig geschrieben hatte, auf der Konferenz in Mannheim wäre von der Organisation der Dienstmädchen nur insofern die Rede gewesen, als ein Zusammengehen von Mädchen und Damen verurteilt wurde. Auf der Konferenz sei es vielmehr in der Diskussion und in der Resolution als Pflicht der Genossinnen erklärt worden, die Organisierung der Dienenden in die Hand zu nehmen. Dies sei seitdem geschehen, und damit hätten die Genossinnen mit Hilfe der örtlichen Gewerkschaftskartelle ein gut Stück Kulturarbeit geleistet. Mit Recht fragte Genossin Baader, wie das Verhalten der Generalkommission, das wohl einzig dastehende in der Arbeiterbewegung, zu vereinbaren sei mit dem in Mannheim und Essen proklamierten Grundsatz: „Partei und Gewerkschaft sind eins!“

Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, wie dringend notwendig und wie überaus nützlich für die weitere Entwicklung der Dienstmädchenbewegung die Konferenz war. Die Aussprache brachte einen lehrreichen Überblick über die Arbeit zur Aufklärung und Organisierung der Dienstmädchen, Wäschfrauen usw., welche in verschiedenen Orten geleistet worden war; sie erwies sich als eine wahre Fundgrube praktischer Erfahrung betreffs der Mittel und Wege, welche die Genossinnen bei ihrer Wirksamkeit erprobt haben, und gab deshalb reiche Anregung für die fernere Tätigkeit; sie warf endlich sehr interessante Streiflichter auf das Dienstmädchenelend. Niemand, der an der Tagung teilgenommen hat, wird ohne den einen oder anderen Gewinn nach Hause zurückgekehrt sein, welcher der Dienstmädchenbewegung zugute kommen muß. Die Konferenz ließ klar in die Erscheinung treten, daß die Dienstmädchenbewegung als Reflex der allgemeinen Arbeiterbewegung nur dort Aussicht auf Erfolg und Weiterentwicklung hat, wo die letztere eine bestimmte Höhe erreicht. Wo die Dienstmädchenbewegung gedeihen soll, muß der allgemeine proletarische Klassenkampf durch seine praktischen Leistungen wie durch seine Ideologie das Bewußtsein der Dienenden genügend beeinflussen haben, muß er die nötige Anzahl intelligenter und opferwilliger Genossinnen stellen, die die Agitations- und Verwaltungsarbeiten zu versehen imstande sind. Die Diskussionsreden und die Berichte aus den einzelnen Orten legten Zeugnis ab von der Summe von Intelligenz und praktischem Sinn, dem großen Fleiß und der Opferwilligkeit der Genossinnen, die still und treu alle notwendigen Arbeiten verrichten. Überall hatte man bei dem Wirken dieselbe Erfahrung gemacht: nämlich, daß die Mädchen in ihrer Vereinzelung in der Regel gar keine Ahnung von ihrer Zahl und ihrer darin ruhenden Macht haben. Aus diesem Grunde, und weil viel schwerer an die Mädchen heranzukommen ist als zum Beispiel an die Fabrikarbeiterinnen, war für die Dienstmädchenbewegung eine große, umfassende Kellame notwendig, wenn Erfolge erzielt werden sollten. In den Massenversammlungen, die dadurch zustande kommen, werden die Mädchen erst inne, wie viele ihrer sind; ihre Scheu verschwindet, ihr Mut wächst und sie werden für den Organisationsgedanken gewonnen. Die Angriffe der bürgerlichen Presse, der bürgerlichen Parteien und ditto Damen haben der jungen Bewegung nirgends geschadet, vielmehr überall eine noch größere Energie und Begeisterung ausgelöst.

Die Verhandlungen der Konferenz ergaben Übereinstimmung in der Überzeugung, daß überall die Stellenvermittlung von der Dienstmädchenorganisation selbst in die Hand genommen werden muß. Wo das bisher geschehen ist, hat sie sich geradezu als Rückgrat der Organisation erwiesen. Die Stellenvermittlung ist ein vorzügliches Propagandamittel für die Vereine, da natürlich nur Mitgliedern Stellung nachgewiesen wird. Dieses Propagandamittel war um so wirksamer, je mehr man dafür getan hatte, daß die Existenz des Vereins und des Stellennachweises bekannt geworden war durch Annoncen, durch Versendung von Plakaten in die nahe- und fernliegenden Orte, aus denen erfahrungsgemäß Mädchen zuziehen usw. Der Stellennachweis muß außerdem mit dem Erstarren der Organisationen als Kampfmittel in Anwendung kommen, um dem Dienstvertrag Anerkennung zu verschaffen, insofern die Dienstmädchen bis heute noch kein Streikrecht haben, vielmehr der Gesindeordnung unterstehen, deren Wirkung sie vorläufig nur so außer Kraft zu setzen vermögen, wobei gleichzeitig auch die wichtigsten sozialen Verbesserungen in der Lage der Dienenden herbeizuführen wären. Der Stellennachweis soll und wird bei den Mädchen wie bei den Wäsch- und Scheuerfrauen, die überall mit zu organisieren als praktisch empfohlen ward, das Gefühl der Sicherheit erwecken, den Gedanken, einen Rückhalt zu besitzen, und dieses Gefühl der Sicherheit wird wachsen und begleitet sein von dem Zusammengehörigkeitsempfinden, besonders wenn die Hauskassierung überall eingeführt, wenn den Stellenlosen Unterkunft bei Kolleginnen geboten wird, wenn geselliges Beisammensein die Mitglieder einander näher bringt und vor allem, wenn in den regelmäßig stattfindenden Mitglieder- und Familienversammlungen für die Vertiefung der Erkenntnis Sorge getragen wird. Die Errichtung der Stellennachweise wird überall zunächst ziemlich bedeutende sachliche und persönliche Ausgaben verursachen. Die Konferenz sprach daher die Erwartung aus, daß bei dem hohen Interesse, welches die Allgemeinbewegung an der gedeihlichen Fortentwicklung der Dienstmädchenbewegung hat, die örtlichen Gewerkschaftskartelle zunächst diese Kosten tragen möchten. Die Aufwendungen dafür können um so eher geleistet werden, als bei zunehmender Frequenz der Stellennachweise seine Kosten bald selbst decken kann, da die Herrschaften gern bereit sein werden, die kleine Vermittlungsgebühr zu begleichen.

Auch die Frage des freien Dienstvertrags fand durch das Referat von Genossin Baar und die dadurch ein-

geleitete Diskussion eine ausgiebige und fruchtbare Erörterung. Scharf wurde die Bedeutung des Dienstvertrags als eines wirksamen Agitationsmittels hervorgehoben, das der Organisation zahlreiche Anhängerinnen zu gewinnen vermag. Und je mehr der Vertrag als solches seinen Zweck erfüllt und zur Schaffung großer, starker Vereine beiträgt, so fährt die Rednerinnen aus, um so eher wird es auch möglich, ihn zum Kampfesobjekt zu machen, das heißt seine Anerkennung durchzusetzen und dadurch die Gesindeordnung zu umgehen. Von einer Reihe von Orten ward berichtet, daß die Dienstmädchen dem freien Vertrag lebhafteste Sympathien entgegenbringen und in manchen Fällen auch seine Anerkennung durch Herrschaften erreicht haben. Die Debatten verliehen mit allem Nachdruck der Überzeugung Ausdruck, daß es die Pflicht der Dienstmädchen haltenden Genossinnen und Genossen sei, durch den freien Dienstvertrag die Gesindeordnung außer Geltung zu setzen. Der Meinung, daß eine Herrschaft den von ihr angenommenen Dienstvertrag nicht zu halten brauche, solange die Gesindeordnung noch in Kraft stehe, ward entgegengehalten, daß der unterschriebene Vertrag rechtsgültig sei und respektiert werden müsse. Verschiedene Rednerinnen wiesen darauf hin, daß die eigene Stellenvermittlung der Dienstmädchenorganisationen zur Durchführung des freien Dienstvertrags mitwirken könne, und daß des weiteren der Mangel an Dienstmädchen, zumal an geschulten, erfahrenen Mädchen, für seine Anerkennung ausgenutzt werden müsse. Daß die Agitation für den Vertrag nicht die Agitation gegen die Gesindeordnungen schwächen dürfe, gelangte unzweideutig zum Ausdruck, ebenso auch, daß wir uns nicht bloß mit einer Reform der letzteren begnügen dürfen, sondern für ihre Aufhebung kämpfen müssen.

Da man überall unter den oben angeführten Voraussetzungen die Erfahrung gemacht hat, daß die Dienstmädchen sehr wohl organisationsfähig sind, und da der Stand der Vereine und ihre weitere Entwicklung nach einheitlicher Zusammenfassung der organisierten Kräfte drängt, beschloß die Konferenz, die Zentralisation der Dienstmädchenvereine in die Wege zu leiten und nach erfolgter Zentralisation den Anschluß an die Generalkommission zu vollziehen. Als Sitz der zentralisierten Organisation ward Hamburg einstimmig gewählt. Mit den nötigen Vorarbeiten ward eine fünf-gliedrige Kommission betraut, zusammengesetzt aus zu wählenden Delegierten der Dienstmädchenvereine von Berlin, Leipzig, Nürnberg (und falls Nürnberg ablehnt von München), Frankfurt a. M. und Hamburg; als Sitz der Kommission wurde Hamburg bestimmt.

Beschlossen ward ferner, ein einheitliches Organ für die Dienstmädchen zu schaffen. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß zurzeit keines der beiden Blätter, die in den Organisationen eingeführt sind, weder die „Gleichheit“ noch das Blatt der Berliner Hausangestellten, den Anforderungen eines Fachorgans der organisierten Dienenden genüge. Da aber zu erwarten ist, daß der Verlag der „Gleichheit“ den für die Dienstmädchenbewegung bestimmten Teil des Blattes den Vorschlägen der Genossin Jettin entsprechend erweitern und ausgestalten läßt, da ferner es allgemein als äußerst wünschenswert erklärt ward, die Mädchen auch über die Vertretung ihrer Berufsinteressen hinaus für die Arbeiterbewegung zu interessieren und sie zu zielklaren Genossinnen heranzubilden, so wurde empfohlen, die „Gleichheit“ als obligatorisches Organ zu wählen.

Damit waren die Aufgaben der im voraus und ohne Grund geschmähten Konferenz beendet. Wir können ohne Übertreibung sagen: Sie hat ein tüchtiges, achtenswertes Stück Arbeit geleistet. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der ausgestreute Samen ausgehen und Früchte tragen möge, und wir appellieren an alle Instanzen in unserer Arbeiterbewegung und an alle Klassenbewußten Proletarier, daß Ihrige zu tun, damit dieser Wunsch erfüllt werde, zum Ruhm der Dienstmädchen, im Interesse der Allgemeinbewegung.
Luise Fieß.

Schularztberichte.

Von Dr. Zabel.

V.

Das Vorhandensein von Ungeziefer, insbesondere von Kopfläusen, gibt überhaupt einen brauchbaren Gradmesser ab für die Zustände im Elternhaus, die Höhe der Kultur und Lebenshaltung, vor allem für die Tüchtigkeit der Hausfrau. Zahlen, wie sie der Bericht aus Darmstadt bringt, daß in einzelnen Mädchenschulen jedes vierte Kind Ungeziefer hat, gehören durchaus nicht zu den Ausnahmen. Bei genauer Besichtigung jedes einzelnen Kopfes hatte doch noch Anfang der neunziger Jahre Dr. Neumann bis zu 45 Prozent der Berliner Schulmädchen damit behaftet gefunden. Seit Einführung der Schularzte wird diesen in der Schule stattfindenden Übertragungen zum erstenmal die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, wissen diese doch, wie viel Krankheitszustände, Hautausschläge und Drüsenentzündungen, Augenkrankheiten usw. darauf zurückzuführen sind, und durch Hand in Hand arbeiten zwischen Schularzt, Lehrer und Elternhaus ist es auch vielfach schon gelungen, diese häßlichen Überbleibsel einer niederen Kultur erfolgreich zu bekämpfen. In Offenbach, wo noch 1896 bei mehr als 25 Prozent der Schüler Läuse gefunden wurden, wurden im letzten Jahre nur bei 4 Prozent lebende Tiere gefunden. Aus Aachen wird berichtet, daß die Reinlichkeit an Körper und Kleidern sich wesentlich gebessert habe und die Benutzung der Schulschäber in beständiger Zunahme begriffen sei, daß dementsprechend die Läusefucht abgenommen habe. In Nürnberg wurden bei der Untersuchung der Schulanfänger bei 218 Mädchen (7,6 Prozent), aber nur bei 8 Knaben Läuse

gefunden; in Bräun bei 1091 Mädchen (13,7 Prozent) und 52 Knaben, zusammen bei 7,6 Prozent; in Braunschweig wurde bei 7,3 Prozent der eingeschulten Ungeziefer festgestellt, aber noch mehr im Laufe der Schulzeit: 89 Fällen im ersten Schuljahr standen gegenüber 115 im dritten und 131 im fünften Schuljahr. Der Berliner Bericht meldet, daß in einer Schule bei 10 Prozent, in einer anderen bei mehr als der Hälfte der neu eingeschulten Mädchen Kopfläuse gefunden wurden; ein Schularzt berichtete, daß in seinen Schulen früher bis zu einem Drittel der Kinder mit Kopfläusen behaftet waren, während sie jetzt nur noch vereinzelt gefunden werden. Von Wichtigkeit ist, daß nicht nur die Kinder, bei welchen Ungeziefer gefunden wird, von demselben befreit werden, es muß auch dafür gesorgt werden, daß die übrigen Familienmitglieder die Petroleumbehandlung, welche den Müttern empfohlen wird, gleichfalls durchmachen, da sonst immer von neuem wieder Übertragungen und Einschleppungen in die Schule stattfinden. Zu diesem Zwecke wäre es erforderlich, daß durch Besuch der Wohnungen Aufklärung und Abhilfe geschaffen würde.

In mehreren Klassen wurde eine größere Zahl von Kindern mit Krätze vorgefunden. Es wird darüber geklagt, daß in manchen Fällen die Behandlung Schwierigkeiten machte, da die Eltern die verordneten Medikamente nicht bezahlen wollten. Bei einem Mädchen, das schon vier Wochen lang bei einem Kurpfuscher „wegen unreinen Blutes“ in Behandlung stand und mit Blutrauhergüssen behandelt worden war, wurden Krätzepilben vorgefunden.

Da, wo das Elternhaus in bezug auf Reinigung und Beaufsichtigung der Kinder versagt, müßte, wie in Darmstadt, seitens der Schulen eine Frau zur Reinigung dieser Kinder angestellt werden. Auch sonst klagen einzelne Berichte über mangelnde Unterstützung des Elternhauses bei dem Bemühen der Schularzte, die Gesundheitsverhältnisse der in Überwachung genommenen Kinder zu verbessern. Der Königsberger Bericht teilt mit, daß von 1097 schriftlichen Mitteilungen (wegen Ungeziefers?) der Schularzte an die Eltern 314 ohne Erfolg waren. Aus Mannheim lesen wir, daß bei der Anmeldung 3549 Personalbogen den Eltern zur Ausfüllung übergeben wurden, von denen 154 erst nach nochmaliger Erinnerung abgeliefert wurden. Der Darmstädter Bericht konstatiert, daß die Einwilligung zum Baden öfter versagt wurde. Die Nürnberger Schularzte empfehlen, den bei der Aufnahmeuntersuchung anwesenden Eltern von Kindern, bei welchen gesundheitliche Störungen nachgewiesen werden, einen entsprechend vorgedruckten Bogen zu übergeben, auf welchem der behandelnde Arzt vermerken soll, ob er das Kind in Behandlung genommen habe oder ob für anderweitige Abhilfe gesorgt worden sei. Der Berichterstatter knüpft daran die nicht unbedeutende Bemerkung: „Ob diese Einführung viel Zweck habe, bleibe dahingestellt bei den vielfach negativen Erfahrungen, die man mit solchen Mitteilungen an die Eltern gemacht habe, und bei dem Mangel an hausärztlicher Behandlung in den in Betracht kommenden Kreisen.“ Die Schulverwaltung muß im Gegenteil ihrerseits dafür Sorge tragen, daß den kränklichen Kindern die Fürsorge zuteil werde, welche nach dem schularztlichen Urteil benötigt ist.

Freilich liegt es nicht allemal an dem Mangel an Mitteln im Elternhaus, welcher die fehlende Fürsorge entschuldigt. Der Berliner Bericht sagt darüber:

„Es ist vielfach nicht die Armut der Eltern, sondern Unkenntnis und Mangel an Pflichtgefühl, für die Kinder zu sorgen, welche die Kränklichkeit verursachen. Dieses mangelhafte Pflichtgefühl gibt sich schon an der geringen Sauberkeit, an dem Zustand der Kleidung zu erkennen. Manche Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule, nicht weil die Mittel zur Beschaffung des Frühstücks fehlen, sondern weil die Mutter zu nachlässig ist, aufzustehen und das Frühstück zu bereiten. Die Fälle, daß es nicht gelingt, die Kinder von Ungeziefer dauernd freizuhalten, weil die häusliche Mitwirkung im Stiche läßt, sind allzu häufig. — Ein Schularzt konnte bei 60 Prozent der Kinder, welche wegen Strophulose, tuberkulöser Disposition, Blutarmut in seiner Überwachung standen, eine unzweckmäßige Lebensweise feststellen — Genuß alkoholischer Getränke, ungenügenden Schlaf. Sicherlich sind diese die Gesundheit schädigenden Momente nicht die alleinige Ursache der Blutarmut usw., sie tragen aber zur Schwächung des Organismus ihr Teil bei und sind vor allem Momente, die selbst in der ärmsten Familie bei nur einigermaßen gutem Willen und hygienischem Verständnis beseitigt werden können, und zwar gerade durch die schularztliche Beratung der Eltern. Es hält bei mancher Mutter schwer, das Interesse für derartige Zwecke zu wecken, noch schwerer, alle Vorurteile zu beseitigen. Ich habe jedoch den Eindruck, daß es schließlich bei allen zum Wohle ihrer Kinder gelungen ist. Wo die häuslichen Verhältnisse zu ärmlich waren, kamen mir auch in diesem Jahre die Wohltätigkeitsvereine in dankenswerter Weise zu Hilfe durch Gewährung von Milch und Kräftigungsmitteln.“

In drei Schulen im Norden der Stadt konnte festgestellt werden, daß 7 bis 9 Prozent aller Kinder völlig nüchtern zur Schule kommen oder nur eine Tasse Kaffee ohne Zubrot vorher genießen. Die meisten, 70 bis 74 Prozent, begnügen sich mit Kaffee und etwas Weißbrot, nur 11 bis 23 Prozent erhalten die dem Kinde zukommende Nahrung, Milch oder Suppe mit Zulose.

Die Ratschläge, welche von den Schularzten gelegentlich der Untersuchung der Kinder den Eltern gegeben werden, sind zwar im allgemeinen von guter Wirkung, eine sichere und ausgedehntere Einwirkung würde sich jedoch herbeiführen lassen, wenn es möglich wäre, die häuslichen Ver-

hältnisse zu untersuchen und hier Besserung anzuregen. Eine Wohnungsaufsicht, wie sie in mehreren Städten eingeführt ist, kann hierfür nicht genügen, da sie sich nur auf die äußeren Verhältnisse der Wohnung erstreckt. Ebenso wie früher angenommen wurde, daß den Schulärzten nur die Beaufsichtigung und Begutachtung der äußeren Einrichtungen der Schule zufallen solle, während sich schon nach den ersten Versuchen herausstellte, daß die Hauptsache die hygienische Überwachung der Kinder bilden müsse, hat auch die auf die äußeren Verhältnisse der Wohnungen sich beschränkende Wohnungsbeaufsichtigung sich als nicht genügend erwiesen. Es müßte noch hinzutreten eine Aufklärung und beratende Kontrolle der Lebensführung der Bewohner in gesundheitlicher Beziehung.

In welchem Grade eine Kontrolle wirksam sein kann, zeigen Erfahrungen, die bei der Überwachung der Haltekinder gemacht wurden. Die den Haltefrauen überwiesenen Kinder stehen unter dauernder Beaufsichtigung von Damen und Ärzten, welche Besuche in den Wohnungen machen. Es ergab sich nun, daß die Ehemänner dieser Frauen gekommen sind und sich für die Beaufsichtigung bedankten, weil seit Einführung derselben in ihrer Wirtschaft Ordnung herrschte. Ebenso zeigen die bei den Fürsorgestellen für Lungenkranke gemachten Erfahrungen, daß sich durch Beratung und Aufsicht in den Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung außerordentlich viel bessern läßt.

Eine Aufgabe, welche von der Gemeinde ebenfalls übernommen werden muß, ist die Zahnpflege der Schulkinder, und dank der schulärztlichen Tätigkeit ist bereits der Anfang gemacht worden, um der entsetzlichen Vermehrung des Gebisses unserer heutigen Menschheit abzuhelfen. Der Darmstädter Bericht betont die Gleichgültigkeit von Schülern und Eltern hinsichtlich einer regelmäßigen Zahnpflege und konstatiert die Besserung, welche durch die Zahnkliniken erreicht wurde. In Mühlheim waren zahnkranke 70 Prozent, in Nachen 50 Prozent; in Bernburg hatten nur 10,9 Prozent der Kinder der Mädchenbürgerschule gesunde Zähne, in der Knabenmittelschule 12,6 Prozent, in der Volksschule 16,3 bis 23,8 Prozent. In Braunschweig war das Gebiß schlecht bei über 50 Prozent, in Offenbach waren mehr als vier Zähne krank bei der Hälfte aller Schulanfänger — seit 1900 ist dort eine Schulzahnklinik eingerichtet worden, in welcher im letzten Jahr zweimal wöchentlich 626 Kinder behandelt wurden. Besser waren die Verhältnisse in Nürnberg, nur in 98 Fällen (= 1,8 Prozent) bestanden Krankheiten der Zähne. Der Berliner Bericht enthält folgendes:

Aber die Zahnhygiene wurden von zwei Schulärzten Erhebungen gemacht. Dr. Philippsohn fand bei 200 Kindern im Alter von sechs bis dreizehn Jahren, daß nur 43 (21,5 Prozent) eine eigene Zahnbürste besaßen, doch benutzt der größte Teil der im Besitz von Zahnbürsten befindlichen Kinder diese nicht. Als Grund für die Unterlassung geben die Mütter vielfach Zeitmangel an. Keine Zahnbürste besitzen 122 = 61 Prozent. Schuld daran ist nicht immer Mittellosigkeit, meist unterbleibt die Anschaffung aus Unkenntnis der elementarsten hygienischen Erfordernisse und aus Indolenz. Die gemeinsame Benutzung einer Zahnbürste durch Bruder und Schwester fand unter 200 Fällen zwölfmal statt (6 Prozent). Sechsmal wurde die Zahnbürste gemeinschaftlich mit den Eltern benutzt (3 Prozent). Die Benutzung einer einzigen Zahnbürste durch 2 bis 7 Personen fand 35 mal statt (17,5 Prozent).

Ein ebenso ungünstiges Resultat ergab die Frage nach der Art der morgendlichen Mundsäuberung. Von 200 Kindern gurgelten frühmorgens regelmäßig 23 (11,5 Prozent), unregelmäßig 84 (42 Prozent). Bei 13 Schülern (6,5 Prozent) konnten die Kauwerkzeuge als leidlich oder sogar gut bezeichnet werden. Sonderbarerweise hatten von diesen 13 zahngesunden Kindern 8 (61,5 Prozent) keine Zahnbürste. 11 (84,6 Prozent) konnten nicht gurgeln oder gurgelten nur hin und wieder.

Dr. Bernhard bemerkt, daß die Zahl der Kinder, welche täglich eine Zahnbürste gebrauchten, erstaunlich gering war. Es meldete sich zum Beispiel in der ersten Klasse einer Knabenschule auf die gestellte Frage niemand. In den Mädchenschulen war es um die Zahnpflege besser bestellt als bei den Knaben, 30 Prozent gegen 18 Prozent. Die fortwährenden Ermahnungen und Belehrungen hatten ein recht günstiges Resultat. Die Zahlen sind auf 42 und 68 Prozent gestiegen.

Ein wie geringer Wert den Zahnverhältnissen beigelegt wird, zeigt die Erfahrung eines Schularztes, der 100 Karten für unentgeltliche Behandlung an einer Zahnklinik an Kinder mit schlechten Zähnen verteilte. Bei einer späteren Nachfrage ergab sich, daß nur von zwei Kindern von den Karten Gebrauch gemacht wurde.

Zu diesen Ausführungen möchte ich anmerken, daß der Nutzen der Zahnbürste für Erhaltung gesunder Zähne respektive Verhütung von Zahnfäule doch recht zweifelhaft ist, wie Dr. Philippsohn schon aus der „sonderbaren“ Tatsache entnehmen konnte, daß die Mehrzahl der Kinder mit gesunden Zähnen keine Zahnbürste benutzt. Bekannt ist auch, daß in unserer Bauernbevölkerung, welche zum Teil noch über ein ausgezeichnetes Gebiß verfügt, Zahnbürsten schwerlich zu finden sind. Die zunehmende Zahnfäule ist weit mehr ein Zeichen der Degeneration (Verklümmung) der Kulturmenschen und findet sich häufig zusammen mit anderen Zeichen schwächerer Konstitution: englischer Krankheit, Blutarmut, Triänenkrankungen usw. Neben einer überkommenen (erblichen) Anlage, ungesunder Lebensführung und ungewohnlicher Ernährung — die grobe Kost des Landmannes reinigt die Zähne besser als alle Zahnbürsten — sind vor allem die Infektionskrankheiten Ursachen für die Zahnfäule.

Jedenfalls ist es nötig, stochende Zähne auch in der Kindheit rechtzeitig zu behandeln und zu plombieren, um dem Fortschreiten der Zahnfäule und dem Verlust der Zähne vorzubeugen und mindestens in vierteljährlichen Zwischenräumen das Gebiß zahnärztlich revidieren zu lassen. Deshalb ist die Anstellung von Schulzahnärzten und Errichtung von Zahnkliniken für die Schulkinder eine durchaus berechtigte Forderung. Der zahnärztliche Verein Elsaß-Lothringens verlangt in allen Städten über 100 000 Einwohner städtische Schulzahnkliniken, wie eine seit 1902 in Strahburg besteht. Seit 1906 sind dort zwei Schulzahnärzte tätig und haben im letzten Jahre 7941 Kinder behandelt — die Gesamtausgabe dafür betrug 8500 Mk. Die nämliche Forderung hat der erste internationale Kongress für Schulhygiene in Nürnberg 1904 und der Genfer Kongress der Fédération Dentaire Internationale 1908 erhoben. Derselbe faßte folgende Resolution: 1. Die Karies der Zähne hat unter allen Volkskrankheiten die größte Verbreitung, wie die statistischen Untersuchungen von Schulkindern und Soldaten beweisen. 2. Die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder wird durch sie geschädigt, die allgemeine Volksgeundheit herabgesetzt. 3. Die Bekämpfung der Mißstände ist nur möglich durch die Einführung von Zahnärzten in Schule und Heer.

Im deutschen Heer sind bereits im letzten Jahre Zahnärzte angestellt worden; es ist Zeit, daß diesem Beispiel diejenigen Gemeindeverwaltungen folgen, welche bisher die Anstellung von Schulzahnärzten unterlassen haben.

Von der Tätigkeit der österreichischen Genossinnen.

Als das erste österreichische Parlament auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt war, beschloßen die Wiener Genossinnen, der sozialdemokratischen Fraktion jene Forderungen zu unterbreiten, die im Interesse der Proletarierinnen in erster Linie anzustreben sind. Es handelte sich dabei um einen Teil der Mindestreformen, die schon vom gegenwärtigen Staat erfüllt werden können. Eine Plenarversammlung der Wiener Genossinnen, die aus Delegierten der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften und Bildungsvereine sowie der Frauenorganisation besteht, beschloß auf Antrag des Frauenreichstomitees, an die sozialdemokratische Fraktion des Reichsrats das Ersuchen zu stellen, sie möge für die Aufhebung jener vereinsgesetzlichen Bestimmungen (§ 80) eintreten, die „Frauenspersonen“ von der Mitgliedschaft politischer Vereine ausschließen, ferner für das passive Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten — das aktive haben wir, seit die Gewerbegerichte bestehen —, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Arbeitsverbot für Schwangere mindestens zwei Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft, Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes von vier auf sechs Wochen und selbstverständlich Bezahlung des vollen Verdienstes. Da die Thronrede, die von Kaiser Franz Joseph I. bei Eröffnung des Parlaments verlesen wurde, wohl ein Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung ankündigte, die von der Arbeiterklasse aber eben so dringend geforderte Witwen- und Waisenversorgung mit Stillschweigen übergang, verlangten die Genossinnen auch, daß die Fraktion diese wichtige Reform ebenfalls nachdrücklich vertreten solle. Daß die Fraktion außerdem für die Ausdehnung des politischen Wahlrechts auf die Frauen einzutreten hat, ist selbstverständlich. Genosse Dr. Adler hat schon in einer der ersten Parlamentssitzungen in längerer Rede erklärt, daß die sozialdemokratische Partei das Frauenwahlrecht fordert und es erkämpfen wird. Auch die anderen oben angeführten Forderungen sind zum Teil schon zu Anträgen und Beschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion verzeichnet worden. So die Forderung der Witwen- und Waisenversorgung und des Wöchnerinnenschutzes. Daß politische Vereinsrecht der Frauen wurde von den bürgerlichen Frauen in einer Petition verlangt, die von unseren Genossinnen dem Parlament überreicht worden ist. Mehr konnte die Fraktion für die Frauensforderungen noch nicht tun, da die erste Session des neugewählten Hauses nur eine kurze war. Im September sollte in einer ganzen Anzahl der österreichischen Kronländer ein Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu den Landtagen aufgenommen werden. In Niederösterreich, Mähren, Böhmen, Steiermark und Galizien haben auch einleitende Versammlungen stattgefunden, zum Teil ganz mächtige Kundgebungen, doch kam die Bewegung zum Abschluß, ehe sie noch ihren Höhepunkt erreicht hatte. In Niederösterreich wurde von der christlich-sozialen Majorität selbst ein Antrag auf Erweiterung des Wahlrechts eingebracht.

Nach manchen Wandlungen, die die Reform dank der Demagogie der Christlich-Sozialen durchgemacht hatte, wurde in einer Sitzung die ganze Wahlreform „durchberaten“ und zum Gesetz erhoben. Der drohenden Haltung der Sozialdemokratie war es gelungen, die Christlich-Sozialen zum Aufgeben der schlechtesten, infamsten Bestimmung zu zwingen. Diese schwarzen „Vollstrecker“ wollten nämlich als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts zur dreijährigen Sechshäftigkeit noch die dreijährige Gemeindegliedschaft hinzufügen, eine Bestimmung, die sich natürlich nur gegen die Arbeiter gerichtet hätte. Gegen sie wäre bis zum äußersten gekämpft worden, die Christlich-Sozialen gaben jedoch nach — eine solch reaktionäre Bestimmung hätte selbst ihre Popularität nicht ertragen —, und das Gesetz wurde durchgepeitscht. Genosse Seitz, der

einzigste Sozialdemokrat im niederösterreichischen Landtag und der einzige wirkliche Oppositionsmann, plädierte auch für das Frauenwahlrecht; er verwies auf die Entrechtung der erwerbstätigen Frauen und wollte dann der Majorität klar machen, welches Unrecht es sei, daß Großgrundbesitzerinnen das Wahlrecht zum Landtag haben, Bürgerfrauen aber nicht. Die christlichen Spieser brüllten ihm entgegen: „Die verzichten“, worauf Genosse Seitz noch feststellte, daß die Arbeiterinnen nicht auf das Wahlrecht verzichten. So war es also für diesmal mit einer Wahlrechtsbewegung in Niederösterreich vorbei, und die Genossinnen kamen unter diesen Umständen gar nicht dazu, irgendwelche Aktion einzuleiten. In den anderen Kronländern wurde zwar die geforderte Reform nicht durchgeführt, aber die Landtage wurden teils geschlossen, teils vertagt. So konnte auch dort keine Aktion entfaltet werden, doch unsere Zeit wird schon kommen! Es rührt und regt sich allerorten. Der Reichsrat hat sich am 16. Oktober wieder versammelt, er steht vor schweren komplizierten Fragen. Das für die meisten rätselhafteste Ding, der österreichisch-ungarische Ausgleich, steht auf der Tagesordnung, das heißt die für zehn Jahre geltenden Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten und der Monarchie über Zölle, Verzehrungssteuern, Währung. Aber etwas drängt sich daneben ebenso sehr in den Vordergrund: das ist die ungeheure Lebensmittelpreiserhöhung. Nicht nur die Arbeiterklasse, auch der ganze Mittelstand empfindet die Furchtbarkeit der Verteuerung der Lebenshaltung. Unsere Genossinnen halten fortgesetzt Versammlungen ab, in denen die wirtschaftliche Notlage besprochen wird. Als die große Kundgebung der Wiener Genossinnen für „Die Forderungen der Frauen an das Parlament“ festgesetzt wurde, da beantragten die Delegierten der Plenarversammlung, auch die Lebensmittelpreiserhöhung in die zuerst rein politischen Zwecken zugeordnete Versammlung einzubeziehen. Genossin Freundlich hat bereits in voriger Nummer der „Gleichheit“ kurz über die Demonstrations-Versammlung berichtet, die am 27. Oktober stattgefunden hat. Wochenlang vorher hatten die Genossinnen für sie agitiert, und wäre es nach ihrem Wunsche gegangen, dann hätte es einen Aufmarsch auf der Ringstraße gegeben, die übrigens abgesperrt wurde! Zu Hunderten waren die Frauen aus den Vororten in geschlossenen Zügen mit Rednerinnen an der Spitze erschienen. Selbst aus den neuen Wiener Bezirken jenseits der Donau waren organisierte Frauen mit der Eisenbahn gekommen, um dann mit den anderen Genossinnen vereint zum Versammlungsort zu marschieren. Nicht bloß der Saal, auch der große Hof war mit Versammlungsbefucherinnen überfüllt, und die Mariahilferstraße bot für einige Stunden noch ein weit bewegteres Bild als sonst.

Aus der letzten Nummer können die deutschen Genossinnen bereits die zur Annahme gelangte Resolution, die alle oben erwähnten Forderungen enthält, ersehen. Wien steht mit seiner Kundgebung der Frauen nicht allein da. In 6 Provinzstädten haben schon ähnliche Demonstrationen stattgefunden. Hand in Hand mit diesen Bewegungen gegen die Teuerung und für die Forderungen der Arbeiterinnen an das Parlament geht die Gründung von politischen Frauenorganisationen. Da das Gesetz den Frauen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen verbietet, werden diese ohne behördliche Genehmigung unter dem Titel: Freie politische Frauenorganisation gegründet. Es geht vorwärts! Adelheid Popp-Wien.

Ein Mutterbrevier.

Mit einer wertvollen Gabe hat Genosse Heinrich Schulz in erster Linie die proletarischen Mütter bedacht, darüber hinaus aber alle, welche am Aufbau der sozialistischen Zukunft arbeiten und die Erziehung der proletarischen Jugend im Geiste des Sozialismus für einen ihrer tragenden Pfeiler ansehen. Die Beiträge, welche er seit drei Jahren in der Beilage der „Gleichheit“ für „Die Mutter als Erzieherin“ veröffentlicht hat, sind von ihm gesammelt und vermehrt unter dem gleichen Titel als Büchlein herausgegeben worden. Damit hat ein vielfach geäußerter Wunsch aus den Kreisen unserer Leserinnen seine Erfüllung gefunden, ein Wunsch, welcher jedem begreiflich ist, der regelmäßig in unserem Blatte die kleinen „Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung“ gelesen hat. Es würde sich daher erübrigen, an dieser Stelle auch nur ein Wort zum Lob und zur Empfehlung der Sammlung zu sagen, die in guter, geschmackvoller Ausstattung vorliegt. Wenn wir trotzdem auf ihren Wert ausdrücklich hinweisen, so geschieht es um der vielen Tausende Leserinnen Willen, die wir erst in den letzten Monaten gewonnen haben, und die daher die Bedeutung des Schrifttums noch nicht genügend würdigen können, so geschieht es auch in der Hoffnung, daß unsere Stimme über den Verbreitungskreis der „Gleichheit“ hinaus in weitere proletarische Schichten dringen und der Verbreitung des Büchleins die Wege ebnen helfen möge. Denn es verdient vollauf, Hausfreund und Hausberater aller proletarischen Eltern zu werden, denen es heiliger Ernst mit der Verantwortung ist, ihre Kinder zu geistig-sittlich starken und schönen Menschen zu erziehen, die zukunftsroh für die Befreiung ihrer Klasse kämpfen und siegen können.

Wir wissen nur zu gut, wie schwer es die Ungunst der Lebenslage unter dem Fluche der kapitalistischen Ordnung gerade diesen Eltern macht, ihren Kleinen auch nur ein be-

* Die Mutter als Erzieherin, kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung. Stuttgart, Verlag von J. D. W. Dieckmann. Preis kartoniert 50 Pf., in Geschenkbund 75 Pf.

scheidendes Teil der erzieherischen Fürsorge zuzuwenden, welche unserer Meinung nach jederzeit durch das Heim zu der nötigen Erziehung durch die Gesellschaft hinzugefügt werden muß. Und weil wir wissen, was Dürftigkeit der Lebensgestaltung, ja bittere Not im Bunde mit mangelhafter persönlicher Ausbildung und Entwicklung den Vätern und Müttern im Proletariat an Vorbedingungen dafür vorenthält, ihrem Fleisch und Blut im höchsten Sinne des Wortes Gliedern zu sein: achten wir Schulz' Schriftchen so hoch, daß wir es in keiner Arbeiterfamilie missen möchten.

Gewiß, es fehlt nicht an populären Büchern und Abhandlungen, welche in den breiten Massen des Volkes die erzieherische Tüchtigkeit zu heben suchen. Sie alle aber fußen auf der Grundlage einer bürgerlichen Weltanschauung und sind in tiefsten Wesen darauf gerichtet, einer mehr oder minder reformierten bürgerlichen Gesellschaftsordnung tüchtige Glieder zu schenken. Heinrich Schulz dagegen will bewußt die proletarische Hauserziehung in den Diensten des proletarischen Befreiungskampfes stellen, dem Reiche der Zukunft will er vollwertige Bürger erziehen. Wohl schätzt er die gesunde, tüchtige Entwicklung der Jugend um ihres Wertes für die Zukunft selbst willen, da aber die Jugend des Proletariats eines Tages dazu berufen ist, mit klarem Blick und starkem Willen für den Sozialismus zu wirken und zu handeln, so erscheint ihm ihre Erziehung doppelt bedeutungsvoll. Das ist der verbindende Unterton, der in den 44 knapp gefaßten Beiträgen mitschwingt, welche die Mutter bei ihrem Werke beraten wollen.

Es ist ein geborener und geschulter Erzieher, der in ihnen das Wort hat, der aber nie mit dem Apparat seiner Wissenschaft klappert, sondern einfach und schlicht vom Wesen pädagogischer Theorie in die Praxis umgeseht für die Praxis gibt. Keine abstrakte Formel, kein zünftig gelehrter, dem Laien unverständlicher Ausdruck schreckt die Leserin und hindert sie, den entwickelten Gedankengängen zu folgen. So wird auch die einfachste Proletarierin, die noch am Anfang der schweren Aufgabe steht, mit eisernem Willen durch Selbstbildung gut zu machen, was die Armeleutenschule des Klassenstaats an ihr gesündigt hat, mit vollem Verständnis, mit steigendem Interesse und dauerndem Gewinn das Büchlein lesen. Was Genosse Schulz der Mutter rät, um ihre Kinder zur Wahrhaftigkeit, Selbständigkeit, Charakterfestigkeit, zur richtigen Würdigung der Arbeit und zur Achtung vor dem Recht anderer zu erziehen: das tritt anspruchlos, in warmer Herzlichkeit wie die gelegentlichen Winke eines guten Freundes vor uns hin, der unsere Verlegenheiten und Nöte ungefragt kennt. Und doch steht hinter jedem Ratschlag die Überlegenheit des Fachmannes, der nicht einen Augenblick die Gesetze vergißt, welche die Wissenschaft über die Entwicklung kindlichen Geisteslebens enthüllt hat, und der daraus den Weg ableitet, es im Sinne seiner eigenen Überzeugung gebedlich zu beeinflussen.

So kann nicht, nein, so muß das Schriftchen die Erziehung im proletarischen Heim fördern. Übrigens nicht die der Jugend allein. Wir sind vielmehr überzeugt, daß niemand die kurzen Abschnitte liest, der nicht auch Gewinn für seine Selbsterziehung aus ihnen schöpft. Ohne aufdringliche moralische Predigt sind die lebendigen Mahnungen an die Erziehenden, in strenger Selbstsucht an ihrer eigenen Entwicklung zu arbeiten, um erziehen zu können. „Ob ein gutes Beispiel“, so ruft der erste Beitrag der Mutter zu. Genosse Schulz wünscht in seinem Vorwort, die kleine Schrift möge „als eine Art Mutterbrevier zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen“. Um ihres zweifachen Wertes willen: als Ratgeberin bei der Kindererziehung und als Mahnung zur Selbsterziehung der Erziehenden, wünschen wir ihr mehr. Nicht bloß die Mütter mögen sie fleißig lesen, auch die Männer, die sich dem proletarischen Nachwuchs gegenüber ihrer Verantwortlichkeit als Väter im Heim, als Freunde und Vorbilder in Werkstatt und Betrieb bewußt sind. Die Schrift sollte des weiteren auch der reiferen proletarischen Jugend in die Hand gelegt werden. Diese bedarf der Vorbereitung auf ihre späteren Aufgaben, und die älteren Brüder und Schwestern sind in der Arbeiterfamilie wichtige Miterzieher, ja oft die Haupterzieher. Unsere Genossinnen insbesondere sollten sich angelegen sein lassen, der Sammlung eine weite Verbreitung zu sichern. Das aber nicht bloß in dem Kreise der aufgellärten Proletarierinnen, die zielbewußt im Klassenkampf stehen, sondern auch in der Welt der sozial indifferenten Schwestern. Aus der Verbreitung wird dem kämpfenden Proletariat eine reiche und schöne Ernte erwachsen.

Elendsbilder

aus der rheinischen Textilindustrie.

Die Textilindustrie steht mit der Eisenindustrie im Rheinland oben an und beschäftigt neben dieser die meisten Arbeitskräfte. Die letzten Jahresberichte der Handelskammer von N. Gladbach und Arefeld sprechen übereinstimmend von einem flotten Geschäftsgang, der in allen Zweigen dieser Industrie geherrscht habe. Auch die Baumwollspinnereien würden im Verhältnis zu früher trotz der erhöhten Preise des Rohmaterials auf ein gutes Jahr zurückschauen können, so heißt es darin, wenn nicht der Mangel an Arbeitskräften seinen lähmenden Einfluß geltend gemacht hätte. In den Baumwollspinnereien mache sich in erschreckender Weise eine Umwandlung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte bemerkbar, die in den Webereien oder gar in anderen Industrien Beschäftigung suchten. Ungeachtet fortgesetzter Lohnsteigerungen (1), die das Gewinnergebnis beeinträchtigten (2), sei das Abströmen der Arbeitskräfte nicht zu beseitigen gewesen.

Darauf ist nun der beklagte Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen? Sicherlich in erster Linie auf die miserablen Verhältnisse, die in den Spinnereien vorherrschen. In den Spinnkälen, die mit heißer, feuchter, durch Dunst und Ogeruch geschwängelter Luft erfüllt sind, schuften die Arbeiterinnen meist 11 Stunden täglich für einen erbärmlichen Lohn, der bei weitem nicht ausreicht, die notwendigen Bedürfnisse des Lebens zu befriedigen.

In der Krefelder Baumwollspinnerei erhalten die männlichen Hülfs Spinner 60 bis 75 Prozent vom Verdienst der selbständigen Spinner, die Arbeiterinnen dagegen bekommen nur 55 bis 60 Prozent für dieselbe Arbeit. Ferner soll bei der genannten Firma der Brauch herrschen, daß die Arbeiterinnen nur 30 Mk. pro 14 Tage ausgezahlt erhalten; was sie mehr verdient haben, kommt in die Unterstützungskasse. In dem Krahsaal des Betriebs, wo die Arbeit infolge starker Staubentwicklung besonders für die Atmungsorgane schädlich, ja gefährlich ist, werden Löhne von 2,80 Mk. pro Tag bezahlt. In der Flachsspinnerei in Düren, einer Stadt, die auf rund 30000 Einwohner etwa 40 Millionäre zählt, verdienen die Männer 12 bis 20 Mk., die Arbeiterinnen 6 bis 11 Mk., jugendliche Arbeiter 6 bis 8 Mk. in der Woche. Hunderte von ausgemergelten Arbeiterinnen fährt der Arbeiterzug Montag aus den armen Eiseldörfern in die Stadt. Brot und Kartoffeln für die Woche bringen die Armen mit, unter Entbehrungen aller Art schuften sie in der kapitalistischen Fronburg, um durch das fleißige Regen ihrer Hände die Flachsträhne in blinkendes Gold für die reichen Besitzer zu verwandeln.

Die Niederrheinische Flachsspinnerei in Dülken zahlte den selbständigen Spinnerinnen jahrelang einen Lohn von 18 Mk. pro Woche bei täglich elfstündiger Arbeitszeit. Die verheirateten Männer erhielten einen Stundenlohn von 22 bis 27 Pf. Eine vom Deutschen Textilarbeiterverband geführte Lohnbewegung hat die Löhne in letzter Zeit um 1,50 bis 1,70 Mk. aufgebessert. In den Spinnereien zu Rheindt haben verheiratete Männer bei 11/2 stündiger Arbeitszeit einen Verdienst von 2,20 bis 2,90 Mk. täglich. Nur durch Überarbeit und Nachtarbeit können sie sich und den Ihrigen das nackte Leben fristen. Bei diesen Hungerlöhnen herrscht noch ein raffiniertes Strafsystem für Zuspätkommen, Sprechen mit dem Nebenmann usw. In Esskirchen erreichen die Spinner, Walker usw. einen Durchschnittslohn von 18 Mk. pro Woche. Aber die hohen Armenlasten dieser Stadt, die 1905 pro Kopf 5,84 Mk. betragen, braucht man sich angesichts solcher Entlohnung wahrlich nicht zu wundern. Auch die sanitären Verhältnisse lassen in den Spinnereien des Ortes viel zu wünschen übrig. Die Aborte sind fast in allen Betrieben im Verhältnis zur Arbeiterinnenzahl in viel zu kleiner Zahl vorhanden, auch bekommen sie selten Wasser und Seife zu sehen.

Abelstände dieser Art, von denen wir noch viele anführen könnten, tragen ganz gewiß dazu bei, daß die Arbeiterinnen den Spinnereibetrieben mehr und mehr den Rücken kehren. Leider verbessern sie ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den anderen Zweigen der Textilindustrie höchst selten, ja manchmal kommen sie aus dem Regen unter die Traufe. Auch in den Webereien sind Hungerlöhne und lange Arbeitszeit an der Tagesordnung. In einer Wuppelshausfabrik zu Meerheim schaffen die Arbeiterinnen seit Jahren abends bis 9, 10, ja 11 Uhr, und das selbst am Samstag. Das Arbeiterinnenschutzgesetz scheint für die betreffende Firma nicht zu existieren. Verstöße gegen dasselbe sind im Rheinland überhaupt nichts Seltenes.

Am Niederrhein ist die Samt- und Seidenweberei zu Hause. Die herrlichsten Gewebe für Luxuswende, die wundervollsten Samt- und Seidenstoffe, mit denen die zahlungsfähige Damenwelt sich schmückt, werden hier von einem Proletariat hergestellt, dessen Existenzbedingungen allen Schwankungen der launischen Mode unterworfen sind. Der Durchschnittsverdienst der rheinischen Textilarbeiter beträgt nach Berichten der Handelskammern pro Jahr etwas über 600 Mk. Er hat in 20 Jahren eine Steigerung um etwa 185 Mk. erfahren. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist in derselben Zeit durch das Zwei- und Dreistuhlsowie durch das Doppelpulssystem eine so gewaltige, daß die Lohnsteigerung in gar keinem Verhältnis zu ihr steht. Vor 20 Jahren wurde zum Beispiel 1200er Bierschuffamt, zwei breit, mit 1,50 Mk. pro Meter entlohnt. Jeder laufende Meter im Stuhl gab für den Verkauf vier Meter Samt. Auf die verkaufsfertige Ware, die damals pro Meter mit 2 Mk. ab Fabrik verkauft wurde, entfiel ein Weblohn von 37/2 Pf. pro Meter. Heute wird dieselbe Ware auf vier breit Doppelpulver verfertigt. Jeder laufende Meter gibt nicht mehr vier, sondern acht Meter Samt, und für diese acht Meter werden 90 Pf. Lohn gezahlt, das macht pro Meter 11 Pf. Der Fabrikant verkaufte früher den erwähnten Artikel für 2 Mk. Die Samtfabrikanten erzielen heute infolge ihrer festen Vereinigung viel höhere Preise, wodurch ihr Reingewinn trotz des teuren Rohmaterials enorm gestiegen ist. Im Laufe dieses Sommers haben die Arbeiter den geradezu fabelhaften Geschäftsgang zu einer Lohnbewegung benutzt. Leider mußten sie jedoch von einem Teil ihrer Forderungen Abstand nehmen. Die Arbeiterschaft steht nämlich noch in vier Organisationen zerplittert, und es war zu befürchten, daß bei einem scharfen Vorgehen die Einigkeit in die Brüche gehen würde. Der Fabrikantenverband aber hat die kleine Lohnhöhung wieder doppelt und dreifach auf die Kundschaft abgewälzt, indem er seitdem bereits eine zweimalige Preissteigerung eingetreten ließ.

Zahlreiche Bilder des Raubbaus, der mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben wird, können von allen Zweigen der Textilindustrie des Rheinlandes entrollt werden. Das hier heimische Elend der Arbeitenden wird erst gemildert werden,

wenn der Deutsche Textilarbeiterverband überall in Stadt und Land seine Fahne hißt und unbarmherzig in die Not der Ausgebeuteten hineinleuchtet; wenn die Arbeiterinnenscharen ihre Klassenlage erkennen und sich gemeinsam gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen, dann, nur dann wird es den Textilproletariern gelingen, selbst teil zu haben an der goldenen Ernte, die sie täglich für andere in die Scheuern bringen.

Daß die Verhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter durch das Eingreifen des Textilarbeiterverbandes verbessert werden, hat erst vor kurzem die Belegschaft der Krefelder Baumwollspinnerei erfahren. Kürzlich setzte dort erst die Organisation ein. Mehrere öffentliche Versammlungen brachten dem Verband Hunderte von Mitgliedern, die gar bald die Verbandsleitung drängten, Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen auszusprechen und der Direktion vorzulegen. Das geschah. Nach viereinhalbständiger Verhandlung mit der Verbandsleitung machte die Direktion den Forderungen Zugeständnisse. Sämtliche Akkordarbeiter erhielten vom 30. September an eine zehnprozentige Lohn-erhöhung. Vom 1. Januar 1908 ab wird die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden und vom 1. Juli ab auf 10 Stunden herabgesetzt. Dieser schöne Erfolg lehrt augenscheinlich, wie vorteilhaft es ist, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sich ihrer Gewerkschaftsorganisation anschließen.

Die Lösung aller Arbeitenden und Entbehrenden muß daher sein: **Einigen in den Deutschen Textilarbeiterverband!**

W. Kähler.

Proletariereleid in Weimar.

Als vor kurzer Zeit im Gemeinderat der kleinen Rufensstadt an der Elm darüber bittere Klage geführt wurde, daß keine Hebamme sich danach dränge, die sogenannten „Armen-entbindungen“ vorzunehmen, da konstatierte der Herr Geheimen Regierungsrat Oberbürgermeister Pappst, daß es in Weimar gar keine armen Leute gebe. In gewissen Kreisen mag dieser Ausspruch auch dazu geführt haben, daß man dieser von Sachkenntnis wenig geträubten Ansicht zustimmte.

Die Bezahlung, die hierorts Frauen für Aufwartung erhalten, läßt wenigstens darauf schließen, daß man in solchen Kreisen, die mit der Verwendung einer Aufwartefrau ein Dienstmädchen ersparen, immer noch der Ansicht huldigt, daß diese Arbeiterinnen einen Bombenverdienst haben. Bei zwei Stunden täglicher Arbeitszeit wird bis zu 6 Mk. monatlich gezahlt; bei drei Stunden täglicher Arbeitszeit beträgt der monatliche Lohn bis zu 8 Mk. Für den halben Tag Aufwartung werden pro Monat 12 bis 15 Mk. und bei vollständiger Tagesarbeit bis zu 20 Mk. pro Monat gezahlt. Das sind Beträge, die diese Herrschaften den oft einem einzigen Gesellschaftsabend auswendig, aber wenn sie dieselben für die Aufwartefrau ausgeben sollen, jammern sie über den „hohen“ Lohn. Nun kommt gerade in Weimar eine verhältnismäßig große Anzahl Frauen in Betracht, die wahrhaftig nicht zum Zeitvertreib, sondern aus bitterer Not gezwungen sind, als Aufwartefrauen noch etwas mitverdienen zu helfen, damit die allernotwendigsten Ausgaben für die Familie bestritten werden können. Dem Gedanken, diese Frauen zu organisieren, muß jedenfalls näher getreten werden.

Wie im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Weimar liegen, das ist wieder einmal recht drastisch im Gemeinderat beleuchtet worden. Bei der Vorberatung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr wurde auch der niedrigen Löhne der städtischen Arbeiter gedacht. Um eine „wohlwollende Beurteilung der in Betracht der Löhnerverhältnisse zu gewärtigenden Anträge auf eine, wenn auch ganz mäßige Lohnhöhung“ zu erzielen — so schrieb der betreffende Herr wörtlich —, stellte ein Stadtrat, der zugleich Deputierter des Armenwesens ist, schriftlich das Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar zusammen. Der Herr Stadtrat rechnet mit einer Familie bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern. Der Mann hat 52 Wochen vollen Arbeitsverdienst, also Festtage usw. mit eingeschlossen. Er erhält täglich 3 Mk., also in 52 Wochen 166 Mk. Die Frau geht auf Aufwartungen, womit sie monatlich 12 Mk. verdient. Täglich ist sie also einen halben Tag von zu Hause weg. Ihren Jahresverdienst von 144 Mk. eingerechnet, hätte die Familie mithin im Jahre eine Einnahme von 1080 Mk. Nun verteilt der Herr Stadtrat diese Summe in folgender wunderbar anmutender Weise:

Frühkaffee: Pro Person für 2 Pf. Semmeln, pro Kopf für 1 Pf. Milch und für 10 Pf. Kaffee für die ganze Familie, macht zusammen 25 Pf. Frühstück: Für jeden Kopf für 5 Pf. Brot und für 5 Pf. Butter oder Fett, macht zusammen 60 Pf. Mittagbrot: Mann und Frau je eine Suppe mit Fleisch à 18 Pf.; die drei Kinder je eine Suppe ohne Fleisch, jede zu 9 Pf. berechnet; alle zusammen für 10 Pf. Brot, mithin zusammen eine Mahlzeit für 78 Pf. Nachmittagskaffee: Für alle zusammen 10 Pf., da es Brot oder Semmeln dazu nicht gibt. Abendbrot: Pro Kopf für 6 Pf. Brot und je für 5 Pf. Butter, Käse, Wurst oder Suppe und Kartoffeln, zusammen also die Mahlzeit 60 Pf. Miete: 120 Mk. im Jahre, also pro Tag 33 Pf. Schulgeld: Es sind zwei Kinder, die die Schule besuchen, angenommen, hierbei ist auch der Aufwand für Bücher usw. mitberechnet, zusammen 14,60 Mk. im Jahre, also pro Tag 4 Pf. Wäsche, Kleider, Schuhe usw. berechnet der Herr Stadtrat mit jährlich 90 Mk., also pro Tag 25 Pf. Kranken- und Invaliditätsbeiträge für Mann und Frau sind pro Jahr mit 12,90 Mk., also täglich mit 6 Pf. angesetzt. Licht und Heizung hat der Herr Stadtrat nur für fünf Monate veranschlagt, wie

es damit in den übrigen sieben Monaten gehalten werden soll, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Es sind für die betreffenden Ausgaben 20 Mk., also pro Tag 6 Pf. in Rechnung gestellt. Ein Glas Bier wird der Familie trotz allem noch täglich zugestanden. Die Ausgabe hierfür beträgt pro Tag 18 Pf., also im Jahre 47,25 Mk. Steuern und Tageblatt sind pro Jahr mit 3,25 Mk. berechnet, also mit täglich 1 Pf. Daß die Steuern in Weimar für Staat und Gemeinde bei dem angeführten Einkommen schon allein 18 Mk. betragen, hätte natürlich der Herr Stadtrat wissen müssen.

Nun trifft aber im allgemeinen die wunderbare Aufstellung nicht zu. Zunächst fehlen noch eine ganze Anzahl notwendiger Ausgaben, die gar keine Berücksichtigung gefunden haben, und dann gibt es eine große Anzahl Arbeiterfamilien, wo der gemeinsame Jahresverdienst die Höhe von 1080 Mk. nicht erreicht. Trotz alledem gibt schon diese lückenhafte Aufstellung ein Bild vom Proletenelend, wie es drastischer nicht gut gezeichnet werden kann. Es beweist aber auch, wie sich das wirtschaftliche und soziale Leben in den Köpfen der fatten Bourgeoisie malt. Das wurde gleich in derselben Sitzung der Stadtäter bestätigt. In vertraulicher Beratung erörterte man auch eine Regulierung der Gehälter der höheren Beamten. Die wunderbare Aufstellung des Budgets einer Arbeiterfamilie mag den Stadtvätern die teure Zeit so packend vor Augen geführt haben, daß sie flugs den höheren Beamten mehrere Hundert Mark zulegt. Die Arbeiter kommen vielleicht später mit ein paar Pfennigen Lohnaufbesserung auch noch an die Reihe, — vorausgesetzt, daß natürlich die Mittel dazu vorhanden sind. Das Ganze nennt man dann hiezuwande: Praktische Arbeiterfürsorge! B.

Englische Gewerbeaufsicht im Jahre 1906.

Der Bericht über die Gewerbeaufsicht im Jahre 1906 bezieht sich auf Fabriken und Werkstätten des Vereinigten Königreichs (England und Wales, Schottland und Irland), mit Ausnahme der Minen sowie derjenigen Werkstätten, in denen nur erwachsene Männer beschäftigt werden. Die Zahl der Gewerbeinspektoren und Assistenten betrug 163, darunter 11 weibliche, gegen 137 im Jahre 1901 und 111 im Jahre 1896. Die Zahl der registrierten Arbeitsstätten: Fabriken, Werkstätten, Wäschereien, Docks, Werften und Magazine belief sich auf 263.264. In den Fabriken wurden ungefähr 4.150.000 Personen beschäftigt, in den Werkstätten 700.000, in den Wäschereien 100.000; darunter waren 390.869 Kinder und jugendliche Personen. Die Kinder im Alter von unter 14 Jahren arbeiteten nur halbe Tage; ihre Zahl betrug 42.618, davon in Lancashire und Yorkshire rund 34.000, so daß in den übrigen Teilen des Königreichs nur etwa 9000 Kinder in Fabriken und Werkstätten beschäftigt wurden. Außerhalb der Fabriken und Werkstätten waren noch 45.000 Kinder und jugendliche Personen gewerblich tätig. An Kindern und jugendlichen Personen beschäftigte Lancashire 107.734, Yorkshire 58.190, London 28.665. Die Zahl der in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren nimmt rasch ab. Die Zahlen waren: im Jahre 1906 42.618, im Jahre 1901 45.639, im Jahre 1896 84.929. Dagegen zeigt die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren eine Zunahme: im Jahre 1906 287.677 gegen 225.631 im Jahre 1901.

Die Inspektoren und Assistenten haben im Berichtsjahr 382.284 Besuche abgestattet. Eingehend und sympathisch berichteten hierüber die weiblichen Inspektoren; ihre Berichte umfassen 70 Folioseiten. Wegen Übertretung von Fabrikgesetzen wurden 4155 Klagen erhoben, wovon 106 zurückgewiesen, während die übrigen durch Geldstrafen geläutet wurden. Jedoch waren die Strafen viel zu gering, um abschreckend zu wirken. Die Durchschnittsstrafe belief sich auf etwa 20 Mk. Der Bericht macht noch die Bemerkung, daß die Zahl der zur Anzeige gelangten Übertretungen kaum ein Zehntel aller Übertretungen darstellen dürfte.

Es kamen 111.904 Unfälle vor oder 11.295 Unfälle mehr als im Vorjahre, wobei zu bemerken ist, daß die Unfälle in den Bergwerken, im Eisenbahnbetrieb und in der Schifffahrt in diesen Zahlen nicht eingeschlossen sind. Von den verzeichneten Unfällen hatten 1118 einen tödlichen Ausgang, 1068 männliche und 18 weibliche Arbeiter fielen auf dem „Schlachtfeld der Industrie“. 1011 der Opfer zählten über 18 Jahre; 106 waren jugendliche Arbeiter im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

Die Zunahme der Unfälle erklärt sich aus dem starken industriellen Aufschwung, der sich im Berichtsjahr vollzogen hat. Die Geschäftsbüchse machte sich besonders in der Textilindustrie bemerkbar. Viele Werkstätten wurden in Fabriken verwandelt; ebenso wurden zahlreiche Fabriken neu gebaut. Es wurden viel Überstunden gemacht, und wie die Hauptinspektorin sagt, wächst die Zahl der Unfälle mit der Zahl der Überstunden.

Die Inspektoren konstatieren, daß in den Fabriken und Werkstätten Englands sich sowohl bei den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern das Bestreben zeigt, die Hygiene der Arbeitsstätten zu verbessern und die Bestimmungen über Schutzvorrichtungen zu beachten. Eine Ausnahme bildet die Herstellung von Nahrungsmitteln (Bäckereien, Konfitürenwerkstätten), in deren Betrieben die Sanitätsverhältnisse noch vieles zu wünschen übrig lassen. Beachtenswert sind die Versuche der Inspektoren, die Luft der Arbeitsstätten auf ihre Reinheit zu prüfen. Zu diesem Zwecke wurden 2845 Luftproben auf ihren Kohlendioxidgehalt untersucht. Unter freiem Himmel enthielt ein Volumen Luft von 10.000 Teilen 4 bis 6 Teile Kohlendioxid. Die Fabrikluft enthielt in einem gleichen Volumen 9, 12, 20 und auch über 20 Teile Kohlen-

säure. Wo der Kohlendioxidgehalt hoch war, da verlangten die Inspektoren eine bessere Ventilation.

Am schlechtesten steht es mit der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze in den Textilfabriken Irlands und in dem Töpfereidistrikt Englands. Auch in manchen Textildistrikten Englands und in den für gefallene Mädchen eingerichteten Wäschereien Schottlands sind noch viele Verbesserungen nötig.

In Belfast werden die Kinder einen Tag um den anderen in den Fabriken beschäftigt, während sie in England nur halbe Tage verwendet werden dürfen. Wie die Inspektorin Miss Martindale berichtet, sind die betreffenden Kinder in Belfast schwächlich und von kleinem Wuchs. Sie hat ein Mädchen im Alter von 12 Jahren wiegen lassen. Das Gewicht war 58 englische Pfund, während ein gesundes Mädchen von gleichem Alter 78 Pfund wiegt. Auch die Schulklassen dieser Kinder sind ungesund. Die Inspektorin fand 80 dieser Schulklassen in einem Zimmer. Die Lehrerin sagte, nach ihrer Erfahrung werden nur wenige dieser Mädchen ein Alter von über 80 Jahre erreichen. Es arbeiten auch viele verheiratete Frauen in den irischen Textilfabriken; die Pflege der Kinder ist deshalb eine sehr mangelhafte. Der Fabrikarzt Dr. Purdon ist der Ansicht, daß die Kinder der Fabrikarbeiterinnen einer Entartung entgegengehen.

Im Töpfereidistrikt Englands (in der Gegend um Hanley) wurden früher, als die Maschinenteknik sich noch nicht des Industriezweiges bemächtigt hatte, hauptsächlich Männer beschäftigt. Mit der Einführung von Maschinen nahmen die Frauen die Plätze der Männer ein. Die Arbeit ist schwer und gesundheitschädlich; die Folge ist eine hohe Kindersterblichkeit, die zwischen 155 und 205 von Tausend schwankt. Die Löhne sind niedrig, und sie werden noch durch allerlei Abzüge erheblich gekürzt. Neben ihren qualifizierten Arbeiten müssen sie noch den Lehm in die Fabrik schleppen. Die Inspektorin Miss Vines berichtet hierüber: „Der Verwalter einer Fabrik sagte mir, er könne es nicht begreifen, daß das Gesetz nicht verbietet, Frauen derartige schwere Lasten aufzuerlegen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es kein hoffnungsvolles Zeichen für das England des 20. Jahrhunderts ist, wenn erst Befehle nötig sind, um Frauen und Mädchen nicht zu lasten zu degradieren zu lassen.“

In Nottingham, dem Mittelpunkt der Spinnindustrie, klagen die Lehrer, daß die Halbtagschülerinnen „kleine Sklaven“ sind. In einer Schule dieses Distrikts wurden 300 Kinder auf ihre Sehkraft ärztlich untersucht. Bei 51 von ihnen waren die Augen erheblich geschwächt.

In manchen englischen Fabriken kommen noch Mißbräuche vor, für die jede Entschuldigung fehlt. Die Inspektorin Miss Squire erzählt: „In einer Werkstätte fand ich 40 Mädchen, davon 21 Kinder, die mit dem Kleben von Zetteln auf Garn- und Seidenrollen beschäftigt waren. Alle besuchten die gummierten Zettel mit der Zunge. Jedes Mädchen klebt auf diese Weise 30 Gros (ein Gros gleich 144 Stück) täglich. Die Zunge der meisten Mädchen hatte die charakteristische polierte Spitze und die übrige Zunge war mit braunem Gummi bedeckt.“ Miss Squire wandte sich an den Fabrikarzt, der aber der Ansicht war, daß ohne Gesetz diesen Mißbrauch nicht abzuwehren sei.

Die Inspektorin Miss Martindale besuchte die schottischen Wäschereien, in denen gefallene Mädchen gebessert werden sollen. Sie fand das Essen ganz ungenügend; Schutzvorrichtungen gegen Feuergefahr fehlten vollständig, obwohl die Mädchen in verschlossenen Räumen, wie die Gefangenen, leben. Auch die gebrauchten Maschinen waren ohne Schutzvorrichtungen. Die Behandlung der Mädchen ist hart und unfreundlich. Die Inspektorin Miss Tracey sagt darüber: „Viele der Mädchen sind noch sehr jung, und es ist traurig, zuzusehen, wie sie für die Sünden anderer so schwer leiden müssen. Die einfachsten häuslichen Freuden sind ihnen unbekannt. Mir scheint, daß außer Wascharbeit noch andere Beschäftigungsarten, die den Geist mehr anregen, in solchen Institutionen eingeführt werden müßten.“ mb.-London.

Kinderschutz.

Nach den Erfahrungen der hessischen Gewerbeinspektion.

Wir haben in Deutschland seit dem 1. Januar 1904 ein Kinderschutzgesetz, wie es nicht sein soll. Nicht nur, weil es von Ausnahmen, die sich bis zum Jahre 1908 erstrecken beziehungsweise bis dahin verlängert worden sind, durchlöchert ist wie ein Sieb, sondern weil das, was dann noch bleibt, in Wirklichkeit keinen durchgreifenden Schutz des Kindes bedeutet, sondern nur eine Verzerrung und ungerechte Verschiebung der Verhältnisse. Wer daran noch gezwweifelt haben sollte, den mag der Bericht eines anderen belehren, den die rührige großherzoglich hessische Gewerbeinspektion über das Kinderschutzgesetz im Jahre 1906 herausgegeben hat.

Die Gesamtzahl der gewerblich tätigen Kinder betrug in diesem Jahre 4176 von 189.508 Volksschulkindern des Großherzogtums, das sind also 2,2 Prozent derselben. Dieser im Vergleich zu anderen Bundesstaaten recht mäßige Satz besagt, daß Hessen keineswegs ein Land mit ausgedehnter und gewerbmäßig betriebener Kinderarbeit ist. Das wird noch deutlicher, wenn wir die Art der Kinderbeschäftigung ins Auge fassen. Von den 2340 eigenen Kindern finden wir 2016 beim Austragen von Waren und sonstigen Botengängen beschäftigt, von fremden Kindern 1610 von 1898. Das sind also 3626 oder nahezu 87 Prozent aller gewerblich tätigen Schulkinder.

Die bei dieser Beschäftigung verwandten Kinder verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die Stadt- und Landbezirke. Das weist auf die patriarchalische Gepflogenheit hin, die Kinder zu allen Hausgeschäften heranzuziehen und auch

das Botengehen, Brötchentragen als solche zu betrachten. Weiße Wege sind dabei auch ebensomöglich zurückzulegen als viele hohe Stockwerke zu erklettern, da es, von Mainz abgesehen, Großstädte nicht gibt, und die genannte größte Stadt nur 213 = 0,4 Prozent aller Volksschüler als erwerbstätig aufweist.

Trotzdem finden wir in 1823 = 43,7 Prozent aller Fälle Gesetzesübertretungen, die sich nach dem oben Gesagten größtenteils auf die mißverständliche Auffassung der Bevölkerung zurückführen lassen, der so manche vom Gesetzgeber gemachte Unterscheidung nicht in den Sinn will.

Weit deutlicher noch als aus den Zahlen geht das aus anderen Befundungen hervor. So sagt einleitend der Darmstädter Bericht, „daß die Eltern den Eingriff in das Bestimmungsrecht über die Arbeitskraft der Kinder nicht verstehen. Kommt zu dieser Meinung noch die bittere Not, welche die Mütter der Kinder dringend notwendig macht, so bleibt jede Belehrung nutzlos. Wird der Mutter der Vorhalt gemacht, daß sie ihr Kind mit Zeitungsaustragen für Dritte, den Verleger oder Agenten, gefehlwidrig beschäftigt, so weist sie auf den Bäckermeister hin, der sein gleichaltriges Kind morgens in aller Frühe und zu jeder, auch zur bittersten Jahreszeit, mit dem Austragen seiner Waren so lange beschäftigen kann, wie er will. . . Draußen reinigt das 8-jährige Mädchen des Hofarbeiters im Sonnenbrand die Straße vor der Hofreite des Großbauern, des Lehrers oder Pfarrers, oder da geht das 6-jährige Mädchen des Tagelöhners durch die heiße Luft und bringt dem Vater, vielleicht auch noch einem anderen Verwandten das Mittagessen auf staubiger, schattenloser Straße nach dem weitgelegenen Steinbruch, und drinnen im kühlen Raum soll der kräftige Knabe der tranken Arbeiterin still sitzen und mit zusehen, wie die zitterige Hand der Mutter versucht, Tabak zu entripfen — weil er noch nicht 12 Jahre alt ist. . . Der müde Arbeiter bringt am Samstagabend einige Exemplare einer Zeitung aus der Stadt mit, vielleicht von seiner Parteipresse, und gibt sie seinem herbeieilenden Jungen zur Versorgung. Am anderen Tage, am Sonntag, wird er vor den Bürgermeister gerufen und ihm eröffnet, daß er die Beschäftigung seines Kindes für Dritte zu unterlassen habe. Beim Gang nach dem Rathaus hat er aber gesehen, daß der Gutspächter wegen eines drohenden Gewitters zahlreiche Arbeiterkinder jeden Alters Erntearbeiten verrichten läßt.“

Der Beispiele gibt es mehr. Sie erweisen samt und sonders, wie nötig der Ausbau des Gesetzes in der Richtung auf den Schutz der Kinder in der Landwirtschaft und gegen — die eigenen Eltern ist. Aus rein formalen gesetzlichen Gründen mußte zum Beispiel die Anzeige gegen einen Ziegeleibesitzer zurückgenommen werden, der seine beiden schulpflichtigen Kinder in diesem gesundheitsgefährlichen Gewerbe beschäftigte.

Es kommt noch dazu, daß bei Übertretungen des Gesetzes das Strafmaß der Gerichte im Vergleich zu den angesehenen Höchststrafen außerordentlich milde ist. Und ferner daß, nach den Ausfagen verschiedener Beamten ein gut Teil der Kinderarbeit überhaupt nicht zur Meldung und damit zur Kenntnis der Behörden gelangt. Das gilt insbesondere für die ja überhaupt so schwer zu erfassende Heimarbeit. Nur selten wird sie nach ihrem vollen Umfang bekannt. So schreibt ein Lehrer des Bezirkes Gießen über die Heimarbeit von 15 stuhlflüchtigen Kindern: „Die tägliche anstrengende Arbeit des Flechtens macht sich deutlich bemerkbar an dem Aussehen der Kinder, und an der Schläffigkeit derselben im Unterricht. Allem Anschein nach werden die Kinder noch über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigt.“

Trotz alledem werden von dem einen und anderen der Beamten die Ansätze zum Kinderschutz selbst in der verkrüppelten Form darum beklagt, weil durch ihn das schöne warme Frühstück fortfällt, das früher insbesondere den Brötchentragern usw. von den Bäckern verabreicht wurde. Ich glaube, es genügt, das zu konstatieren und zugleich, daß die da und dort in den größeren Städten gegründeten „Vereine für Verabreichung eines warmen Frühstücks“ an kränkliche, schwächliche und wirtschaftlich bedürftige Kinder nur einen Teil des vorliegenden Bedürfnisses zu befriedigen vermögen. Nichts ist schrecklicher als der Gedanke, daß unsere Wirtschaftsordnung es mit sich bringt, daß Kinder, daß die, auf denen die Zukunft des Volkes beruht, hungrig und frierend zur Schule gehen müssen.

Aber die Wirkungen kindlicher Erwerbstätigkeit liegen verschiedene wenig tröstliche Befundungen aus Lehrerkreisen vor. Von einem Knaben, der an schulfreien Nachmittagen von 1½ bis 8½ Uhr Kohlen ausfährt, heißt es: „Der Knabe vernachlässigt sehr seine Schularbeiten.“ Von einer kleinen Zeitungsträgerin lesen wir: „Infolge dieser Beschäftigung zeigt sich das Kind fortwährend nachlässig in den Hausaufgaben, beim Unterricht schläfrig und teilnahmlos.“ Von einem Regelfungen, der von 9 bis 12 Uhr nachts arbeitet, wird bekannt: „Die Arbeit wäre ganz zu verbieten, da er weit hinter dem Lehrziel seines Jahrganges zurück ist und sein sittliches Verhalten in und außer der Schule auch sehr viel zu wünschen übrig läßt.“

Und das ökonomische Ergebnis der Kinderarbeit? 1 bis 5 Mark Monatslohn, in Einzelfällen in stotten Stadtgeschäften (Gießen) bis zu 8 Mk. Anderwärts für eine zweistündige Tagesarbeit 3 Mk. im Monat. Günstiger steht es mit dem Verdienst, wenn neben 5 Mk. im Monat auch Mittag- und Abendessen verabreicht wird, und sehr kläglich sieht es aus, wenn dem Brötchenträger neben Kaffee und 1 Beck noch 12 Becke für die Angehörigen als einzige Bezahlung verabreicht werden.

Der Verdienst steht in keinem Verhältnis zu dem, was an Gesundheit, Lebensfrische und Lebensfreude und Entwicklungsmöglichkeit geopfert wird und drängt selbst in Hessen,

auf verhältnismäßig günstigem Terrain, zu der Forderung: Fort mit der Kinderarbeit in allen ihren Formen. Ketten wir wenigstens unserer Jugend das Stückchen Sonne, auf das so viele von uns verzichtet lernen mußten.

Henriette Fürth.

Frauen im Kampfe.

Schon zweimal in diesem Jahre haben die Berliner Genossinnen den Wert der Frauenbewegung für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse durch die Tat bewiesen. Sie haben gezeigt, daß ohne große Nebereien über praktische Arbeit und positive Leistungen durch frisches, tatkräftiges Eingreifen tüchtige Erfolge erzielt werden können. Die Vorbedingung praktischer Arbeit ist Aufklärung und Organisation. Für sie haben die Berliner Genossinnen in den letzten Jahren mit Eifer und Geschick gesorgt. Ende Mai fand sich dann für sie die Gelegenheit, die gesammelten Kräfte im praktischen Kampfe zu erproben. Und sie bestanden diese Probe! Die Bäckergehilfen in Berlin wurden in einen Kampf mit den Backstubenproben gedrängt. Die Berliner Arbeiterchaft griff zur Waffe des Boykotts, der über alle Geschäfte verhängt wurde, die die berechtigten Forderungen der Gesellen ablehnten. Sofort nach Proklamation des Kampfes riefen die Genossinnen alle Proletarierinnen zur praktischen Mitarbeit auf. Sie brachten Aufklärung über die Ursachen des Konfliktes in die Arbeiterwohnungen, verteilten Boykottplakate und überwachten die Geschäfte. Das energische Eingreifen der Frauen hat den Trotz manches Bäckermeisters gebrochen. Ihrer unermüdeten Mitarbeit ist anerkanntermaßen hauptsächlich der von den Bäckergehilfen erzielte Erfolg zu danken.

Noch glänzender bewährten sich die Frauen im zweiten Falle. Ende Oktober kam es zwischen der Warenhausfirma Jandorf und dem Verband der Handels- und Transportarbeiter zu einem Konflikt, dessen Ursachen die Leserinnen der „Gleichheit“ bereits aus Nr. 23 kennen. Am 27. Oktober wurde von den Genossen Groß-Berlins der Boykott über die sechs Geschäfte der Firma beschlossen. Und heute kann es gesagt werden: man hatte den Kampf nicht ohne Bangen aufgenommen. Aber man konnte ihm — schon aus prinzipiellen Gründen — nicht ausweichen. Die Hausdiener sollten einen Revers unterschreiben, durch den sie sich bei Arbeitseinstellungen auf eine Konventionalstrafe von 101 M. verpflichteten. Man konnte diesen Schlag um so weniger ohne Gegenwehr hinnehmen, als ein Unterwerfen der Hausdiener eine Ausdehnung des Jandorfschen Hausgesetzes auf alle Warenhausangestellten zur Folge gehabt haben würde. Unsere Genossen verhehlten sich aber nicht, daß ein Boykott leicht beschlossen, aber schwer durchgeführt ist. Für die Firma lagen die Verhältnisse noch besonders günstig, weil ihre Geschäfte auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten zugeschnitten sind. Die Kaufhäuser in den Arbeitervierteln führen in der Hauptsache billige, für den Konsum der Proletarier berechnete Artikel, die Geschäfte im Mittelpunkt der Stadt entsprechen in Warenqualität und Preisen den Anforderungen des Mittelstandes, während ein in vornehmen Westen belegenes Kaufhaus die ausgesuchtesten Bedürfnisse der Leute mit dem großen Geldbeutel befriedigt. Durch gewaltige Reklame und bauend auf die Feindschaft des Bürgerkums gegen die Arbeiterbewegung hofften die Firmeneinhaber, den eventuell durch das Wegbleiben des Arbeiterpublikums verursachten Ausfall durch erhöhten Umsatz in den übrigen Filialen wieder einzubringen und den Boykott nach einiger Zeit im Sande verlaufen zu sehen. Um die Stoßkraft des Boykotts abzuschwächen, griffen sie ferner zu dem Mittel besonders günstiger Preisangebote. Erquickungen — Tee, Kaffee, Schokolade — wurden gratis verabreicht, einige Gebrauchsgegenstände bot die Firma zu Preisen an, die offensichtlich bei weitem nicht die Selbstkosten deckten. Lebensmittel wurden zu herabgesetzten Preisen abgegeben. Kaffee Rippenspeer zum Beispiel, das sonst nicht unter 90 Pf. pro Pfund zu haben war, bot Jandorf zu 88 Pf. an. Das waren verführerische Lockungen. Die Firma rechnete darauf, daß viele Frauen sich sagen würden: Auf mich kommt's nicht an! Andererseits hoffte sie durch die annoncierten Vergünstigungen auch aus den Kreisen des sonst nicht bei Jandorf kaufenden Publikums Käufer heranzuziehen.

So waren die äußeren Umstände für die Arbeiter durchaus nicht günstig. Aber alle Hindernisse wurden dadurch überwunden, daß die Frauen die praktische Durchführung des Boykotts in die Hand nahmen. Im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Inflanzen entwarfen sie die Kriegspläne und übernahmen in der Hauptsache ihre Durchführung. Sie organisierten die Flugblattverbreitung und das Postenstehen vor — und in den Geschäften. Mit großem Geschick und seltener Ausdauer führten sie den Kampf gegen die Aufpasser der Firma, die unwissenden und indifferenten Käuferinnen und auch gegen die Polizei, die selbstverständlich nicht fehlen durfte. Die schon in so manchen Kämpfen gegen die Arbeiter erprobte Praxis und Strategie der Gesetzeswächter kam freilich gegen die List und Gewandtheit der Genossinnen nicht auf. Unter den Augen der uniformierten und nicht uniformierten Polizeiorgane wurden die Boykottzettel verbreitet. In den verhältnismäßig wenigen Fällen, wo es gelang, eine mutige Zettelverbreiterin zu verhaften, waren die Zettel noch schneller verbreitet als sonst. Die Verhaftete schleuderte ihren ganzen Pack in die Menge, und im Augenblick hatte diese die Beute selbst unter sich verteilt. Und die Empörung, die jede Verhaftung hervorrief, erhöhte nicht die Sympathie für die Firma, sie vergrößerte vielmehr jedesmal die Schar der aktiven Kämpferinnen. In die Geschäfte selbst brangen diese ein und

holten die Käuferinnen von den Ladentischen fort. Zehn Tage lang führten die Genossinnen so den Kampf gegen die Firma, gegen Polizei und Spiegel. Die Kaufhäuser wurden leerer und leerer, die Einnahmen schrumpften zusammen. Die Firma kam zur Einsicht, daß sie mit allen ihren Hilfsmitteln gegen die kämpfenden Frauen nicht siegreich bleiben würde. Am 8. November trat sie mit den Arbeitervertretern in Unterhandlung, am 9. November streckte sie die Waffen, zog ihren Revers zurück und schloß mit dem Verband einen Tarifvertrag ab, der unter anderem jenem die Vermittlung von Arbeitskräften überweist.

So haben die Frauen in ganz hervorragender Weise geholfen, den Arbeitern einen kaum erhofften Sieg zu erringen. Die Genossinnen haben den Befähigungsnachweis für ihre Kampfthätigkeit glänzend geführt. Die Bahn frei für weitere Betätigungsmöglichkeiten!

w. d.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Überaus traurige wirtschaftliche Verhältnisse herrschen durchweg in Oberfranken. Neben der Heimindustrie: Korbmacherei, Handweberei, Stickerie, Maschenfabrikation findet man sehr viel Porzellanindustrie, Glasfabrikation, Schiefer- und Holzindustrie und auch sehr viel Landwirtschaft. Porzellan- und Glasarbeiter bilden überall die Elitetruppen der Bewegung. Weil sie gut organisiert sind, haben sie den höchsten Verdienst und vice versa. Bei den Heimarbeitern, deren Löhne auf einem unglaublich niederen Niveau stehen, ist meistens keine Spur von Organisation vorhanden. Schon im vergangenen Jahr berichteten wir über die unaussprechlich traurigen Verhältnisse dieser Lohnsklaven. Um für den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu wirken, vor allem auch, um die Frauen für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, unternahm die Unterzeichnete eine Agitationstour durch Oberfranken. Versammlungen fanden statt in Kronach, Raps, Stockheim, Langenau, Lettau, Kleintettau, Neuhaus, Ebersdorf, Windheim, Ludwigstadt, Burggrub und Burgundstadt. Sie waren überall gut und oft glänzend besucht. Den Organisationen wurden Mitglieder, der Parteipresse Abonnenten gewonnen, fast überall erfolgte die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen und die Einführung der „Gleichheit“. Viele Frauen verpflichteten sich zum Zahlen freiwilliger Beiträge an die Partei. An manchen Orten wurden fünfzig und mehr Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, und die gleiche Anzahl weiblicher Versammlungsbesucher versprach regelmäßig Beiträge an die Vertrauensperson abzuliefern. So brachte diese Tour unserem Organ fast 500 neue Leserinnen. In Kronach, Lettau und Alexanderhütte war die „Gleichheit“ bereits eingeführt, aber an den meisten anderen Orten war sie vollständig unbekannt. Es ist deshalb dringend notwendig, daß überall der Essener Parteitagbeschluss durchgeführt wird, daß alle Referenten, männliche wie weibliche, stets außer auf die örtliche Parteipresse auch auf die „Gleichheit“ verweisen, und daß unsere Parteipresse im redaktionellen Teil desgleichen tut. Vorher fand in Altsenfeld-Sondershausen eine glänzend besuchte Versammlung statt, die einige fünfzig Abonnenten und die Wahl einer Vertrauensperson brachte. Die Glasarbeiterinnen versprachen, dem Verbands beizutreten.

Luise Fleck.

Auf Veranlassung des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Württembergs sprach die Unterzeichnete in einer Reihe von Frauenversammlungen, und zwar in Waiblingen, Münster, Weil im Dorf, Nordheim, Vietigheim, Tuttingen, Sulz, Schramberg, Böblingen, Kalen, Heidenheim, Ravensburg, Rellingen, Jehenhausen, Heilbronn, Redarsulm, Feuerbach, Kornwestheim, Ehningen, Reutlingen, Backnang und Stuttgart. Zweck der Agitation war, die Frauen mit der Gedankenwelt des Sozialismus bekannt zu machen und für den politischen und wirtschaftlichen Kampfskampf des Proletariats zu gewinnen. Die herrschenden Gewalten und die bürgerlichen Parteien tragen durch ihre volksfeindliche Politik, insbesondere durch die von ihnen verschuldete Fleisch- und Brotverteuerung dazu bei, die Proletarierinnen aufzuklären. Die Versammlungen waren fast überall so stark von Frauen besucht, daß die Parteigenossen selbst davon überrascht waren und ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse in Württemberg sind eben so traurig wie im übrigen Deutschland, die Frauen müssen hier gerade so wie dort zum Unterhalt der Familie beitragen. Wie sie dabei ausgebeutet werden, zeigt eine Notiz an anderer Stelle. In allen Orten, ausgenommen Stuttgart, wurde in den Versammlungen das Thema behandelt: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe um das Dasein und ihre Pflichten und Rechte im Staatsleben“. In Sulz war der Besuch leider nur schwach. Der dortige Fabrikant hatte nämlich eine Arbeiterin damit betraut, aufzupassen, wer von ihren Arbeitsgenossinnen die Versammlung besuchen würde. Die Armselige, die sich dazu hergab, ihre Schwestern zu verraten, ist Mitglied einer christlichen Organisation. Die Arbeiterinnen werden wissen, wie sie für das scholle Verhalten zu quittieren haben. In der Versammlung in Kalen ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Als die Referentin darauf hinwies, daß die Arbeiter durch die indirekten Steuern und Zölle, die jährlich über 900 Millionen Mark einbringen, am härtesten getroffen werden, rief ein Versammlungsbesucher, ein früherer Revisionsbeamter und jetziger Effigfabrikant, das Wort „Gemeinheit“ dazwischen. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß nach dem Vortrage freie Diskussion stattfände. Darauf betrug sich der Herr derart, daß er vom Vorsitzenden aufgefordert werden mußte, den Saal zu verlassen, was er

schließlich tat. In der Versammlung in Stuttgart, die von Frauen überfüllt war, gelangte das Thema zur Verhandlung: „Die Brotverteuerung und die Frauen“. Seit einem Jahr ist in Württemberg der Preis des Brotes um 4 Pf. für das Pfund gestiegen. Ein Roggenbrot von 3 Pfund kostete 30 Pf., der Preis erhöhte sich erst auf 32 Pf., dann auf 35 Pf. und beträgt jetzt 42 Pf. Diese Verteuerung hat natürlich die Gemüter erregt. Die Versammlungsteilnehmer und Teilnehmerinnen lauschten aufmerksam dem Vortrage und bezeugten durch Beifallskrufe ihre Zustimmung. Eine Resolution, die gegen die Brotverteuerung Stellung nahm und die Anwesenden aufforderte, mit allen Mitteln gegen sie anzukämpfen, wurde einstimmig angenommen. Diese Agitationstour, die in Württemberg die erste war, welche die Frauen für das politische Leben gewinnen sollte, warb für die „Gleichheit“ einige hundert Abonnenten und für die Partei eine große Zahl Mitglieder. An den einzelnen Organisationen liegt es jetzt, durch weitere Frauenversammlungen und Lesabende das geweckte Interesse der Proletarierinnen am öffentlichen Leben zu fördern. Wenn das geschieht, wenn ferner der Landesvorstand die proletarische Frauenbewegung auch künftig planmäßig fördert, so werden die Proletarierinnen Württembergs bald Seite an Seite mit den Männern für ein bessere Zukunft kämpfen.

Agnes Fahrtenwald.

Auf Veranlassung des Deutschen Textilarbeiterverbandes unternahm die Unterzeichnete eine Agitationstour im Gau Brandenburg. Versammlungen fanden statt in Wittenberge, Brandenburg, Nowawes, Ludenwalde, Fürstenwalde, Finsterwalde, Kottbus, Forst, Sackro, Weichau, Berlin und Rummelsburg. In Köpenick und Schöneweide mußten wir unverrichteter Sache wieder fortgehen, weil die Arbeiter unserem Ruf nicht gefolgt waren. Der Besuch der Versammlungen litt sehr unter anderen Veranstaltungen. In verschiedenen Orten der Mark standen Stadtverordnetenwahlen bevor, und die organisierten Arbeiter hatten alle Hände voll zu tun, um die Vorarbeiten dafür zu erledigen. Auch die drohende Krisis, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt und ihre Schatten voraus wirft, ist der Agitation nicht günstig. Sie macht die Arbeiter scheu und schweigsam, so daß keine großen Erfolge von dieser Tour zu verzeichnen sind. Immerhin dürften die Versammlungen zur Anfeuerung der Mitglieder beigetragen und sie aufgerüttelt haben, die Fernstehenden für den Verband zu gewinnen.

W. K.

Auf Veranlassung der Hamburger Landesorganisation sprach die Unterzeichnete in Hamburg und nächster Umgebung in elf öffentlichen Frauenversammlungen über das Thema: „Was ist die Aufgabe der Frau?“ Der Erfolg dieser Versammlungen war, daß mehr als 300 Personen teils ihren Beitritt zur Partei anmeldeten, teils als Abonnentinnen für die „Gleichheit“ gewonnen wurden. Der Besuch war im allgemeinen sehr gut, besonders in den Vororten Rotenburgsort und Harvestehude, wo 1200 respektive 800 Personen anwesend waren. Auch im ersten Hamburger Wahlkreis erfreute sich die Versammlung eines guten Besuches. Überhaupt trat deutlich hervor, daß das Interesse der Frauen an unserer Bewegung in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen ist. — In Crefeld macht die Frauenbewegung gleichfalls tüchtige Fortschritte. Die öffentlichen Versammlungen werden dort für die einzelnen Stadtbezirke getrennt abgehalten. Die Unterzeichnete referierte in zwei Versammlungen, die den Erfolg hatten, daß mehr als 30 Frauen für die neue Organisationsform, die für die Frauen am Niederrhein geschaffen worden ist, gewonnen wurden. Es sind hier Teilnehmungsarten zur Verbreitung der „Gleichheit“ eingeführt worden; hierin werden Monatsbeiträge von 30 Pf. in zwei Marken à 15 Pf. geleistet, wofür die „Gleichheit“ gratis geliefert wird; der Überschuss dient als freiwilliger Parteibeitrag. — In Süchteln, einem Orte mit starker Textilarbeiterbevölkerung, sprach die Unterzeichnete in einer Mitgliederversammlung der organisierten Textilarbeiter. Süchteln ist ein sehr schwer zu bearbeitender Ort; christliche Organisation, Behörde und bürgerliche Vereine haben es dahin gebracht, daß jahrelang kein Redner unserer Richtung in öffentlicher Versammlung zum Worte kommen konnte, weil gegen die Wirte ein derartiger Terrorismus ausgeübt wird, daß sie es nicht wagen, den freien Organisationen ihre Lokale zur Verfügung zu stellen.

W. Kähler.

Auf Veranlassung der Gauvorstände des Fabrikarbeiterverbandes für Württemberg und Bayern und des Tabakarbeiterverbandes für Baden und Elsaß hielt die Unterzeichnete eine Reihe von Agitationsversammlungen ab, und zwar für Württemberg in Cannstatt, Untertürkheim, Hedelfingen, Vorch und Reutlingen; für Bayern in München, Schwabing, Bruckmühl, Kolbermor, Rosenheim, Buchheim, Regensburg, Kehlheim, Straubing, Schwabach und Röhrenbach; für Baden und Elsaß in St. Ludwig, Wasel, Denzlingen, Fahr-Dinglingen, Herbolzheim, Friesenheim, Straßburg und Karlsruhe. In München fand außerdem noch eine Versammlung für den Verband der Schuhmacher statt. In den Versammlungen wurden folgende Themata behandelt: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiter im allgemeinen“, „Die Taktik der Arbeitgeberverbände und die Aufgaben des Deutschen Tabakarbeiterverbandes“, „Die Kulturbestrebungen der deutschen Gewerkschaften“. Die Versammlungen erfreuten sich, mit Ausnahme einiger in Baden, eines sehr guten Besuchs. Vor allen Dingen ist hervorzuheben, daß die Arbeiterinnen sich rege beteiligten. Die Versammlung in Cannstatt war nur von Arbeiterinnen der dortigen Korsettfabrik besucht. Innerhalb weniger Tage

meldeten sich 72 Arbeiterinnen zur Aufnahme in den Fabrikarbeiterverband. In Rötchenbach reichte der Saal zur Aufnahme der Besucher nicht aus; zahlreiche Zuhörer standen außen vor den Fenstern. Zu dieser Versammlung hatten sich sämtliche Meister einer dortigen Fabrik eingefunden, in der gegen 1000 Arbeiter unter höchst ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen arbeiten. Die Unterzeichneten bewies in ihrem Referat den anwesenden Meistern, daß sie gar nicht nötig hätten, sich für etwas Besseres zu halten als die Arbeiter. Sie müßten auch schwer genug für ihr tägliches Brot arbeiten und hätten deshalb gar keine Ursache, besonders für die Firma einzutreten. Nach dem Referat verlangte der überwachende Beamte, daß die Minderjährigen den Saal verlassen sollten, weil nun die Debatte beginne. Der Vorsitzende verwahrte sich jedoch ganz energisch dagegen. In die Versammlung in Kolbermör hatten die Christlichen zwei junge Leute als Stenographen gesandt. Hoffentlich haben die beiden dabei etwas gelernt. Auch in Puchheim war der Saal dicht besetzt, und zwar vor allem von den Arbeiterinnen und Arbeitern einer Fabrik, in der Haus- und Straßmüll zu Dünger verarbeitet wird. Die Arbeiterinnen müssen dort den ganzen Tag, von 6 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends, in dem Müll herumwühlen und Holz, Kohlen, Lumpen, Papier, Glas, Eisen, Geldstücke usw. herausuchen. Das bringt der Firma im Jahre ein schönes Stück Geld ein. Damit sich die Arbeiterinnen nicht aneignen, werden sie ab und zu durchsucht. Bei dieser unappetitlichen und gesundheitsgefährlichen Beschäftigung ist eine Verlängerung der Arbeitszeit unbedingt notwendig, um so mehr, als die Frauen zum großen Teil von der Bahn abhängig sind, so daß sie oft morgens oder abends eine Stunde auf den Zug warten müssen. Durch einmütiges Vorgehen war es den Arbeiterinnen im Vorjahr gelungen, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. — Für die Agitation unter den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen in Elfaß und Baden muß noch weit mehr getan werden als bisher. Von den ungefahr 43000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Betrieben für die Organisation in Frage kommen, steht die übergroße Mehrzahl dem Organisationsgedanken noch ganz teilnahmslos gegenüber. Dabei verdienen diese Arbeiter nach dem Jahresbericht des Dr. Bittmann Durchschnittslöhne von 493 Mk. im Jahre. In fast allen Versammlungen wurde darüber geklagt, daß die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig lasse. In der Kaiserlichen Manufaktur in Straßburg sind sogar dreitägige Aussperrungen verhängt worden wegen Zuspätkommens. Hoffentlich kommt auch für die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Elfaß und Baden bald die Zeit, wo sie mit Hilfe einer strammen Organisation derartigen Zuständen ein Ende bereiten können. Dazu bedarf es freilich noch einer eingehenden und unermüdligen Agitations- und Aufklärungsarbeit. Marie Backwitz.

Anfangs dieses Monats fand in Lechhausen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Klement über die Forderung des Wahlrechts und freien Vereins- und Versammlungsrechts für das weibliche Geschlecht referierte und großen Beifall für seine Ausführungen fand. Die schon in Nummer 22 mitgeteilte Resolution, welche dem bayerischen Landtag übermittelt werden soll, fand einstimmige Annahme. Genossin Zeh forderte die Versammelten auf, die Worte des Referenten zu beherzigen und der gewerkschaftlichen und politischen Organisation beizutreten. Sie machte außerdem Propaganda für die „Gleichheit“, die nicht nur den Frauen geistige Nahrung gebe, sondern auch durch eine besondere Kinderbeilage zur Unterhaltung und zur Erziehung der Kinder im sozialistischen Sinne beitrage. Adelheid Zeh.

In einer sehr stark besuchten öffentlichen Frauenversammlung zu München, die Anfang November tagte, referierte Genossin Greifenberg-Augsburg über die „Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“. Die Referentin schilderte den wirtschaftlichen Kampf des weiblichen Geschlechts, den die kapitalistische Produktionsweise verursacht habe. Die Statistik berichte, daß von 1882 bis 1896 die Zahl der weiblichen Arbeiter um 19 Prozent, die der männlichen aber nur um 15 Prozent gestiegen ist. Und trotzdem dürfe die Frau noch heute kein Wort bei der Gesetzgebung mitreden, wohl aber müsse sie Steuern für den Staatshaushalt aufbringen. In ihren weiteren Ausführungen kritisierte Genossin Greifenberg die schlechte Volksschulbildung und forderte zum Schluß auf, kräftig mitzuarbeiten an der Erklämpfung des allgemeinen Frauenwahlrechts. Stürmischer Beifall belohnte die Referentin. In der Diskussion wies Genossin Lachenmeyer auf den Frauen- und Mädchenbildungverein hin, durch den die Frauen sich Wissen verschaffen können, und empfahl das Abonnement der „Münchener Post“. 41 neue Mitglieder für den Frauenverein wurden gewonnen. Rosa Fleischmann.

In einer öffentlichen Frauen- und Mädchenversammlung in Bielefeld, die im November stattfand, wurde die Abrechnung vom letzten Geschäftsjahr gegeben. Nach ihr betrugen die Einnahmen zusammen 500,12 Mk., die Ausgaben 279,65 Mk. Es ist sonach ein Barbestand von 220,47 Mk. vorhanden. Unter den Ausgaben befinden sich 150 Mk., die dem Agitationsfonds der deutschen Genossinnen in Berlin überwiesen wurden. Die Versammlung wählte als Vertrauensperson die Genossin Köllner und als deren Stellvertreterin Genossin Schlingmann. Darauf hielt Genosse Schred einen Vortrag über: „Die Poesse im Leben der Frau“. Die Anwesenden lachten dem Referenten mit sichtlichem Interesse und dankten ihm mit warmem Beifall. Nach kurzer Debatte schloß Genossin Köllner die Versammlung mit der Mahnung, das Gehörte zu beherzigen. A. Z.

Anfang November fand in Weissen eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Jhrens-Berlin

über „Die Frau im Klassenkampf“ referierte. Die Rednerin zeigte die Ursachen auf, die das fortwährende Steigen der gewerblichen Frauenarbeit bedingen, und schilderte die Lasten der proletarischen Frau, die außer der Arbeit in der Familie auch noch in der Fabrik oder in der Heimindustrie fronen muß. Sie wandte sich gegen die grausame Kinderarbeit und forderte die proletarischen Eltern auf, ihre Kinder zu aufgestellten Menschen zu erziehen. Den Männern machte sie es zur Pflicht, ihre Frauen der Organisation zuzuführen. Die gut besuchte Versammlung nahm den Vortrag mit reichem Beifall auf. Martha Forchel.

Jahresbericht der Genossinnen von Erlangen. Im September vorigen Jahres wurde in Erlangen ein Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse gegründet, dem 42 Frauen und Mädchen sofort beitraten. Im Laufe des Jahres stieg die Mitgliederzahl auf 100, ging aber wieder auf 87 zurück. Das neue Vereinsjahr hat jedoch schon wieder Zuwachs gebracht. Im ganzen fanden 131 Aufnahmen statt. Die Gesamteinnahmen des Vereins betragen 414 Mk., die Ausgaben 392 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich 32 Mk., die an den Agitationsfonds der Genossinnen abgeführt worden sind. 120 Mk. wurden für die „Gleichheit“ ausgegeben, 40 Mk. für das Austragen derselben und das Einlassen der Beiträge und 33 Mk. für Agitation. Es fanden 16 Vereinsversammlungen und 8 öffentliche Frauenversammlungen statt. In 10 Versammlungen hielten Genossinnen und Genossen Vorträge, in den übrigen wurde verschiedenes Belehrte gelesen. Bei den Vorarbeiten zu den Reichstags- und Landtagswahlen halfen die Genossinnen durch Falzen und Kuvertieren von Wahlunterlagen. Im Laufe des Sommers agitierten sie für den Handschuhmacherverband und führten ihm 40 weibliche Mitglieder zu. Demnächst werden sie für den Textilarbeiterverband agitieren. Um dem Unterhaltungsbedürfnis ein wenig Rechnung zu tragen, wurden ein Massen- und ein Stiftungsfränzchen abgehalten. Für die jungen Mädchen findet wöchentlich ein Näh- und Plüschabend statt, damit sie besser an der Verein gefestigt werden. Zu dieser Veranstaltung waren die Genossinnen gezwungen, da am Ort ein katholischer Arbeiterinnenverein besteht, der 300 Mitglieder hat und Koch-, Näh- und Bügelkurse abhält. Für das neue Jahr wurden in den Vorstand die Genossinnen Hüttner, Ruppenstein, Winkler, Hemmerbacher und Radler gewählt. Die Verwaltung wird bemüht sein, auch künftig ihr Bestes zu tun, um zu beweisen, daß die Organisation lebensfähig ist. Marg. Hüttner.

Delegierte der außerordentlichen Frauenkonferenz zu Berlin waren aus: Altona: Vinchen Baumann; Berlin: Ida Baar, Fräulein Hörster, Fräulein Heinrich; Bernburg: Frau Günther für den II. Anhalter Wahlkreis; Brandenburg a. H.: Frau Behrendt; Chemnitz: Helene Wagner; Crefeld: Wilhelm Reimes; Düsseldorf: Wilh. Köhler; Essen a. Ruhr: Frau Deuper; Frankfurt a. M.: Johanna Tesch; Grabow-Stettin: Emma Kuschel; Halle a. S.: Anna Sachse; Hamburg: Luise Zieh, Luise Köhler; Hannover: Elise Evers; Kiel: Theodora Niendorf; Leipzig: Frau Hennig; Lützenwade: Berta Hube; Magdeburg: Frau Knöfler; Kreis Nieder-Barnim: Elise Neumann; Regensburg: Magda Hagen; Spandau: Frau Streblke; Kreis Teltow-Beeskow: Marie Thiel; Zerbst: Frau Fräßdorf. Als Gäste waren anwesend: Genossin Baader, die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, als Einberuferin der Konferenz; Genossin Jettin als Redakteurin der „Gleichheit“; Genosse Eberhardt-Charlottenburg als Vertreter des Parteivorstandes; Genosse Boeske als Vertreter des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend; Genosse Schmidt, Generalsekretär von Hannover; Genosse Poetsch vom Verband der Gastwirtsgehilfen.

Weibliche Delegierte zum Landesparteitag der preussischen Sozialdemokratie. An den Verhandlungen des zweiten Parteitags der preussischen Genossen nahmen 18 weibliche Delegierte teil. Fast alle größeren Zentren der proletarischen Frauenbewegung, die zu der außerordentlichen Frauenkonferenz delegiert hatten, waren auch durch Genossinnen auf dem Parteitag vertreten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Sozialdemokratie ward dadurch bekräftigt, daß Genossin Weyl als Schriftführerin dem Bureau angehörte, daß die Verhandlungen leitete, und daß Genossin Neumann in die fünfzehngliedrige Kommission gewählt ward, welche den Organisationsentwurf beriet. An den Debatten beteiligten sich die Genossinnen Thiel, Weyl und Zieh. Genossin Thiel begründete es, daß die Genossinnen ihren Antrag, das Frauenwahlrecht betreffend, zurückzogen, da die Forderung dieser Reform in der Resolution der Referenten Adler und Arons enthalten war. Die prinzipielle und praktische Bedeutung des Eintretens für das Frauenwahlrecht bei dem bevorstehenden Wahlrechtskampf wies Genossin Zieh überzeugend nach, die in ihrer Rede außerdem scharf die Notwendigkeit betonte, den Kampf für die Demokratisierung des Wahlrechts als proletarischen Klassenkampf zu führen und jede Illusion auf Unterstützung seitens der bürgerlich-liberalen Parteien fahren zu lassen. In einer zweiten, nicht minder eindrucksvollen Rede begründete Genossin Zieh eine Resolution, welche gleichzeitig eine Sympathiebekundung für Genossen Liebnecht und ein Kampfesruf gegen den Militarismus war. Genossin Weyl vertrat in trefflichen Ausführungen die Anträge der Berliner Genossinnen, die Errichtung kommunaler Kindergärten betreffend, und wies dabei auf die Verpflichtung der Eltern hin, auch der häuslichen Erziehung ihrer Nachkommen vermehrte Sorgfalt zuzuwenden.

Politische Rundschau.

Die parlamentarische Saison hat begonnen. Reichstag und preussischer Klassenlandtag tagen, und die Minister stehen Rede und Antwort und offenbaren die Absichten der Regierungen. Für das arbeitende Volk sind sie nichts weniger als erfreulich. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag in Form einer Interpellation die Forderung gestellt, daß in dieser Zeit der hereinbrechenden Krise, da die Arbeitslosigkeit schon weitere Kreise zu ziehen beginnt und dazu eine Teuerung der wichtigsten Lebensmittel tritt, wenigstens die künstliche Verteuerung der Nahrung beseitigt werde, die durch die Lebensmittelzölle und andere Maßnahmen, wie Grenzsperrn für ausländisches Vieh, herbeigeführt wird. Die Antwort der Reichsregierung, erteilt von dem neuen Staatssekretär für Sozialpolitik, war ein schroffes Nein. Erstens würde die Aufhebung der Zölle auf Getreide und nicht helfen, meinte Herr v. Bethmann-Hollweg, weil die Teuerung allgemein sei, und zweitens sei die Aufhebung nicht angängig, weil sie die Landwirtschaft — ließ die Großgrundbesitzer — schädigen würde. Das eine Argument schlägt das andere tot. Kann die Aufhebung der Zölle nichts nützen, wird sie keine Verbilligung des Brotes bringen, so kann von einer Schädigung der Großgrundbesitzerinteressen keine Rede sein — wird die aber befürchtet, so ist damit zugestanden, daß das deutsche Volk durch Aufhebung der Zölle zu billigerem Brote kommen könnte. Und das würde allerdings der Fall sein, da die Teuerung des Getreides zwar allgemein, aber in Deutschland am höchsten ist: steht doch der Preis hier um den vollen Betrag des Zolles höher als auf dem Weltmarkt. Aber solche unbequeme Tatsachen, die der sozialdemokratische Redner Genosse Scheidemann scharf hervorhob, glitt aber der Staatssekretär still hinweg und mit ihm die Redner der Agrarier aller Parteien, der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums, die die Regierungserklärung mit aufrichtigem Dank entgegennahmen. Der Arbeiter mag nur darben, damit der Junker die standesgemäße Lebenshaltung nicht herabzusetzen braucht. Die Teuerung ist gar nicht so schlimm, denn sie ist ja vorübergehend, und vorübergehender Hunger tut nicht weh. So meinen offenbar die Wucherzöllner. Interessant war die Haltung der getreuen Blocknappen vom Freisinn. Der Redner der Volkspartei, Herr Gysling, versicherte, daß der Freisinn unentwegt die Zölle bekämpfe — in der Theorie. Aber man solle doch nicht immer davon reden. Und die zeitweise Aufhebung der Zölle ist bedenklich. Die Freisinnige Vereinigung schickte Herrn Raumann vor, der etwas mannhafter auftrat und sich auch für die Aufhebung der Zölle erklärte, aber doch nicht unterlassen konnte, den Junkern einige Worte der Entschuldigung für eine frühere temperamentvolle und sehr treffende Kennzeichnung der Zollwucherpolitik zu sagen. In der Sonne des Blockes wird die freisinnige Bekämpfung der Hungerzölle maßvoll, wie der Zentrumsagrarier Herold speziell Herrn Gysling dankend bezeugte.

Eine zweite Interpellation der Sozialdemokratie forderte Maßnahmen gegen die vom Kohlenyndikat künstlich herbeigeführte Kohlennot und Kohlenteeuerung. Genosse Mollenbuhr, der sie begründete, ging bei der Gelegenheit dem von allen bürgerlichen Parteien gern und laut gefungenen Liede von der gewaltigen Steigerung der Arbeiterlöhne mit amtlichem Material wirksam zu Leibe. Als Maßregeln, die in stande wären, den für Industrie und Landwirtschaft und alle Haushaltungen unentbehrlichen Brennstoff, den Kraft- und Wärmepender, vor künstlicher Aberteuerung zu bewahren, bezeichnete er die Überführung der Bergwerke — der vom Privatkapitalismus wie vom preussischen Fiskus ausgebeuteten, der sich in der Preispolitik vom Kohlenyndikat nicht unterscheidet und es in der Ausbeutung und Knechtung der Bergarbeiter noch übertrifft — in das Eigentum und die Verwaltung des Reichs, den Maximalarbeitsstag für die Bergleute, die Schaffung billiger Transportwege (Kanäle) und die Aufhebung der Ausnahme-Eisenbahntarife, die die Kohlenausfuhr begünstigen. Kein Redner aus dem Hause wagte die Kohlenwucherer in Schutz zu nehmen — die Kohlenteeuerung erscheint selbst den Junkern unvermeidlich, die die Brotteuerung gerne sehen. Denn Getreide verkaufen die Herren, Kohle aber kaufen sie. Mit einer Herabsetzung der Kohlenpreise wären alle Parteien sehr zufrieden, doch die radikalen Vorschläge der Sozialdemokratie gefallen ihnen nicht. Eine Änderung der Gütertarife ist alles, was sie riskieren. Selbst eine solche konnte aber der Regierungsvorsteher, der preussische Handelsminister Delbrück, nicht einmal sicher in Aussicht stellen. Er war der einzige, der die Kohlenbarone gegen den Vorwurf des Wuchers etwas zu verteidigen suchte; was nicht zu verwundern braucht, da der preussische Staat als Kohlenverläufer nicht viel weniger aus dem Kerbholz hat als jenedem Hinweis Mollenbuhrs auf die Knechtung der staatlichen Bergarbeiter im Saarrevier setzte der Herr Minister lähn die Forderung entgegen, man solle ihm nachweisen, daß er jemals einen Bergarbeiter der staatlichen Betriebe in seinen staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt habe. Die Mehrheit machte es durch Vertagung der Weiterberatung dem Genossen Hué unmöglich, den Nachweis zu erbringen, daß das System der Knechtung und Überzeugungsbergewaltigung, wie es seinerzeit der Prozeß Krämer-Hilger enthält hat, unverändert fortbauert, unbeschadet der guten oder schlechten Absichten des Herrn preussischen Bergwerksministers Delbrück.

Die beiden Interpellationen haben gelehrt, daß das deutsche Volk von der Regierung und den bürgerlichen Parteien auch nicht die geringste Linderung der Not zu erwarten hat, die Teuerung und Krise bringen. Die ersten Tage der Etatsberatung im Reichstag zeigten, daß es zum Ausgleich obendrein noch neue indirekte Steuern beschert er-

halten soll. Der Reichschatzsekretär Freiherr von Stengel malte die Finanzlage des Reiches so schwarz wie möglich. Aber er hat einen Trost bereit. Der deutsche Steuerzahler soll nur tüchtig in seine Taschen greifen, und das Reichsdefizit wird schwinden, denn in den Taschen ist noch überflüssig viel darin. Die Besitzenden werden natürlich nicht viel von den kommenden neuen Steuern verspüren, denn sie sollen nicht direkt vom Einkommen, noch vom Vermögen erhoben werden, sondern es sollen indirekte Steuern sein, die den Verbrauch der großen Masse vornehmlich belasten. Was sie treffen sollen, das aber sagt Herr v. Stengel noch nicht — das deutsche Volk und der deutsche Reichstag mögen vorläufig noch ein wenig an diesem Rätsel herumratern. Den Bloß hat der Reichschatzsekretär damit schon in Unruhe gebracht. Neben den Freisinnigen haben sich auch die Nationalliberalen für direkte Reichssteuern erklärt, während die Konservativen und Zentrum dagegen sind. Freilich ist auf die Opposition der Nationalliberalen noch weniger zu geben, als auf die der Freisinnigen. Der preussische Finanzminister von Rheinbaben hat sie bereits gewarnt, daß sie durch direkte Steuern das Reich zerstören und die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Noch schlauer aber hat es Bülow angefangen. Er erklärte es für sehr zweifelhaft, ob die Reichserbschaftsteuer eine direkte oder indirekte Steuer sei — also sei der ganze Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer überhaupt für die Kaj. Vielleicht entschließen sich nun auch die Freisinnigen für indirekte Steuern — Bülow gestattet es ihnen ja, sie ganz nach ihrem Belieben direkte Steuern zu nennen.

Dies Kunststückchen charakterisiert den leitenden Staatsmann des Reiches — ähnlicher Seifenschaum waren seine Versuche, die unangenehmen Hinweise auf die Enthüllungen über die Liebenberg-Kamarilla und die homosexuelle Durchseuchung großer Armeeteile, die unterschiedliche Behandlung der Sünder gegen den § 175 zu entkräften. Es ist nach ihm alles in bester Ordnung, eine Kamarilla ist bei dem festen Willen des Kaisers eine Unmöglichkeit, und die Enthüllungen haben nur Ausnahmen aufgezeigt. Am Sonnabend entwickelte der Kanzler sein Bloßprogramm. Es ist von verblüffender Einfachheit. Die Konservativen und die Freisinnigen brauchen gar nicht in allen Fragen zu harmonisieren. Nur in großen, namentlich „nationalen“ Fragen müssen sie einig sein. Die Freisinnigen müssen also vor allen Dingen alle Heeres-, Flotten- und Kolonialforderungen unbedenken bewilligen. (Der Wiener, ihr Sprecher, hat das für die gegenwärtige Flottenvorlage auch schon versprochen.) Die Zollwucherpolitik muß bestehen bleiben. Große Fragen, in denen Konservative und Freisinnige nicht zusammenkommen können, müssen zurückgestellt werden. (Womit Bülow sich indirekt gegen die Aufrollung der preussischen Wahlrechtsfrage ausspricht.) Der Freisinn bekommt zur Belohnung die Wärfenreform und ein Reichsvereinsgesetz, das nicht liberal ist, aber dafür ein Stück Ausnahmegesetz enthält. Er darf nicht zuviel fordern und muß dafür sorgen, daß das Zentrum nicht etwa das Reichsvereinsgesetz liberal ausgelastet und damit für die Konservativen unannehmbar macht. Vorsicht ist die Mutter des Bloßes. Die Bloßparteien müssen ihre Politik mit Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung führen; das Zweckbewußtsein für die Konservativen, die Selbstbeherrschung für den Freisinn, hätte der Kanzler hinzusetzen müssen.

Webel hat der Bloßregierung und den Bloßparteien in einer großzügigen Rede den Spiegel ihrer Taten vorgehalten. Überreichlich war das Material. Seine scharfe Kritik des Verhaltens der Armeeführung und der Militärjustiz zu den hochgestellten Herren, die ihre Untergebenen zur Befriedigung ihrer homosexuellen Gelüste mißbrauchten, veranlaßte den Kriegsminister, zu erklären, daß er nichts gewußt habe, und daß durchaus ordnungsgemäß verfahren worden sei. Sehr überzeugend waren seine Ausführungen nicht.

Unter den Vorlagen, die dem Reichstag zugegangen sind, stehen an Bedeutung die Flottenvorlage und das Reichsvereinsgesetz hervor. Die erstere bedeutet für die nächsten vier Jahre gegen das geltende Flottengesetz von 1900 eine Vermehrung der Lasten um 336 Millionen Mark. Das zweite bringt ganz Deutschland unter die preussische Pflanzsteuer. Den Frauen allerdings wird im Vereins- und Versammlungsgesetz Gleichberechtigung mit den Männern gewährt, und auch für die Minderjährigen fallen die Beschränkungen. Außerdem brauchen die politischen Vereine die Mitgliederliste nicht mehr einzureichen. Diese Verbesserungen sollen aber durch eine gewaltige Ausdehnung der Auflösungsbefugnisse der Polizei selbst gegen das miserable preussische Gesetz und durch eine Ausnahmegestaltung erlaubt werden, die den Polen, Dänen, Französisch-Lothringern das Versammlungsrecht nimmt. Nur mit der Genehmigung der Landesregierung soll in Versammlungen eine andere als die deutsche Sprache gebraucht werden dürfen. Der Entwurf wird damit für die Sozialdemokratie absolut unannehmbar und müßte auch von jeder halbwegs liberalen Partei rundweg abgelehnt werden. Aber der Freisinn „behält sich seine Stellung vor“. Das ist die Vorbereitung zum Unfall. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Herannahen des Weihnachtsfestes läßt den Lärm des wirtschaftlichen Kampfes etwas verhallen. Immerhin haben die Gewerkschaften auch in dieser Zeit noch manches Scharmügel zu bestehen. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittel- und Kohlenpreise drängt dazu.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen führen ihren Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, wie um eine Verbesserung der Löhne unentwegt fort. So ist zum Bei-

spiel lehtin im Dreiz-Beraer Bezirk, wo vor zwei Jahren eine größere Aussperrung stattgefunden hat, in mehreren Versammlungen beschlossen worden, den Unternehmern eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten. Es soll auf sämtliche Löhne ein Zuschlag von 15 Prozent gewährt, ein Garantielohn von wöchentlich 18 Mk. festgesetzt, für unverschuldetes Warten 85 Pf. Entschädigung pro Woche gezahlt werden. Ferner wird der freie Sonnabendnachmittag, die Wahl von Fabrikausschüssen sowie die Einführung einiger technischer Verbesserungen gefordert. In Böhmen verlangen die Textilarbeiter den Zehnstundentag, achtstündige Lohnzahlung und Bewilligung eines Garantielohnes. Lehnen die Unternehmer diese Forderungen ab, so steht eine Aussperrung bevor. — In Rheinfelden, Sennep und Sandau haben die Textilarbeiter kleine Vorteile in bezug auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnerhöhung erreicht, während aus Weisenburg i. B. ein Ausstand zu melden ist.

Im Berliner Buchbindergewerbe sieht's wieder recht bedenklich aus. Die Unternehmer, über deren mangelnde Tariftreue schon seit Bestehen des Tarifgesetzes geklagt wurde, nehmen es auch diesmal mit ihren Versprechungen nicht genau. In Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde über vielfache Umgehungen des Tarifgesetzes geklagt. In den Buchdruckereien soll das Buchbinderpersonal gezwungen werden, 54 Stunden zu arbeiten, nicht 53 1/2 Stunden wie das übrige Personal; ferner wollen die Unternehmer die versprochenen Arbeiterinnenlöhne nicht zahlen. Die Versammlungen nahmen daher Resolutionen an, die energisch die Einhaltung der Versprechungen verlangen und das Tarifamt zu schnellerer Arbeit auffordern. — In Hamburg ist es zur teilweisen Arbeitsniederlegung gekommen, weil die Buchbindermeister die gestellten Forderungen, besonders die der Arbeiterinnen, nicht anerkennen wollten. Der von der Lohnkommission für die Arbeiterinnen geforderte Höchstlohn von 16,50 Mk. pro Woche (in Berlin beträgt der Lohn für Arbeiterinnen nach einem Jahre schon 17,28 Mk.) dünkt den Hamburger Prinzipalen zu hoch, sie wollen nur 15 Mk. zahlen. Da völlige Einigkeit zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen herrscht, werden die bereits eingeleiteten Verhandlungen wohl zu einem günstigen Resultat führen.

Der Schuhmacherverband betreibt zurzeit eine intensive Agitation zur allgemeinen Durchführung des Neunstundentages. Da vielfach noch der elfstündige Arbeitstag im Gewerbe besteht, so ist der Kampf sehr schwierig, und oft muß eine Übergangszeit zugelassen werden, in der eine 9 1/2, auch 10stündige Arbeitszeit Platz greift. An vielen Orten hat der Verband seine Forderung glatt durchgesetzt, während es in Hauenstein zur Aussperrung von 700 Arbeitern kam. Jedenfalls ist dem Verband bester Erfolg und der Bewegung energische Unterstützung von Seiten der Arbeiterschaft zu wünschen.

Der Verband der Wäschearbeiter ist am 1. November zum Schneiderverband übergetreten. Für die übergetretenen Mitglieder gelten die statutarischen Unternehmungsbestimmungen des Schneiderverbandes. In den Sitzungen der Hauptvorstände nehmen stets zwei Vertreter der Wäschebranche mit beschließender Stimme teil. Dieser Zusammenschluß wird gewiß den Mitgliedern beider Verbände von Nutzen sein. Es kann jetzt dem Unternehmertum ein besser gerüstetes Kampffleisch entgegengesetzt und so dahin gewirkt werden, daß die elenden Lohnverhältnisse in der Wäsche- und Konfektionsindustrie, besonders der Arbeiterinnen, endlich verbessert werden.

Vom Metallarbeiterverband liegt eine beachtenswerte Aufstellung über die Erfolge vor, die er auf dem Gebiet der Verkürzung der Arbeitszeit errungen hat. Die neunstündige Arbeitszeit hat danach stegreiche Fortschritte gemacht, vielfach ist sogar bereits die Einführung der achtstündigen durchgesetzt worden. In den Großstädten ist selbst in den handwerksmäßigen Betrieben der Neunstundentag allgemein üblich. Im Jahre 1906 allein hat der Verband für 78 000 Berufsangehörige eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um 300 000 Stunden erreicht. Nach der Aufstellung sind in den Jahren 1904, 1905, 1906 und im ersten Halbjahr 1907 für rund 147 000 Berufsangehörige 506 000 Stunden wöchentlich Arbeitszeitverkürzung errungen worden. Ein gutes Stück Arbeit, das da für die Hebung der Arbeiterklasse geleistet worden ist!

Der Holzarbeiterverband ist auf dem Wege zu einem Einheitslohn für ganz Deutschland. Es haben bereits Konferenzen der Unternehmer und Arbeiterverbände stattgefunden, welche die Frage behandelten. Das nächste Ziel ist die Festsetzung der Maximalarbeitszeit im Holzgewerbe zunächst auf 9 1/2 und später auf 9 Stunden. Die Arbeitgeber beabsichtigen, alle Tarife bis 1910 ablaufen zu lassen, um dann auf Grund des Einheitslohns Verträge abzuschließen. Die Arbeitervertreter erklärten sich damit nicht einverstanden; ihnen erscheint die Zeit zu kurz, um bis dahin den Tarif fertigzustellen. Eine spätere Konferenz soll weiter über die Sache beraten.

Wir haben schon gelegentlich an dieser Stelle uns dahin ausgesprochen, daß die Gewerkschaften in ihren Kämpfen und Forderungen sich wieder mehr der Verkürzung der Arbeitszeit zuwenden möchten. In der Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur und der Verteuerung der Lebensmittel haben sie mehr Wert auf Lohnerhöhungen gelegt und naturgemäß legen müssen. Das Nahen der wirtschaftlichen Krise mit ihrem Heer von Arbeitslosen macht jedoch die stärkere Betonung der Forderung nach kürzerer Arbeitszeit zur zwingenden Notwendigkeit.

Die Maschinenschreiber und -schreiberinnen sollen zu einem Sonderorganisationsexperiment mißbraucht werden. Der neugegründete Verband der Stenotypisten und Stenotypistinnen hat sich vor allem die Aufgabe gestellt, durch

Einführung von Prüfungen, bei denen die Silbenzahl, die der Angestellte in bestimmter Zeit leistet, eine große Rolle spielt, den „Stand“ von „minderwertigen Arbeitskräften“ zu reinigen. Den vom Verband nach ihrer Silbenleistung abgestempelten „Kräften“ soll dann von seiner Stellenvermittlung gute Beschäftigung nachgewiesen werden. Je nach der Leistung des Bewerbers sind abgestufte Gehälter vorgesehen. Abgesehen von diesem Befähigungsnachweis, der in der Hauptsache dem Interesse der Arbeitgeber dient, ist der neue Verband schon deshalb als eine Schädigung der Angestellten anzusehen, weil er in die Reihen der ohnehin schon allzu zersplitterten Bureauarbeiter neue Zersplitterung trägt. Gerade dieser Arbeiterkategorie, die bei schlechter Entlohnung eine ganz besonders aufreibende und nervös machende Tätigkeit hat, läte es not, sich durch Anschluß an eine leistungsfähige wirtschaftliche Vereinigung vor Ausbeutung zu schützen. Eine solche ist der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, die einzige Organisation, die willens und in der Lage ist, die Interessen aller Bureauarbeiter wirksam zu vertreten.

Die Einigkeitsbestrebungen zwischen den lokalen und zentralen Gewerkschaften machen erfreuliche Fortschritte. Es steht zu erwarten, daß sich die lokalorganisierten Maurer dem Zentralverbände anschließen.

Die Generalkommission hat eine Genossin, Gertrud Hanna, als Beamtin angestellt und damit ein nachahmenswertes Beispiel für die Gewerkschaften gegeben. #

Aus der rheinischen Textilindustrie. Welche Pfennigsucherei den Arbeitern gegenüber geübt wird, lehrt folgende Begebenheit: In Greifath liegt die Leinwandfabrik Berger & Co. Sie beschäftigt circa 400 Arbeiter, darunter 50 verheiratete Frauen, die trotz ihrer vielen Kinder sich täglich lange Stunden im Interesse der Besitzer abrackern dürfen. Die Firmenträger sind drei Geschwister, die für Millionäre gelten, aber all ihren Arbeitern völlig unauströmmliche Löhne zahlen. Die Mehrzahl der Weber und Weberinnen kommt über 500 bis 600 Mk. Jahresverdienst nicht hinaus. Seit 8 Jahren hat Herr Berger auch nicht die allergeringste Lohnerhöhung eintreten lassen, sondern den ganzen Gewinn des Unternehmens in aller Seelenruhe seinen übrigen Reichtümern hinzugefügt. Diese Situation änderte sich, als in Greifath vor einigen Monaten der Deutsche Textilarbeiterverband festen Fuß fassen konnte. Es kam natürlich zu einer Lohnbewegung; nach langen Verhandlungen erzielten die Verbandsvertreter eine Lohnaufbesserung von 5 Prozent für Weber, Spulerrinnen usw. und von 30 resp. 20 Pf. für Färber, Mangler und sonstige Tagelöhner. Von einer Kündigung mußten die Arbeiter trotz der Witzigkeit der Zugeständnisse deshalb absehen, weil die im christlichen Verband organisierten Proletarier die Karenzzeit noch nicht hinter sich hatten. Immerhin waren sie überzeugt, daß der Fabrikant sein Lohnversprechen gewissenhaft einhalten würde. Der Herr, dem seine Arbeiter ein Riesenvermögen zusammengeschanzt haben, lehnte sich aber nicht an sein schriftlich gegebenes Wort. Er ließ einem Teil der Tagelöhner erst auf zweimalige Reklamation hin zunächst 5 Pf. und dann 10 Pf. Aufbesserung auszahlen. Diese Pfennigsucherei eines schwerreichen Mannes ist geradezu schamlos. Hoffentlich wird die erstarrende Organisation diesem Unternehmer bald lehren, was das Recht der Arbeiter und was Treu und Glauben des Unternehmers ist. — Nicht so günstig haben die Tagelöhner abgesehen. Zwar ist auch für sie eine Lohnerhöhung bewilligt worden, doch soll sie nur vom 30. September bis 31. Dezember 10 Prozent betragen, für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni, wo sich ihre Arbeitszeit um eine halbe Stunde reduziert, auf nur noch 5 Prozent sinken und nach Einführung des Zehnstundentags sollen auch die letzten 5 Prozent Lohnerhöhung in Wegfall kommen. Es bleibt ihnen dann nur der Vorteil verkürzter Arbeitszeit. Der Erfolg der Bewegung hat der Arbeiterschaft gezeigt, daß der „Deutsche Textilarbeiterverband“ ein Faktor ist, mit dem der Unternehmer rechnen muß. In dem Anschluß an den Verband liegt die Garantie dafür, daß die Direktion ihr Versprechen halten muß. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie: wolt ihr eure Lage verbessern, agitiert und organisiert für den Deutschen Textilarbeiterverband. W. K.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Was die Organisation für die Dienstmädchen zu erreichen vermag. Unendlich erfreulich ist die Tatsache, daß an allen Orten, wo die Genossinnen sich mit der Dienstbotenfrage beschäftigen, nach eingeleiteter Agitation die Dienstmädchen in hellen Scharen den Versammlungen zufrönten, mit lebendigem Interesse den Darlegungen der Referenten folgten, vielfach sich in sachkundiger Weise an den Diskussionen beteiligten und in Massen den neugegründeten oder bereits bestehenden Dienstbotenvereinen beitraten. Die Mädchen sind zum guten Teil reif für den Organisationsgedanken. Diese Tatsache ist eine Erscheinung, die wir mit vollem Recht auf das Konto der Gesamtarbeiterbewegung setzen können.

Das Vorhandensein der Arbeiterorganisationen, ihr schnelles Wachstum und ihre Wirksamkeit im Interesse der Arbeiterklasse kann natürlich nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf das allgemeine Bewußtsein bleiben. Während die herrschenden Klassen die wachsende Macht und Stärke der Organisationen anerkennen und zu berücksichtigen gezwungen sind und deshalb, gestachelt vom Selbsthaltungstrieb und Sklavenhaltergelüsten, nach Unter-

drückungsmaßregeln gegen die Arbeiter schreiben, wird in den Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Instinkt und später das Bewußtsein von der Solidarität aller Arbeiter und Arbeiterinnen geweckt. So auch bei den Dienstmädchen und gerade bei diesen um so mehr, als hier nicht nur die rechtlichen und sozialen, sondern vor allem auch die wirtschaftlichen Verhältnisse nach Umgestaltung, nach Reformierung schreiben. Die Dienstmädchen beginnen mit Recht „begehrlich“ zu werden. Die Lage des Arbeitsmarktes, die allgemeine „Dienstbotennot“ ist ein überaus wichtiger Faktor für das Streben der Dienstmädchen nach Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Der chronische Dienstmädchenmangel hat schon ganz mechanisch ein Steigen der Löhne bewirkt. Welche Verbesserungen, nicht nur der Löhne, sondern aller Arbeitsbedingungen könnten dagegen durch ein bewußt planvolles Vorgehen erzielt werden. Durch die kleine, verhältnismäßig kleine Schar der Organisierten ist denn auch an verschiedenen Orten schon manch Wertvolles errungen worden.

Was der Zusammenschluß zu leisten vermag, das zeigt das Beispiel der Errungenschaften, deren sich unsere Schwestern in Neuseeland dank ihrer Organisation erfreuen. Die „Australia Review“ berichtet darüber folgendes: Nach den Bedingungen, die von der neuseeländischen Dienstbotenorganisation festgesetzt sind, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 68 Stunden. Die Arbeit beginnt des Morgens 7 1/2 Uhr und endet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend um 7 1/2 Uhr abends, am Mittwoch um 10 Uhr abends und am Donnerstag und Sonntag um 2 Uhr mittags. Drei halbstündige Pausen zur Einnahme der Mahlzeiten sowie außerdem eine einstündige Ruhepause bewahren die Mädchen vor der Überarbeit. An den verkürzten Arbeitstagen, am Donnerstag und Sonntag, haben sich die Mädchen mit zwei halbstündigen Ruhepausen zufrieden erklärt. Auch erklärten sich die Mädchen bereit, jeden zweiten Sonntag, aber nur nach vorausgegangener Ankündigung, zwischen 1/6 und 1/7 nachmittags den Tee zu bereiten. Dagegen muß ihnen an jedem Sonntagmorgen ein zweistündiger Urlaub zum Kirchenbesuch gewährt werden. Als regelmäßige volle Urlaubstage gelten: Weihnachten, Neujahr, Ostermontag und andere. An diesen Tagen muß die Arbeit, welche die Mädchen eventuell verrichten, mit 1 Mk. pro Stunde bezahlt werden. Bei irgend welchen Differenzen zwischen Mädchen und „Herrschaften“ wird nicht wie bei uns die „alles verstehende“ Polizei gerufen, sondern die Dienstbotenorganisation ernannt ein Komitee von fünf Personen, dessen Schiedsspruch die Angelegenheit regelt. Durch Unterschrift anerkennen die „Herrschaften“ die erwähnten Bestimmungen. Können derartige Bedingungen in Neuseeland durchgeführt werden, warum nicht auch bei uns? Wenn unsere Genossinnen die Agitation mit dem gleichen Eifer fortsetzen, mit dem sie überall begonnen haben, so kann es nicht fehlen, daß die jungen Dienstbotenvereine der einzelnen Orte wachsen und gedeihen, daß sie, wenn erst zusammengefaßt, sich zu einer mächtvollen gewerkschaftlichen Organisation entwickeln. Die Forderungen unseres Dienstvertrags werden bei der Agitationsarbeit wertvolle Dienste leisten. Aufgabe der erstarkten Organisation wird es sein, diesen Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Das bisher Erreichte berechtigt zu hoffnungsvollem Ausblick in die Zukunft. Rufen doch an manchen Orten die Mädchen unseren Flugblattverteilern entgegen: „Na, endlich denkt ihr auch an uns, wir werden freudig eurem Rufe folgen.“ Wir können freudigen Herzens erklären: die Dienstbotenbewegung marschiert! Luise Zieh.

Teil unsern Freunden, den Herrschaften! In welcher Weise die „Herrschaften“, wie sie sich so gern nennen, für unseren Verein arbeiten, zeigt folgender Fall: Eine der „honetten, wohlwollenden“ Hausfrauen, Vorstandsmitglied des Hamburger Hausfrauenvereins, fühlte sich als mütterlicher Schutz und Schirm eines 21 Jahre alten Kleinmädchens, das gut empfohlen war und Zeugnisse über mehrjährige Tätigkeit aufwies. Die Dame vergaß dabei anscheinend, daß Hamburg nicht den Segen der mittelalterlichen preussischen Gesindeordnungen genießt, sie machte dem jungen Mädchen in „süßlicher“ Weise ihre mütterliche Autorität klar. Das Mädchen, empört über eine solche Behandlung, begann sich auf die Existenz unseres Vereins und trug uns ihre Klagen vor. Sie bemerkte dazu, sie habe jetzt eingesehen, daß sich die Dienstmädchen nur durch gemeinsamen Zusammenschluß gegen die Übergriffe der Dienstgeber schützen könnten; sie wolle dafür sorgen, daß sich alle Dienstmädchen, mit denen sie in Verührung käme, dem Schutze unserer Organisation unterstellten. Das gerichtliche Nachspiel dieses Falles wird der betreffenden „schlagfertigen“ Dame hoffentlich ein für allemal ihre Herrscherluste austreiben. Die Damen von „Besitz und Bildung“ graben sich selbst das Wasser ab!

Die „Gnädige“ vor Gericht. Ein Prozeß, der kürzlich vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt wurde, lieferte wieder einmal einen interessanten Beitrag zum Kapitel Dienstbotenfrage.

Die jugendliche Fabrikantengattin Rosa Bernhaupt war der gefährlichen Körperverletzung angeklagt, begangen an ihrem früheren Dienstmädchen Magd. Martfert. Die Zeugin übergab dem Gericht eine zerrissene, blutbefleckte Bluse und ein ledernes Handtäschchen mit stählernem Bügel. Letzteres war nämlich das Werkzeug, mit dem die Körperverletzung verübt worden war. Die Vorgeschichte des Falles, auf die das Gericht gar nicht einging, ist folgende:

Das Dienstmädchen Martfert hatte den Dienst bei Bernhaupt schon mehrfach gekündigt, weil es oft unter den unsittlichen Angriffen des Dienstherrn zu leiden hatte. Die Frau jedoch redete dem Mädchen immer wieder zu, in der Stellung zu

bleiben. Endlich wurde es diesem doch zu bunt, und es bestand auf seiner Kündigung. Dafür rächte sich die Dame durch eine häßliche Eintragung in das Dienstbuch, die dem Mädchen das weitere Fortkommen abgeschnitten hätte. Ferner hatte Frau Bernhaupt auch noch die Liebeswürdigkeit, 25,15 Mk. für einen Rock abzugeben, den sie dem Mädchen einmal geschenkt hatte. Da die Aufrechnung sehr interessant ist, so sei sie hier wiedergegeben:

Einen Rock gemacht	
4 1/2 Mtr. Stoff	à 2,50 Mk. . . . 11,25 Mk.
4 1/2 „ Rockfutter	à 1,60 „ . . . 7,40 „
4 „ Borte	à —,10 „ . . . —,40 „
2 Rollen Seide	à —,05 „ . . . —,10 „
Macherlohn 3,— „
Essen 1 Tag 3,— „
Summa 25,15 Mk.	

Als nun das Mädchen diese Aufrechnung der Schneiderin zeigte, erklärte diese, daß verschiedenes zu teuer angerechnet sei. Die Aufrechnung der Schneiderin ist folgende:

3 1/4 Mtr. Stoff	à 3 Mk. . . . 9,75 Mk.
3 1/2 „ Läufer	à 60 Pf. . . . 2,10 „
2 1/2 „ Borte	à 10 Pf. . . . —,25 „
2 Rollen Seide	à 5 Pf. . . . —,10 „
Arbeitslohn 1,75 „
Essen —,76 „
Summa 14,71 Mk.	

Nachdem das Mädchen der Herrschaft erklärt hatte, den Klageweg beschreiten zu wollen, wurden die 25,15 Mk. gutwillig zurückgezahlt. Darauf begab sich das Mädchen nochmals zur Herrschaft mit einer Aufforderung des Dienstbotenvereins an diese, den Eintrag im Dienstbuch zu beseitigen. Zuerst ließ sich Frau Bernhaupt verleugnen. Aber kaum war das Mädchen zu einer Bekannten im Hause gegangen, um ihre Sachen zu holen, die diese ihr aufbewahrt hatte, so drang Frau Bernhaupt in das Zimmer. Mit den Worten: „Ihnen werd' ich lehren, zu sagen, mein Mann habe Sie unsittlich berührt“, zerriß sie dem Mädchen die Bluse, riß ihm die Handtasche aus der Hand und schlug es damit wiederholt auf den Kopf, so daß das Blut auf die weiße Bluse strömte. Als das Mädchen schließlich weinend zusammenbrach, rauschte die Dame von dannen.

Der Amtsanwalt plädierte auf gefährliche Körperverletzung und beantragte die Mindeststrafe von 3 Mk.! Das Gericht erkannte auf 5 Mk. Geldstrafe. Als „straferschwerend“ wurde die Rücksichtslosigkeit bezeichnet, mit der Frau Bernhaupt zugeschlagen hatte, als strafmildernd ihre Aufregung und bisherige Unbescholtenheit.

Die „Strafe“ ist zwar sehr milde ausgefallen, aber wenn alle Dienstmädchen, die in ähnlicher Weise behandelt werden, gegen die „Gnädigen“ vorgehen, so können diese vielleicht doch noch dazu erzogen werden, daß sie in den Dienenden nicht Sklavinnen erblicken, mit denen sie nach Belieben verfahren können. Die Mißhandelte hat übrigens noch eine Zivilklage auf Zahlung von Schmerzensgeld und Schadenersatz angehängt.

In der Generalversammlung des Vereins der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg und Umgebung, die am 7. November stattfand, gab Genossin Kähler einen Überblick über das erste arbeitsreiche Vereinsjahr. Die Gründungsversammlung der Organisation am 23. Oktober 1906 war dank der fleißigen Vorarbeit der Genossinnen und Genossinnen eine machtvolle Kundgebung der Dienstmädchen Hamburgs. Mehr als zweihundert Mädchen und Frauen erklärten sich in dieser Versammlung bereit, dem Verein beizutreten. In der nächsten Versammlung, die drei Wochen darauf stattfand, meldeten weitere 200 Dienstmädchen und Wasch- und Scheuerfrauen ihren Beitritt an. Nun ging es im Sturmschritt vorwärts. 12 öffentliche und 12 Vereinsversammlungen wurden im Laufe des Jahres abgehalten, und jede brachte einen Zuwachs an Mitgliedern. 18 Vorstands- und 5 Kartellstiftungen fanden statt. An der Raiffeier beteiligten sich 150 organisierte Hausangestellte. Die eingegangenen Beschwerden wurden zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt. Der kostenlose Stellennachweis, der am 18. Februar 1907 eröffnet wurde, führte dem Verein viele Mitglieder zu. Seine starke Inanspruchnahme durch die Herrschaften machte es mit der Zeit notwendig, das Bureau von morgens 8 bis abends 8 Uhr offen zu halten und ein Telephon anzulegen. In der Diskussion, die auf den Bericht folgte, sprach Genossin Rolfs für Verkürzung der Arbeitszeit. In den Vorstand wurden außer 6 Revisorinnen wieder die Genossinnen Kähler, Koltrowitz, Kuhlmann und Mangels gewählt. Die Vorsitzende forderte zu lebhafter Agitation für die Organisation auf. Drei Mitglieder ließen sich neu aufnehmen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Vor einer sehr gut besuchten öffentlichen Dienstbotenversammlung zu Frankfurt a. M. sprach am 11. November im Gewerkschaftshaus Genossin Rudolph über „Herrschen und Dienen“. Er schilderte den Wert der Organisation in so eindringlicher Weise, daß am Schlusse seines Referats sich 16 neue Mitglieder in den Verein aufnehmen ließen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Ein Mädchen, das bei einer sehr „feinen“ Herrschaft, einem Hoflieferanten, in Stellung gewesen war, mußte bei schmaler Kost regelmäßig von 6 Uhr früh bis nachts um 12 arbeiten. Bei Klagen über die mangelhafte, schlechte Nahrung mußte der Vorwand herhalten, man wolle „schlank bleiben“. Als beim Fortgang des Mädchens ein silberner Kaffeelöffel fehlte, wurde dieses noch des Diebstahls bezichtigt. „Wenn der Löffel zu essen gewesen wäre, hätte ich ihn sicher bei meinem Hunger verschluckt“, versicherte das arme Mädchen

mit tränenerstickter Stimme. Fräulein Bernhard, die schon 38 Jahre in Frankfurt dient und daher eine reiche Erfahrung hat, beschrieb, wie oft die Herrschaften durch schlechte Wohnheiten ein junges, unerfahrenes Kind vom Lande verderben, es zum Lügen und Heucheln anhalten und durch ungeredeten Argwohn kränken. Wenn irgend etwas fehlt oder verlegt ist, gleich wird das Dienstmädchen zur Diebin gestempelt. Die Bednerin selbst wurde einmal wegen einer fehlenden Serviette unter Beistand der Polizei untersucht! Erst kürzlich gab sie eine drei Jahre inne gehabte Stelle auf, weil man daran zweifelte, daß in einem Paket, das sie aus dem Haus trug, wirklich reparaturbedürftige Stiefel enthalten waren. Ein anderes Mädchen protestierte gegen die vor kurzem von einem bekannnten Frankfurter Sozialpolitiker gefallene Äußerung, daß „die Dienstmädchen sich aus dem minderwertigsten Menschenmaterial rekrutieren“. Es verwies darauf, daß gerade dies „minderwertige Menschenmaterial“ es sei, das den Herrschaften durch seine nützliche Arbeit das Leben angenehm und leicht macht. Genossin Rudolph forderte die Anwesenden auf, dieser Äußerung sowie der eines Berliner Freisinnsmannes eingedenk zu sein, der kürzlich sagte: die Sozialdemokratie habe ja sogar schon die Dienstmädchen organisiert, nun werden wohl auch bald die Damen der Friedrichstraße an die Reihe kommen! In dieser Äußerung liege die ganze Verachtung der herrschenden Klasse gegen den nützlichen, ehrbaren Dienstbotenstand. Das müsse den Mädchen klar machen, daß sie nur durch Zusammenschluß mit ihren Arbeitsschwestern ihre Lage verbessern können. Die Bednerin bedauerte, daß die Zentralarbeiterbibliothek nicht stärker von den Hausangestellten benutzt wird, und forderte die Anwesenden auf, doch von ihrem Rechte als Vereinsmitglieder mehr Gebrauch zu machen, da gute Lektüre Geist und Charakter bildet. Von der außerordentlichen Frauenkonferenz zu Berlin erwartet der Verein eine kräftige Förderung der ganzen Dienstbotenbewegung. Da Genossin Leisch, welche das Mandat für den Preußentag und die Konferenz hat, gleichzeitig Vorstandsmitglied der Dienstbotenorganisation ist, wurde von einer besonderen Delegation abgesehen. Am 15. November findet das Stiftungsfest des Vereins statt, der jetzt genau ein Jahr besteht.

Dienstbotenbewegung in Nürnberg. Eine sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der Dienstmädchen, Waschfrauen usw. fand am Sonntag im „Historischen Hof“ statt. Genossin Grünberg sprach über „Agitation und Organisation“. Sie empfahl den Organisierten, nicht nur die Beiträge zu zahlen, sondern mitarbeitende Glieder des Vereins zu werden. Aber die Entwicklung der Organisation hob sie das Folgende hervor: Ein Teil der organisierten Dienstmädchen und Waschfrauen sowie Zugehörinnen machen es sich zur Aufgabe, in den Familien, wo sie bedient sind, die Hausangestellten der Organisation zuzuführen. Sie haben guten Erfolg mit ihrer Agitation. Wenn die Einkassiererinnen des Vereins kommen, so erhalten sie von einzelnen Kolleginnen außer dem Monatsbeitrag noch die Gebühr von drei bis vier Aufnahmen. Das Erfreuliche ist, daß die neu gewonnenen Mitglieder dauernd im Verein bleiben. Da zu Weihnachten eine besonders günstige Zeit für die Hausagitation ist, so riet Genossin Grünberg den Mitgliedern, diese Zeit gut auszunutzen. Bekanntlich entstehen gerade zur Weihnachtszeit besonders viele Konflikte für die Dienenden. Da wird vielfach von den Herrschaften willkürlich ein Streit vom Zaun gebrochen, damit sie den Mädchen das Weihnachtspräsennt schmälern oder ganz entziehen können. Aber bei den niedrigen Löhnen ist das Weihnachtsgeschenk ein Teil des Lohnes, und so sind die Mädchen einfach die Geprellten. Hier hat die Agitation einzusetzen. Die Mädchen sind darüber aufzuklären, daß der Dienstbotenverein für höhere Löhne eintritt, so daß die Mädchen nicht auf das Weihnachtsgeschenk zu rechnen brauchen. Oft wird auch ein Präsennt nur zum Schein gegeben und nach Weihnachten wieder fortgenommen. Das ist ungeschicklich, und die Mädchen brauchen das erhaltene Geschenk nicht wieder zurückzugeben, selbst wenn sie kurz nach Weihnachten den Dienst verlassen. Ein Mädchen hatte im vorigen Jahre von einer reichen Familie am heiligen Abend ihr Weihnachtsgeschenk erhalten. Es ließ über Nacht das Präsennt liegen, am anderen Morgen war das Geld (10 Mk.) fort; auf Anfrage erklärte die Gnädige, die 10 Mk. wären zu viel, das Geschenk sei ohne sie hinreichend groß. Fälle wie diese müssen die Mädchen belehren und der Organisation zuführen. Des weiteren wurde in der Versammlung Klage über einen Arzt und seine Frau geführt. Das Ehepaar ist äußerst streitbar und macht den Mädchen das Leben zur Hölle. Vom Dienstbotenverein werden ihm schon seit Juni keine Mädchen mehr vermittelt, und es erhält auch fernherhin von unserem kostenlosen Stellennachweis keine Dienstboten zugewiesen. — Die Kassierererin, Genossin Kummel, gab den Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme beträgt inklusive eines Bestandes von 366,93 Mk. 990,78 Mk., demgegenüber steht eine Ausgabe von 364,75 Mk., somit bleibt ein Bestand von 626,93 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 393. Die Stellenvermittlung floriert sehr gut, zweimal so viel Mädchen wären nötig, um die Nachfrage von seiten der Herrschaften zu befriedigen. Die Mädchen sollen also auf unseren Stellennachweis aufmerksam machen. Zum Schluß wurde beschlossen, daß am Sonntag, den 17. und 18. Dezember und Neujahr eine Weihnachtsfeier im „Historischen Hof“ stattfindet. Für guten Besuch sollen die Mädchen Sorge tragen.

Nürnberg Dienstmädchen, gebt acht. Ein Schwindler treibt zurzeit in Nürnberg wieder sein Unwesen unter den Dienstmädchen. Er geht mit einer Liste herum und gibt vor, er komme im Auftrag von Genossin Grünberg. Er lockt den Mädchen Beträge von 2, 3 und bis 8 Mk. aus der

Tasche. Der Dienstbotenverein hat nie einen Mann mit dem Einkassieren der Beiträge betraut. Ferner zirkuliert von Seiten der Organisation auch keine Liste, um Extrabeträge einzukassieren zu lassen. Der Schwindler treibt sein unsauberes Geschäft sicherlich bei den unorganisierten Dienstmädchen, die in ihrer Leichtgläubigkeit ihm zum Opfer fallen. Die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen wie Arbeiterfrauen werden erfucht, die Dienstmädchen auf den Schwindler aufmerksam zu machen und ihn, falls man ihn ertappen sollte, sofort der Polizei zu übergeben und der Unterzeichneten davon Mitteilung zu machen.

Im Namen des Dienstbotenvereins: Helene Grünberg.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Heimarbeit im Oberamt Gmünd. Einer Anregung der Generalkommission der Gewerkschaften entsprechend ist im Oberamt Gmünd über die Heimarbeit seitens der Gewerkschaften eine Erhebung vorgenommen worden, die das Heimarbeiterinnenleben beleuchtet. Die Erhebung ergab folgende Tatsachen: Heimarbeit kommt im Oberamt Gmünd, Stadt und Land, in der Korsettindustrie, der Filzspielwarenindustrie, der Schuhwarenindustrie, der Gold- und Silberwarenindustrie vor. In der Korsettbranche werden von allen Firmen Heimarbeiter beschäftigt, nämlich von Schneider & Sohn in Heubach, Spieghofer & Braun in Heubach, Allgöwer & Erbe in Wögglingen, Ullmann-Weinzell. Für diese vier Firmen arbeiten in fünf Hauptorten 900 bis 1000, im ganzen Bezirk 1200 bis 1500 Heimarbeiter. Die übergroße Mehrheit von ihnen ist weiblichen Geschlechtes, mehrfach werden auch Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 10 und 20 Stunden täglich, durchschnittlich beträgt sie 14 bis 16 Stunden und für Kinder 4 bis 6 Stunden neben der Schulzeit! Der Verdienst einer einzelnen Person stellt sich bei 14- bis 18-stündiger Arbeitszeit auf 5 bis 11 M., im Durchschnitt auf 7 bis 8 M. pro Woche. Ganz vereinzelt erreicht er eine Höhe von 17 M. Der Familienverdienst, wenn Mann, Frau und zwei bis drei Kinder erwirbt, erreicht im Höchstfall 20 M. wöchentlich. — Heimarbeit wird auch noch nach Feierabend von Personen geleistet, die in der Fabrik beschäftigt sind, und die dadurch bei sechs- bis neunstündiger Arbeitszeit 2 bis 5 M. wöchentlichen Nebenverdienst erzielen. — Die angegebenen Löhne reduzieren sich durch die Ausgaben für Faden usw. um 40 Pf. bis zu 3 M. Teilweise wird der Faden, der von der Fabrik bezogen werden muß zu einem höheren Preise berechnet, als er im Laden erhältlich ist. Ob der Preis, unterschiedlich seine Ursache in der Qualität hat, ist sehr zweifelhaft. Auch Maschinen nebst Zubehör müssen von der Heimarbeiterin selbst gestellt werden, desgleichen die Lohnbücherlein. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden nur für einen kleinen Teil Spezialarbeiter gezahlt, die maschinelle Vorrichtungen von der Firma gestellt erhalten. Vielfach wird über die Behandlung beim Abliefern geklagt. Abzüge kommen vor, stundenlang müssen die Lieferanten auf neue Arbeit warten und bei der Verteilung wird oft parteiisch verfahren. Die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiterinnen sind durchweg äußerst primitiv. Häufig trifft man an, daß im Arbeitsraum gekocht, gewaschen und geschlafen wird, und sogar als Krankenstube muß er vorkommenden Fällen dienen. In der Stadt Gmünd sind etwa 140 Frauen und Mädchen in der Korsettbranche beschäftigt, Kinderarbeit kommt hier nur ganz vereinzelt vor. Arbeitszeit und Lohn entspricht annähernd den obigen Angaben.

In der Filzspielwarenindustrie haben wir es mit der Firma Magareta Steif in Giengen a. d. Brenz zu tun, die hier ein Zweiggeschäft errichtet hat. Speziell werden Bären aus Filz angefertigt. Die Heimarbeiterinnen erhalten die zugeschnittenen Teile zum Zusammennähen. In Gmünd sind ca. 120 Frauen und Mädchen mit dieser Arbeit beschäftigt. Für ein Duzend Bären wird 1,56 M. bezahlt. Geübte Näherinnen können monatlich wenn zwei bis drei Kinder mithelfen, 30 bis 40 M. verdienen bei täglich 10- bis 16-stündiger Arbeitszeit. Die meisten Arbeiterinnen verdienen jedoch nicht mehr als 10 bis 12 M. monatlich weil sie neben der Hausarbeit „nur“ noch acht bis zwölf Stunden nähen! Für Kranken- und Invalidenversicherung werden Beiträge nicht bezahlt. Die Besonderheiten stellen sich im Lohn etwas höher. Ein zusätzliches Merkmal ist, daß für das erste abgelieferte Duzend Bären überhaupt nichts bezahlt wird. Die Arbeit wird als „Lehrgeld“ angerechnet. In vielen Fällen verlieren die Arbeiterinnen in der Folge den Mut, weiterzuarbeiten, und so erhält die Firma viele Ware umsonst hergestellt.

In der Schuhwarenbranche sind die Fälle von Heimarbeit vereinzelter, weil nur eine Fabrik in Betracht kommt. Die Arbeitszeit ist ebenso ausgedehnt wie in der Korsettbranche, aber der Erwerb um ein Geringes lohnender.

In der Bijouteriebranche wird Heimarbeit verhältnismäßig weniger geleistet. Der Verdienst kommt dem in der Fabrik gleich, wenn die Aufwendungen für Einrichtung usw. nicht in Anrechnung gebracht wird, weil zu Hause intensiver geschäftet wird. Der Unsitte, daß Arbeiter von der Fabrik Arbeit mit nach Hause nehmen, ist durch die Organisation zum großen Teile gesteuert worden. Vereinzelt, speziell bei Fassern und Graveuren, tritt sie jedoch noch in Erscheinung. Das gleiche gilt auch für die unechte Fabrikation. J.M.B.

Wie schwer das Los der Proletarierinnen in Württemberg ist, hat die Unterzeichnete kürzlich bei ihrer Agitationstour erfahren. In Waiblingen müssen die Frauen schwer in den Ziegeleien arbeiten bei einem Verdienst von 80 bis 90 Pf. täglich. Die Arbeiterinnen von Münster

und Weil im Dorf gehen früh in die Papier- und Kartonfabriken nach dem eine Stunde entfernten Feuerbach, wo sie für einen Tagelohn von 1,80 bis höchstens 2 M. von früh bis spät schaffen. Der dortige Fabrikant nutzt den Frauen oft Arbeit zu, die mehr körperliche Kraft und Ausdauer erfordert als die Arbeit der Männer. Die Frauen, die in der Fabrik Lüten undbeutel fleben, müssen das Material dazu selbst nach ihrem Arbeitsplatz tragen. Das Material ist oft so schwer, daß die Frauen des Abends vor Rücken- und Unterleibschmerzen nicht wissen, was sie beginnen sollen. Die Entlohnung der weiblichen Arbeiter ist aber, wie überall, geringer als die der männlichen. Die Frauen von Vietingheim, Luttligen und Sulz gehen in die Tricotagen- und Schussfabriken. Sie haben auch nicht mehr Verdienst wie die Arbeiterinnen in Münster und Weil im Dorf. In Schramberg, einem Sitz der Uhrenindustrie, ist der größte Teil der Arbeiterinnen gezwungen, mitzuarbeiten. Die Frauen verdienen in zwei Wochen 15 bis 20 M. Dabei sind im Orte in den letzten Wochen Milch, Brot und Fleisch erheblich in Preise gestiegen, so daß sich die Genossinnen veranlaßt haben, die Milch aus Schramberg zu bouillottieren, wenn die Bauern sie nicht zum alten Preise verkaufen. In Böblingen, Kalen und Heidenheim leisten die Frauen außer der Fabrikarbeit auch noch viel Heimarbeit. Sie schaffen oft bis spät in die Nacht hinein mit den Kindern zusammen, und der von der Tagesarbeit heimkehrende Mann hilft häufig noch mit. In der Rudelfabrik in Kalen bringen es die Arbeiterinnen bei Akkordarbeit auf einen Höchstlohn von 1,80 M. täglich, in der Bonbonsfabrik beträgt der Anfangslohn 80 Pf., der Höchstlohn 1,45 M. pro Tag. In Ravensburg sind die proletarischen Frauen und Mädchen in Tricotagen- und Pinselabriken tätig. Hier haben sich die Fabrikanten sehr viele italienische Arbeiterinnen herbeigeht, die aber mit den deutschen Arbeiterinnen nicht zusammenkommen, da sie unter der Obhut christlicher Damen stehen, die sie nicht allein lassen. In Nellingen, Bebenhausen, Heilbronn, Neckarsulm, Feuerbach, Kornwestheim, Ohningen, Reutlingen und Badnang müssen die Frauen ebenfalls außer der Arbeit im Haushalt noch tüchtig in der Fabrik schaukeln, um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Möchten die belasteten, ausgebeuteten Proletarierinnen endlich erkennen, daß sie sich eine Hebung ihrer erbärmlichen Lage nur erkämpfen können, wenn sie sich politisch und gewerkschaftlich organisieren.

A. Fahrwald.

Unter den Textilarbeitern und Arbeiterinnen in Brandenburg und Süddeutschland. Viele Orte der genannten Gauen bieten den Ausbreitern des Organisationsgedankens noch ein sehr schwieriges Arbeitsfeld. Das ist besonders dort der Fall, wo es sich vorwiegend um ländliche Arbeiterschaft handelt. Die Leute kommen von den umliegenden Ortschaften stundenweit zur Stadt, um wöchentlich 10 bis 12 Mark zu verdienen. Diese ländlichen Elemente, die ihren Unterhalt noch nebenher mit Landarbeit ergänzen, vielleicht selbst ein kleines Anwesen haben, zur Organisation zu bewegen, hält sehr schwer. Dazu kommt noch, daß manchenorts die organisierten Arbeiter keinen Saal bekommen können, wozu in „frommen“ Gegenden vor allem die Pfaffen nach Kräften beitragen. Wenn man dennoch in fast allen diesen Orten einen Stamm von Kollegen antrifft, die trotz der unendlich schwierigen Verhältnisse doch immer wieder mit zähem Fleiß bestrebt sind, für die Organisation zu wirken, so muß einen das mit Bewunderung und mit der besten Hoffnung für den Fortschritt unserer Sache erfüllen.

In einigen Gegenden sieht es allerdings trübe genug aus, besonders da, wo weder vom Unternehmer noch von den Arbeitern die Arbeitersehnsüchte beachtet werden. So in Honau, einem von Naturschönheiten umgebenen Ort am Fuße des Schlosses Lichtenstein. Hier wird die gesetzliche elfstündige Arbeitszeit von den Arbeiterinnen täglich noch um eine Viertelstunde überschritten; auch die männlichen Arbeiter versuchen ihre traurigen Löhne von 14 bis 16 M. wöchentlich dadurch zu erhöhen, daß sie an mehreren Tagen in der Woche 18 Stunden arbeiten. Selbst die Mittagspause wird nicht eingehalten, da die Transmitionen den ganzen Tag, selbst während des Puzens, nicht abgestellt werden. Beschwerden bei dem Gewerbeinspektor haben wenig Wert, denn während dieser sich im Kontor anmeldet, bleibt immer so viel Zeit, alles Ungehörliche verschwinden zu lassen. Gerade wo die Verhältnisse am traurigsten sind hält es am schwersten, die Arbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Bald heißt es: „Es nützt ja doch nichts“, oder „der Beitrag ist zu hoch“. Wird aber der Arbeitslohn durch irgend eine neue Einrichtung geschmälert, so lassen sich die Arbeiter lieber um einige Mark pressen, als daß sie 20 Pf. für den Verband bezahlen. So mußten die Arbeiter in Kuchen es kürzlich über sich ergehen lassen, daß die Meterzahl eines Stückes bei gleichbleibendem Lohn von 60 auf 65 Meter erhöht wurde. Durch den Stumpfsinn und die Gleichgültigkeit werden die Unternehmer zu immer größerer Ausbeutung ermutigt. Das darf so nicht weitergehen! Wenn bei aller Lebensmittelvertuerung die Löhne nicht noch mehr herabgedrückt werden sollen, dann heißt es: hinein in die Versammlung, hinein in den Verband! Mit Rafonieren auf dem Heimweg oder in den Wirtschaften verbessert man seine Lage nicht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so gehen wir noch schweren Kämpfen entgegen; diese Kämpfe können wir nur siegreich durchführen, wenn wir die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen zum Klassenbewußtsein erziehen haben. Das Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet werden, daß alle erwerbstätigen Frauen und Mädchen sich ihren Berufsverbänden anschließen. Gerade in der Textilindustrie,

wo die weibliche Arbeitskraft die männliche weit überflügelt hat, sind die Kämpfe mit dem Unternehmertum ohne die Arbeiterinnen unmöglich. Mit der leider noch so weit verbreiteten Anschauung, daß es genügt, wenn das Familienoberhaupt organisiert ist, muß gebrochen werden. In die Organisation gehört alles, was da arbeitet, auch die Frauen und Töchter der Genossen oder Gewerkschaftler, soweit sie erwerbstätig sind.

Kapitalistische Ausbeutung in der Zutespinnerei in Brannschweig-Becheide. Für den genannten Betrieb scheint das Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder außer Kraft gesetzt zu sein, dort werden 54 Kinder von 9, 10, 11, 12 und 13 Jahren beschäftigt, die in ihren Papieren als siebsehnjährige aufgeführt sind, damit sie nicht einmal des geringen Schutzes der „jugendlichen Arbeiter“ teilhaftig werden. Was schadet es denn, hat ein bekannter Vorsteher gesagt, es sind ja nur Salzier! Ob auch deren Gesundheit und Jugendfreude zerstört wird, wenn nur der dreimal gebilligte Profit gesichert ist! Wer die kleinen, armen, fahlen Gestalten sieht, dem muß das Herz sich zusammenkrampfen. Die Wohnungen dieser Armen spotten jeder Beschreibung. Betten kennen sie nicht, Strohsäcke dienen zu ihrem Nachtlager. Und die Behörde? Die hat vollauf damit zu tun, darüber zu wachen, daß niemand gegen das Vereins- und Versammlungsgebot verstößt. Für Abtretungen des Kinderschutzgesetzes bleibt ihr keine Zeit. Wir leben in einer kultivierten Welt. Wer es nicht glaubt, gehe nach Becheide.

Frauenstimmrecht.

Der Kampf der Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht zum preussischen und sächsischen Landtag ist neuerlich zusammen mit dem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht eröffnet worden. Die Resolution, welche der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie zu Berlin zur Frage des Wahlrechtskampfes annahm, erklärt ausdrücklich, daß dieser Kampf geführt werde „zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle zwanzigjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes“. Auch nicht eine einzige Stimme hat sich auf dem Parteitag oder in der sozialdemokratischen Presse gegen die Forderung des Frauenwahlrechts erhoben, hat befürwortet, daß diese zeitweilig aus dem Kampfe ausgeschaltet werden möge. Die Demonstrationsversammlungen, welche in Preußen in der Zeit vom 26. November bis 1. Dezember stattgefunden haben, forderten auch das Frauenwahlrecht, in Hunderten von Orten ist diese Forderung von Genossinnen und Genossen eingehend begründet worden. In Sachsen hat sich das Proletariat zu Massenkundgebungen am 7. und 8. Dezember gerüstet, die gleichfalls der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für alle großjährigen Männer und Frauen dienen sollen. So steht die deutsche Sozialdemokratie an erster Stelle derer, die für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes kämpfen.

Kommunales Frauenwahlrecht in Schwarzburg-Sondershausen. Von einem ihnen zustehenden Gemeindefrauenwahlrecht haben, soweit uns bekannt, die Genossinnen in Schwarzburg-Sondershausen bis heute keinen Gebrauch gemacht. Nach der Gemeindeordnung des Fürstentums können das Bürgerrecht alle selbständigen Personen erwerben, die im Besitz der Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und eine „selbständige Nahrung“ haben. Es ist dabei einerlei, ob diese Nahrung beruht auf Grundbesitz, Kapitalbesitz, Rentenbezug, Gewerbebetrieb, Verdienstung oder anderen Erwerbsquellen. Da sehr viele Mädchen und Frauen der Arbeiterklasse just in jener Gegend erwerbstätig sind, ist ihnen also die Möglichkeit gegeben, Bürger ihrer Gemeinde zu werden. An Gebühren hierfür werden erhoben: zum Beispiel in der Gemeinde Altenfeld von am Orte Geborenen 1 M., von Mitgliedern der Nachbargemeinde 2 M., von Mitgliedern anderer Bundesstaaten 4 M. Unter den Rechten der Bürger zählt Artikel 19 auf: Das Recht der Abstimmung zu den Gemeindevahlen, für die männlichen Bürger das Recht der Wählbarkeit zu Gemeindeämtern, sofern die Bürger das 25. Lebensjahr erreicht haben. Die Frauen haben also demnach nicht das passive, wohl aber das aktive Wahlrecht, jedoch dürfen sie dieses nicht selbst ausüben, müssen vielmehr einen Stellvertreter stellen. Wahlvertreter kann der Ehemann, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegerohn usw. sein. Im Artikel 39, der davon handelt, wann das Stimmrecht ruht, heißt es unter anderem, daß dies geschehe, sofern in den beiden leztverfloffenen Kalenderjahren die fällig gewordenen Gemeindeabgaben nicht entrichtet worden seien. Die Arbeiterinnen des Fürstentums werden bei einem sehr geringen Verdienst bereits zur Einkommensteuer und zu den Gemeindeabgaben herangezogen. Also auch nach dieser Richtung hin ist die Vorbedingung für die Zuerkennung des Bürger- und Wahlrechtes an die Frauen gegeben. Ist das kommunale Wahlrecht in dem kleinen Staate auch noch gering und keineswegs ein Recht der Persönlichkeit, auf welches die Frau dank der revolutionierten Wirtschaftsordnung Anspruch hat, stellt es vielmehr das Rudiment einer längst überwundenen Wirtschaftsweise und alter sozialer Ordnung dar, so gilt es doch, dieses Recht voll zu nutzen. Einmal, um unsern Einfluß in der Gemeindevverwaltung zu vergrößern und unsern Forderungen auf kommunalem Gebiet Anerkennung zu verschaffen. Dann aber muß es auch vor allem von unseren Genossinnen genutzt werden als politisches Erziehungsmittel, als eine Gelegenheit für die Frauen zur Entwicklung und Betätigung von Bürgertugenden. Das aber ist besonders notwendig in

einem Lande wie Sondershausen, wo bis heute noch ge-
frundet, noch Hand- und Spanndienst geleistet werden muß.
Luise Zick.

**Allgemeines Wahlrecht oder beschränktes Damen-
wahlrecht in England.** Unsere englischen Genossen von
der Sozialdemokratischen Federation (S. D. F.) sind in die
Agitation für das allgemeine Wahlrecht aller Frauen und
aller Männer eingetreten. Diese Agitation wurde aufge-
nommen, um der Resolution des Stuttgarter Kongresses Folge
zu leisten und zu verhindern, daß unter irgend welchem Vor-
wand die Unterstützung der Massen reaktionären Vorlagen
gewährt werden könne, welche das Wahlrecht allein auf die
bürgerlichen Frauen ausdehnen wollen. Die S. D. F. hat
ein Manifest veröffentlicht, das im Sinne der Stuttgarter
Resolution das allgemeine Wahlrecht fordert und den
wahren Charakter jedes beschränkten Wahlrechts als einer
Maßnahme zugunsten der besitzenden Klassen klarlegt. Es
steht weiter, wie widersinnig es war, daß Arbeiterinnen sich
im Gefängnis schicken ließen, um für ihre Ausbeuterinnen
das Wahlrecht zu erkämpfen, andererseits wie günstig die
Lage ist, in den Kampf für das Wahlrecht aller Großjährigen
ohne Unterschied des Geschlechtes einzutreten, da die liberale
Regierung durch ihr Programm auf das allgemeine Wahl-
recht verpflichtet ist. Die „Times“, das Weltblatt und ein-
flußreiche Organ der englischen Hochfinanz und der regieren-
den Klassen, hat das sozialdemokratische Manifest sehr aus-
führlich zitiert und gebraucht es als ein Mittel, um die
bürgerliche Gesellschaft und speziell die Damen vor jeglicher
Wahlrechtsänderung zu warnen. Ruhe ist die erste Bürger-
pflicht, nur keine Bewegung, die vorwärts treibt, das ist
das Hauptmotiv der „Times“. Sie bittet die bürgerlichen
Frauenrechtlerinnen, zu bedenken, daß keine Wahlrechtsände-
rung bei der Einführung des Damenstimmrechts stehen bleiben
könne, ihre schreckliche Konsequenz müsse vielmehr sein, daß auch
Schwinnen und anderen Dienstboten einfallen werde, das Wahl-
recht zu verlangen, und zwar aus denselben Gründen wie die
Damen. Nebenbei erwähnt das Blatt auch die Tatsache, daß bei
einem beschränkten Wahlrecht die verheirateten Frauen politisch
rechtlos bleiben würden, während die „Verhältnisse“ der
Herren und die Prostituierten als selbständige Haushaltungs-
vorstände vielfach das Wahlrecht erlangten. Eine derartige
inkonsequente Maßregel müßte aber bald dem Verlangen nach
dem wirklich allgemeinen Wahlrecht weichen. Das all-
gemeine Wahlrecht aber, so schlußfolgert die „Times“ weiter,
bedeutet nichts anderes, als die Diktatur des Proletariats —
als die soziale Revolution. Mit anderen Worten: das „rote
Gespenst“ wird grell an die Wand gemalt. Daß mit diesem
alten Kniff nur ein vorübergehender Erfolg im Kampfe
gegen „den Umsturz“ erzielt werden kann, weiß wahrschein-
lich niemand besser wie die „Times“ selbst, aber sie weiß
auch, daß die Bourgeoisie überhaupt nur mit Augenblicks-
erfolgen rechnen darf. Das wichtigste an ihren Ausführungen
ist, daß sie das allgemeine Wahlrecht als eine sozialdemokratische
Forderung bekämpfen, und daß dadurch die Sozialdemokratie
als ihre Vorkämpferin in den Vordergrund des öffentlichen
Interesses geschoben wird. Lehrreich ist übrigens, was
 jüngst Mrs. Henry Fawcett, eine der bekanntesten Führerinnen
der bürgerlichen Frauenbewegung und eine der angesehensten
Vertreterinnen des Frauenstimmrechts, in einem Briefe an
die „Times“ zugestanden hat. Sie anerkennt, daß sich unter
den Frauenrechtlerinnen Gegnerinnen des allgemeinen Wahl-
rechts befinden, und daß daher die Bewegung für die Ein-
führung des Frauenstimmrechts keiner Lösung der Wahl-
rechtsfrage beipflichten könne, die das allgemeine Wahlrecht
J. B. A. S. k. w.

**Reinliche Scheidung im Kampfe für das Frauen-
wahlrecht in Dänemark.** Eine dänische Frauengewerkschaft
hat in Befolgung der Resolution des Stuttgarter Kongresses,
das Frauenwahlrecht betreffend, ihren Austritt aus dem
bürgerlichen Frauenstimmrechtsverband des Landes erklärt,
dem sie bis dahin angehört hatte. Um jedoch die Sache des
allgemeinen Frauenwahlrechts kräftig zu fördern, hat die
Vorstandschaft einen sozialdemokratischen Frauenstimmrechtsverein
gegründet. Die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, der wir
diese Mitteilung entnehmen, sucht darüber empört die Geist-
reichen zu mimen. Sie wirft nämlich die Frage auf, ob nicht
auch in Zukunft besondere sozialdemokratische Vereine für
Verringerung der Pressfreiheit, des Achtstundentags, der Tren-
nung von Kirche und Staat gegründet werden sollen. Die
Fragerin scheint in dieser Beziehung nicht zu wissen, was
aller Welt bekannt ist. Wie war's darum, wenn sie die Grün-
dung eines Vereins zur politischen Aufklärung von Frauen-
rechtlerinnen anregte?

Frauenbildung.

Auszeichnung einer Studentin. Einer Studentin der
Medizin zu Heidelberg, Fräulein Marie Köbele, wurde eine
Auszeichnung zuteil, wie sie unseres Wissens zum erstenmal für
eine Medizinerin zu verzeichnen ist. Für die Lösung einer Preis-
aufgabe über die Paukenhöhle des Ohres erhält Fräulein
Köbele das Hünsertragnis der Moos-Stiftung, einen Bar-
betrag von 900 Mk., vor allem aber eine ehrenvolle An-
erkennung des Professorenkollegiums. Die vortreffliche Ar-
beit der jungen Medizinerin umfaßt 280 Seiten Manuscript
und ist durch gute Wachsmodelle in ihrem Werte erhöht. ud.

**Gleichberechtigung der Geschlechter an der Tech-
nischen Hochschule zu Dresden.** Das Rektorat der Tech-
nischen Hochschule zu Dresden gibt bekannt, daß weibliche
Personen unter den gleichen Bedingungen wie männliche als
Studierende, eingeschriebene Hörerinnen und Hospitantinnen
zugelassen werden.

**Die Aufnahme von Mädchen in das Realgymnasium
zu Wegebach** hat der Stadtrat dieses Ortes beschlossen. Ob-
gleich die Neuerung in der Hauptsache nur den Töchtern der
bestehenden Klassen zugute kommt, ist sie doch als ein Fort-
schritt in der Richtung der gemeinsamen Erziehung der Ge-
schlechter zu begrüßen.

Fürsorgeerziehung.

Über Fürsorgeerziehung Minderjähriger hielt Ge-
nosse Sperla auf der Konferenz der sozialdemokratischen
Gemeindevorteiler Württembergs ein sehr interessantes Re-
ferat, dem folgende Thesen zu Grunde lagen:

„Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist ein ernstes
Kapitel unserer sozialen Zustände. Sie bedeutet in rechtlicher
Beziehung eine Einschränkung und Aufhebung der elter-
lichen Gewalt und erhält somit den Charakter eines Aus-
nahmestandes.“

Das Gesetz findet seine Anwendung fast ausschließlich
bei den Kindern der Armen. Mehr als 90 Prozent der in
den Anstalten untergebrachten Kinder gerieten in die Gefahr
der Verwahrlosung ohne eigene Schuld und auch zum großen
Teil ohne die Schuld der Eltern, da die heutigen Wohnungs-,
Lebens- und Erwerbsverhältnisse die Gefahren sittlicher
und leiblicher Verwahrlosung der Kinder in sich bergen.

Darum haben diejenigen Behörden, die sich mit den An-
trägen auf Einweisung Minderjähriger in die Fürsorge-
erziehung zu beschäftigen haben, mit der größten Gewissen-
haftigkeit und mit Verständnis für die sozialen Verhältnisse
der unteren Volksschichten die Untersuchung zu führen und
solche Anträge abzuweisen, denen ein Verständnis für die
Zustände des arbeitenden Volkes fehlt und die Armut von
Schlechtigkeit nicht zu unterscheiden vermögen.

Von den Vormundschaftsgerichten muß gefordert werden,
daß die Eltern über das Wesen des Fürsorgeerziehungs-
verfahrens genügend unterrichtet werden, bevor sie veranlaßt
werden, ihre Zustimmung zum Verzicht auf die elterlichen
Erziehungsrechte zu geben.

Zur Unterbringung von Kindern in Fürsorgeerziehung
ist nach dem Gesetz eine strafbare Handlung nicht mehr er-
forderlich, es genügt, das gefährdete Kind vor dem Verderb
zu bewahren. Darum soll die Zwangserziehung nicht den
Charakter der Bestrafung tragen, denn es gilt nicht zu
sühnen, zu strafen, sondern zu bewahren, zu erziehen.

Dementsprechend sollen die Erziehungs- und Besserungs-
anstalten geleitet werden, und der Staat wie auch die
größeren Gemeinden des Landes sollten Anstalten errichten,
die unter der Kontrolle der staatlichen und Gemeindebehörden
stehen. Ferner ist die Beseitigung jeder gewerblichen Kinder-
arbeit in den Anstalten zu fordern.

Die zuständigen Behörden, denen die Überwachung der
Anstalten obliegt, haben Sorge zu tragen, daß die Zwangs-
zöglinge nicht ganz einseitig zu Tagelöhnern der Landwirt-
schaft herangezogen werden, sondern daß jeder Zögling nach
Neigung und Begabung einen Beruf erlernt, der ihm sein
späteres Fortkommen sichert.“

Über die wertvollen Ausführungen des Genossen Sperla
noch eingehend zu berichten, behalten wir uns für später vor.

Genossenschaftswesen.

Genossenschaftliche Hemdenfabrikation in Basel. Vor
zirka 12 Jahren nahm der Verein der Schneiderinnen und
Weihnäherinnen in Basel die Hemdenfabrikation in die
Hand. Er betrieb sie zwei Jahre lang, bis das Geschäft
infolge innerer Zwistigkeiten aufgegeben werden mußte. Das
vorhandene Vermögen von 236 Fr. wurde dem hiesigen
Arbeiterbund zur Aufbewahrung übergeben, bis sich wieder
ein Frauenverein bilden würde, der ein ähnliches Ziel ver-
folge wie die Organisation der Schneiderinnen. Das war
bald der Fall; einige Mitglieder des aufgelösten Vereins
gründeten den Stausacherinnenverein, der heute noch besteht
und blüht. Seine Geschichte enthält eine interessante Episode.
Es traten nämlich zahlreiche bürgerliche Frauen, zweifellos
„Wohltäterinnen und Freundinnen der Arbeiterinnen“, dem
Verein bei. Als sie die Mehrheit hatten, wollten sie vom
Arbeiterbund das von diesem verwaltete Vermögen der auf-
gelösten Schneiderinnenorganisation haben. Die proletarische
Minderheit verhinderte jedoch den „wohltätigen“ Beutezug
der „lieben bürgerlichen Frauen“. Sie trat aus dem Verein
aus und gründete einen neuen Verein, dem der Arbeiter-
bund das Vermögen übergab. Im September 1903 begann
der Verein mit der Hemdenfabrikation, wozu er 170 Fr.
durch die Ausgabe von Anteilscheinen à 5 Fr. aufbrachte
und weiter ein Darlehen von 100 Fr. aus der Vereinskasse
aufnahm. Es wurde eine Schneiderin mit 3 Fr. Tagelohn
angestellt und für die Hemden folgende Löhne festgesetzt:

Weiße Herrenhemden mit Faltenbrust und weiße Herren-
hemden mit glatter Brust und Kragen 1,30 Fr., weiße
Hemden mit glatter Brust ohne Kragen 1,20 Fr., farbige
Hemden ohne Kragen — 80 Fr., farbige Hemden mit Kragen
— 90 Fr. Die großen Wäschegefäße in Basel entlohnen die
Arbeiterinnen nur mit 30 Cts. bis 1,30 Fr. für das Hemd.
Dabei ist zu bemerken, daß der letztere Satz nur von einem
einzigem Geschäft für seine Maßarbeit gezahlt wird. Die sozial-
demokratische Frauengenossenschaft zahlt zum Teil also den
dreifachen Betrag an Arbeitslohn wie die privaten Geschäfte.
Die Genossenschaft setzte sich mit den Gewerkschaften in
Verbindung, und das mit Erfolg. Mehrere Genossinnen
übernahmen Ablaststellen für den Hemdenverkauf. Die Ge-
nossenschaft fertigt auch Hemden nach Maß und auf Be-
stellung an, fabriziert Frauenwäsche und Arbeitsblusen für die
Arbeiter in Werkstätten und Fabriken. Als der Lagerbestand

einmal etwas zu groß geworden war, konnte er durch eine
Verlosung — das Los kostete 50 Cts. — befriedigend geräumt
werden. Das Waschen und Glätten läßt die Genossenschaft in
einem privaten Geschäft besorgen, dem sie 45 bis 50 Cts.
pro Stück bezahlt. Der Verkaufspreis der Hemden beträgt
je nach der Qualität 3,40 bis 6,50 Fr.

Das Unternehmen der Basler Genossinnen hat sich bis jetzt
recht gut entwickelt, und es könnte unserer Meinung nach
einen bedeutenden Aufschwung nehmen, wenn der große
Basler Konsumverein mit seinen 28000 Mitgliedern die
Wäscheartikel einführen und sich mit der Genossenschaft in
Verbindung setzen würde. So gut wie er einen lebhaften
Schuhhandel betreibt, müßte er auch den Wäschehandel er-
folgreich betreiben können. Z.

Quittung.

Im August und September gingen bei der Unter-
zeichneten für den Agitationsfonds der Genossinnen ein:
Von den Genossinnen aus Auerbach i. B. durch Ge-
nossin Barth 4,65 Mk.; Altwasser durch Genossin
Sporer 13,06 Mk.; Barmen durch Genossin Rapp
5,90 Mk.; Buch vom Rauerblümchen 5 Mk.; Bochum
durch Genossin Wolff 10 Mk.; Brandenburg durch
Genossin Behrendt zweimal je 10 Mk. = 20 Mk.; Chem-
nitz durch Alma Müller 61,53 Mk.; Verdienst im Ge-
fängnis 2,86 Mk.; Crefeld durch Genossin Schuppen
35,90 Mk.; Crengeldanz durch Genossin Stöber-Till-
mann 6 Mk.; Dortmund durch Genossin Leg 15 Mk.;
Dohheim bei Wiesbaden durch Genossin Bach 10 Mk.;
Eimsenhagen-Kiel durch Genossin Warschewsky
4 Mk.; Eilenburg durch Genossin Köhle 31,50 Mk.;
Eving durch Genossin Barteheimer 10 Mk.; Essen
durch Genossin Deuper für Wahlflugblätter 60 Mk., für
Bons 30 Mk. und 52,50 Mk., zusammen 142,50 Mk.;
Essen-West durch Genossin Plum 45 Mk.; Jüdensburg
durch Genossin Holl 2,10 Mk.; Frankfurt a. O. durch
Genossin Lange 5 Mk.; Gaarden-Kiel durch Genossin
Andraschke 24 Mk.; Gelsenkirchen durch Genossin
Berg 60 Mk.; Gera durch Genossin Koedel 10 Mk.;
Hof durch Genossin Böckel 18,54 Mk.; Kahla durch Ge-
nossin Hoffmann 12 Mk.; Karlsruhe von Ge-
nossin D. 10 Mk.; Kronach durch Genossin Ludwig
5,34 Mk.; Mülheim a. Rh. durch Genossin Schumacher
36 Mk.; Nürnberg durch Genossin Grünberg 100 Mk.;
Nordenham durch Genossin Harms 19,50 Mk.; Senften-
berg durch Genossin Kusat 4 Mk.; Spandau durch
Genossin Koppin 30 Mk.; Stettin-Bredow durch Ge-
nossin Bulow 14,90 Mk.; Stettin durch Genossin Horn
35,60 und 20 Mk.; Soest durch Genossin Fajoli 2,50 Mk.;
Wald durch Genossin Drescher 17,74 Mk.; Weida durch
Genossin Schneider 2,75 Mk.; Wunsiedel durch Ge-
nossin Damisch 2,18 Mk.; Zürich durch Genossin Hannah
20 Mk. Summa 875,05 Mk.

Dankend quittiert:
Otilie Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen
Deutschlands.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Stuttgart.

Solange der Vorrat reicht, offerieren wir:

Für unsere Kinder

Weihnachtsbuch der Gleichheit

Herausgegeben von Klara Setkin (Sundel)

Preis kartoniert Mk. 1.—

Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten
einen Vorzugspreis.

Das Weihnachtsbuch der Gleichheit besteht aus den
beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der Gleichheit
„Für unsere Kinder“.

Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußelter
Wünsche aus den Reihen proletarischer Frauen. Wir sind
überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern
unserer Proletarier eine nie versiegende Quelle der Unter-
haltung und Belehrung bieten dürfte.

Sobald ist erschienen:

Die Mutter als Erzieherin

Kleine Beiträge zur Praxis der
proletarischen Hauserziehung von

Heinrich Schulz

Mitglied des Bildungsausschusses der Partei u. Lehrer an der Parteischule.

Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme
will das Büchlein der proletarischen Mutter darbieten, für
die es in erster Linie bestimmt ist, sondern kurze, einfach
gehaltene und leichtverständliche Ratschläge und Winke aus
der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis.
Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine
kartonierte und eine Ausgabe im Geschenkeband.

Die kartonierte Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im
Geschenkeband 75 Pf.

Das Büchlein eignet sich ganz vortrefflich als Weihnächts-
geschenk. Expedition der Gleichheit.

Die Proletarierin.

Von Max Stempel.

(Nachdruck verboten.)

Ich bin ein Proletarierweib
Und lebe so von heut zu morgen;
Jung ist mein Herz, doch alt mein Leib,
Gebeugt durch langer Jahre Sorgen.
Wenn ich im Bett bis viere lieg',
Dann schreck' ich auf — und darf nicht lungern:
Um fünfe muß ich zur Fabrik,
Daß meine Kinder nicht verhungern.

Ich stamm' aus einem fleiß'gen Haus,
Das sich tagsüber redlich quälte!
Mit Mutter trug ich Frühstück aus,
Kaum daß ich knapp sechs Jahre zählte.
Die Schule fing um sieben an,
Mittags bracht' ich dem Vater Essen;
Bis abends wieg' ich Babies dann,
Und hab' oft nachts noch auf gefessen.

Ich saß und strickte flott drauf los,
Wenn draußen Mond und Sterne schienen;
Denn Vaters Löhnung war nicht groß,
Da hieß es früh schon: mitverdienen!
Und trieb zum Schlafe mich die Not,
Um nicht das Aufstehn zu versäumen,
Dann sank ich um und lag wie tot;
Ich hatte nicht mal Zeit zum Träumen.

So wuchs zum Mäd'el ich heran,
Ein dralles Ding, trotz Qual und Kötten.
Die Männer sahn mich lüstern an
Und machten mich vor Scham erröten.
Der Chef, bei dem ich Stellung nahm,
Bestürmte mich mit dreisten Fragen;
Doch als er mir handgreiflich kam,
Da hab' ich ihm eins draufgeschlagen!

Ein junger Bursch, blutarm wie ich,
Der führte Sonntags mich zu Tanze.
Ich merk' es wohl; er mochte mich
Und ging, ein forscher Kerl, aufs Ganze.
Und weil er tüchtig war im Kern,
Kein Windhund, wie die noblen Laffen,
So gab ich ihm mein Bestes gern,
Auch ohne Standesamt und Pfaffen.

Er schaffte Brot voll rüst'ger Kraft
Und tat's mit ewig heit'rer Miene;
Doch bald schon ward er mir entrafft,
Ein armes Opfer der Maschine.
Man sliakte den zersetzten Leib,
Er siechte hin zwei bange Jahre;
Ein müdes, abgekehrtes Weib,
Drei Kinder klagten an der Bahre.

Run sorg' und schust' ich ganz allein,
Von früh bis spät, und darf nicht lungern;
Um fünf muß ich am Werke sein,
Daß meine Kinder nicht verhungern.
In der Fabrik, bis halb zur Nacht,
Und dann zu Haus am dürft'gen Herde!
Da wird gekocht, genächt, gewacht,
Und niemand fragt: „Fähst du Beschwerde?“

So geht es fort im gleichen Trott;
Kein Jammer soll den Mut mir rauben.
Nur bitt' ich: sprecht mir nicht von Gott!
An euern Gott kann ich nicht glauben.
Wer duld'et, daß der Herr den Knecht
Um Lust und Sonne frech betrüge,
Den nennt ihr gütig und gerecht?
Weib' mir vom Hals mit solcher Lüge!

Aus dem „Hungerpastor“.

Von Wilhelm Raabe.

(Schluß.)

„Richtig, da sitzen sie. Na, kommt nur, ihr Helden; die Nachbarinnen sind fort. Kriecht hervor. Eure Frau, Meister Unwirsch? Ja, die ist wohlberaten; sie schläft und Ihr dürft sie nicht stören; aber 'ne Neuigkeit sollt Ihr wissen und Gott danken. Drüben über der Gasse, beim Juden Freudenstein, ist's heut auch so gegangen wie in diesem Hause; aber nicht ganz so. Das Kind ist da — auch ein Junge, aber 's Blümchen Freudenstein ist tot, und großes Wehklagen ist drüben. Lobet Gott den Herrn, Meister Unwirsch. Ihr aber, Meister Grünebaum, macht Euch fort nach Haus. Nun, nun, Unwirsch, steht nicht so betroffen da, der Tod tritt ein oder geht vorbei, nach Gottes Befehl. Ich bin wie gerädert und will ins Bett kriechen. Gute Nacht, Gevattern.“

Die Waise Schlotterbeck verschwand hinter ihrer Tür, die beiden Meister schlichen auf den Fußspitzen die Treppe hinab, und der Oheim Grünebaum hatte an diesem Abend in seiner Stammkneipe zum roten Bod viel weniger das große Wort in Politik, Stadtangelegenheiten und anderen Angelegenheiten als sonst. Der Meister Unwirsch lag die ganze Nacht ohne ein Auge zuzutun; der Neugeborene schrie mächtig, und es war kein Wunder, daß diese ungewohnten Töne den Vater wach erhielten und ein wirbelndes Heer von hoffenden und sorgenden Gedanken aufstürzten und in wilder Jagd durch Herz und Hirn trieben.

Es ist nicht leicht, eine gute Predigt zu machen; aber leicht ist es auch nicht, einen guten Stiefel zu verfertigen. Zu beiden gehört Geschick, viel Geschick, und Pfuscher und

Stämper sollten zum Besten ihrer Mitmenschen lieber ganz davon bleiben. Ich für mein Teil habe eine ungemeine Vorliebe für die Schuster, sowohl in der Gesamtheit als in individuellen Aufzügen, wie auch in ihrer Eigenschaft als Individuen. Es ist, wie das Volk sagt, eine „spintstierende Nation“, und kein anderes Handwerk bringt so treffliche und kuriose Eigentümlichkeiten bei seinen Hilbegliedern hervor. Der niedrige Arbeitstisch, der niedrige Schemel, die wassergefüllte Glasfugel, welche das Licht der kleinen Olampe auffängt und glänzender wieder zurückwirft, der scharfe Duft des Leders und des Pechs müssen notwendigerweise eine nachhaltige Wirkung auf die menschliche Natur ausüben, und sie tun es auch mächtig. Was für originelle Ränze hat dieses vortreffliche Handwerk hervorgebracht! — Eine ganze Bibliothek könnte man über „merkwürdige Schuster“ zusammenschreiben, ohne den Stoff im mindesten zu erschöpfen! Das Licht, welches durch die schwebende Glasfugel auf den Arbeitstisch fällt, ist das Reich phantastischer Geister; es füllt die Einbildungskraft während der nachdenklichen Arbeit mit wunderlichen Gestalten und Bildern und gibt den Gedanken eine Färbung, wie sie ihnen keine andere Lampe, patentiert oder nicht patentiert, verleihen kann. Auf allerlei Reime, feltame Märlein, Wundergeschichten und lustige und traurige Weltbegebenheiten verfällt man dabei, worüber die Nachbarn sich verwundern, wenn man sie mit schwerfälliger Hand zu Papier gebracht hat; wobei die Frau lacht oder sich fürchtet, wenn man sie in der Dämmerung mit halblauter Stimme summt. Oder aber man fängt an, noch tiefer zu grübeln, und „Not“ wird uns, „zu entsinnen des Lebens Anfang“. Immer tiefer sehen wir in die leuchtende Kugel, und in dem Glase sehen wir das Universum in all seinen Gestalten und Naturen: durch die Pforten aller Himmel treten wir frei und erkennen sie mit all ihren Sternen und Elementen; höchste Ahnungen gehen uns auf, und niederschreiben wir, während der Pastor Primarius Richter von der Kanzel den Pöbel gegen uns aufhebt, und der Büttel von Gdrlig, der uns ins Gefängnis bringen soll, vor der Tür steht:

„Denn das ist der Ewigkeit Recht und ewig Bestehen, daß sie nur einen Willen hat. Wenn sie deren zweene hätte, so zerbräche einer den anderen, und wäre Streit. Sie stehet wohl in viel Kraft und Wundern; aber ihr Leben ist nur bloß allein die Liebe, aus welcher Licht und Majestät ausgehet. Alle Kreaturen im Himmel haben einen Willen, und der ist ins Herze Gottes gerichtet und gehet in Gottes Geist, wohl im Zentro der Vielheit, im Wachsen und Blühen; aber Gottes Geist ist das Leben in allen Dingen, Centrum Naturae gibt Wesen, Majestät und Kraft, und der heilige Geist ist Führer.“

Viel sehen wir in der glänzenden Kugel, durch welche die schlechte Lampe so armes Licht wirft, daß wir dabei kaum zu Papier bringen können, was wir sahen; aber nichtbedenklicher können wir unter das nasende Manuscriptum schreiben:

„Geschrieben nach göttlicher Erleuchtung durch Jakob Böhme, sonstien auch Teutonicus genannt.“

Wer gegen die Schuster was hat, und ihre Trefflichkeit im einzelnen wie im allgemeinen nicht nach Gebühr zu schätzen weiß, der bleibe mir vom Leibe. Wer sie gar ihres oft wunderbaren Laubens wegen, ihrer krummen Beine, ihrer harten schwarzen Pfoten, ihrer närrischen Nasen, ihrer ungepflegten Haarmüßle halben naserümpfend verachtet, den möge man mir stehlen; ich werde keine Belohnung um seine Wiedererlangung aussetzen. Ich schätze und liebe die Schuster, und vor allen halte ich hoch den wackeren Meister Anton Unwirsch, den Vater von Hans Jakob Nikolaus Unwirsch. Obwohl er leider recht bald nach jenem Feierabend, an welchem ihm der längst erwünschte Sohn geboren wurde, selbst für immer Feierabend machte, so hängen doch aus seinem Leben zu viele Fäden in das des Sohnes hinein, als daß wir die Schilderung seines Seins und Wesens ungehen könnten. Der Mann stand, wie wir bereits wissen, körperlich auf nicht sehr festen Füßen; aber geistig stand er fest genug und nahm es mit manchem, der sich hoch über ihn erhaben dünkte, auf. Aus allen Reliquien seines verborghenen Daseins geht hervor, daß er die Mängel einer vernachlässigten Ausbildung nach besten Kräften nachzuholen suchte; es geht daraus hervor, daß er Wissensdrang, viel Wissensdrang hatte. Und wengleich er niemals vollständig orthographisch schreiben lernte, so hatte er doch ein dichterisches Gemüt, wie sein berühmter Handwerksgenosse aus der „Mausfalle“ zu Nürnberg, und las, so viel er nur irgend konnte. Was er las, verstand er meistens auch; und wenn er aus manchem den Sinn nicht herausfand, welchen der Autor hineingelegt hatte, so fand er einen anderen Sinn heraus oder legte ihn hinein, der ihm ganz allein gehörte, und mit welchem der Autor sehr oft zufrieden sein konnte. Obgleich er sein Handwerk liebte und es in keiner Weise versäumte, so hatte es doch keinen goldenen Boden für ihn, und er blieb ein armer Mann. Goldene Träume aber hatte seine Beschäftigung für ihn, und alle Beschäftigungen, die dergleichen geben können, sind gut und machen glücklich. Anton Unwirsch sah die Welt von seinem Schusterstuhl fast gerade so, wie sie einst Hans Sachs gesehen hatte, doch wurde er nicht so berühmt. Er hinterließ ein eng und fein geschriebenes Büchlein, welches zuerst seine Witwe in der Tische ihrer Vade neben ihrem Gesangbuch, Brautkranz und einem schwarzen Kästchen, von welchem später noch die Rede sein wird, aufbewahrte gleich einem Heiligtume. Gleich einem Heiligtume überlieferte die Mutter es dem Sohne, und dieser hat ihm den Ehrenplatz in seiner Bibliothek zwischen der Bibel und dem Shakespeare gegeben, obgleich es nach Gehalt und Poesie ein wenig unter diesen beiden Schriftwerken steht.

Die Waise Schlotterbeck und der Schwager Grünebaum hatten eine dumpfe Ahnung von dem Vorhandensein dieses Manuscripts, aber wirklichen Bescheid darum wußte nur die Frau des Poeten. Für sie war es das Wunderbarste, was man sich vorstellen konnte; es reimte sich ja, „wie 's Gesangbuch“, und ihr Mann hatte es gemacht. Das ging über alles, was die Nachbarschaft zutage fördern konnte.

Für den Sohn waren diese zusammengehefteten Blätter ein teures Vermächtnis und ein rührendes Zeichen des ewig aus der Tiefe und Dunkelheit zur Höhe, zum Licht, zur Schönheit emporstrebenden Volksgeistes.

Die harmlosen, formlosen Seelenergüsse des Schusters Unwirsch feierten naturgemäß die Natur in ihren Erscheinungen, das Haus, das Handwerk und einzelne große Fakta der Weltgeschichte, vorzüglich Laten und Helden des vorübergedonnerten Befreiungskrieges. Sie zeugten von einem bald gemüthlichen, bald gehobenen Denken nach allen diesen Seiten hin. Ein wenig Humor mischte sich auch darein, doch trat das Pathetische am meisten hervor und mußte auch meistens das bekannte Lächeln erregen. Der wackere Meister Anton hatte so viel Donner und Blitz Hagelschlag, Feuersbrünste und Wasserstot erlebt, hatte viel Franzosen, Rheinbändler, Preußen, Oesterreicher und Russen vor seinem Hause vorbeiziehen sehen, daß es kein Wunder war, wenn er dann und wann auch ein wenig versuchte, zu donnern, zu blühen und totzuschlagen. Von den Nachbarn geriet er deshalb nicht in Feindschaft, aber er blieb, was er war, ein „guter Kerl“, und als er starb trauerte nicht allein die Frau, der Schwager Grünebaum und die Waise Schlotterbeck; nein, die ganze Kröppeltraube wußte und sagte, daß ein guter Mann fortgegangen, und daß es schade um ihn sei.

Auf die Geburt eines Sohnes hatte er lange und sehr sichtlich gewartet. Oft malte er sich aus, was er daraus machen könnte und wollte. Sein ganzes eifriges Streben nach Erkenntnis trug er auf ihn über; der Sohn sollte es müssen erreichen, was der Vater nicht erreichen konnte. Tausend unübersteiglichen Hindernisse, welche das Leben des Meisters Anton in den Weg geworfen hatte, sollten den Lauf des Unwirsches der Zukunft nicht aufhalten. Er sollte er die Bahn finden, und keine Pforte der Weisheit ohne die Bildung sollte ihm der Mangel, die Not des Lebens verschließen.

So träumte Anton, und ein Jahr der Ehe ging nach dem anderen hin. Es wurde eine Tochter geboren, aber sie starb bald nach der Geburt; dann kam wieder eine, aber Zeit nichts, und dann — dann kam endlich Johannes Jakob Nikolaus Unwirsch, dessen Eintritt in die Welt uns bereiten Stoff zu mehreren der vorhergehenden Seiten gab, wofür dessen spätere Leiden, Freuden, Abenteuer und Fahrten kurz, dessen Schicksale den größten Teil dieses Buches ausmachen werden.

Wir sahen den Schwager und Oheim Grünebaum seinen Pantoffel verlieren, wir sahen und hörten den Tumult der Weiber, lernten die Frau Liebus und die Waise Schlotterbeck kennen; — wir sahen endlich die beiden Schwäger Unwirsch und Grünebaum in der Kumpellammer sitzen und sahen die Dämmerung in den ereignisvollen Sonnenstunden hereinerschleichen. Noch ein Jahr lebte der Meister Anton nach der Geburt seines Sohnes, dann starb er an einer Lungenentzündung. Das Schicksal machte es mit ihm nicht anders als mit so manchem anderen; es gab ihm keinen Teil Freude in der Hoffnung und versagte ihm die Erfüllung, welche von der Hoffnung doch stets allzuweit abfliegen wird.

Johannes schrie tüchtig in der Todesstunde seines Vaters, doch nicht um den Vater. Die Frau Christine aber sah sehr um den Gatten und wollte sich lange Zeit weder durch die tröstenden Worte der Waise Schlotterbeck, noch durch die philosophischen Zusprüche des weisen Meisters Nikolaus Grünebaum beruhigen lassen. Dem Sterbenden versprach der Schwager, sein Bestes zu tun für die Hinterlassenen und ihnen in allen Nöten nach besten Kräften beizustehen. Er einmal rang Anton Unwirsch nach Luft, aber die Luft war für ihn zu sehr mit Feuerflammen gefüllt; er seufzte und starb. Der Doktor schrieb ihm den Totenschein, es kam die Frau Liebile, die Totenfrau, und wusch ihn, sein Se war zur rechten Zeit fertig, ein gutes Gefolge von Nachbarn und Freunden gab ihm das Geleit zum Kirchhof, und im Wis neben dem Ofen saß die Frau Christine, hielt ihr Kind in dem Schoß und sah mit starren, verweinten Augen auf den niederen, schwarzen Arbeitstisch und den niederen, schwarzen Arbeitstisch und wollte es noch immer nicht glauben, daß ihr Anton niemals mehr drauf und dran sitzen sollte. Die Waise Schlotterbeck räumte die leeren Ruchenteller, Flaschen und Gläser fort, welche voll den Leidtragenden den Leichenträgern und den fondokirenden Nachbarinnen, Stärkung im Jammer vorgefetzt worden waren. Hans Jakob Nikolaus Unwirsch kreierte in kindlicher Lust und Freude verlangend die kleinen Hände nach der blühenden Glasfugel aus, welche über des Vaters Tische hing, auf welche die Sonne schien, und welche einen so merkwürdigen Schein über die Gedankenwelt Anton Unwirsches ergossen hatte. Der Einfluss dieser Kugel sollte noch lange fortbauern. Die Mutter hatte sich an das Licht derselben so gewöhnt, daß sie es auch nach ihres Mannes Tode nicht entbehren konnte; es leuchtete weit in das Jünglingsalter des Sohnes hinein, manche Zählung von des Vaters Wert und Würdigkeit vernahm Johannes dabei, und unklüßlich verknüpfte sich allmählich des Sohnes Geist das Bild des Vaters mit dem Schein dieser Kugel.

Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Max Reisin (Humbel), Württemberg, Wolf-Expedition bei Stuttgart.

1882 und Verlag von Carl Singer in Stuttgart.